

ZS/A - 9

Zeugenschrifttum

- Anhang -

ISO - Dokumentation

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5066/73	Best. ZS/A9
Rep.	Kat.

Fotok. am 17.5.56
ZS/A-9 / 2/11

A II

J a s c h, Fritz

Linz
Leopold Haslingerstr. 1

Rum.-Transilvania
Sibiu
7457 R 303

6. Juli 1952

Protokoll, Original
nur vom Protokollführer unterzeichnet

Der 14seitige, als protokollarische Aussage gekennzeichnete Bericht des früheren Wirtschaftsführers der Rumänendeutschen (1940-44) vermittelt einen aufschlußreichen Einblick in die wirtschaftliche Struktur und das Wirtschaftsleben der deutschen Volksgruppe. Er macht bekannt mit den Wirtschaftsgütern der Volksdeutschen, zeigt den Leistungsstand der einzelnen Industrien und Handelszweige während des Krieges im Vergleich zur rumänischen Gesamtproduktion und wägt Erzeugnisse und Leistungsfähigkeit der verschiedenen deutschen Siedlungsgebiete gegeneinander ab (S. 1-9). Die minutiöse Wiedergabe der Organisation der volksdeutschen Wirtschaft (S. 1-3) ist für die Dokumentation von geringerem Belang, da sie nur für die Zeit der nationalsozialistischen Volksgruppenführung 1940-1944 Gültigkeit hatte. Auch ist die Verwendungsmöglichkeit der in die Darstellung eingestreuten statistischen Angaben beschränkt, da z.Z. Kontrollmöglichkeiten fehlen und der Ansatz mehrfach die Allgemeingültigkeit der Ergebnisse in Frage stellt.

Im 2. Teil sei es Berichtes (S. 9-13) sucht Berichterstatter im wesentlichen den wirtschaftlichen Nationalitätenkampf nachzuweisen, den der rumänische Staat seit 1919 gegen die volksdeutsche Wirtschaft führte. Dies wird versucht an einzelnen, charakteristischen Beispielen, in deren Zusammenhang auch die Maßnahmen aufgezählt werden, die - in die allgemeine Sozialisierung einmündend - die

Institut für

Archiv

volksdeutsche Wirtschaft endgültig zum Erliegen brachten. Abschließend (S. 13-14) erwägt Berichterstatter die Einbuße, die die gesamte rumänische Wirtschaft durch den Ausfall der volksdeutschen erlitt.

So groß der informatorische Wert der Ausführungen ist, zur Publikation läßt sich das Protokoll nicht verwenden. Zu sehr sind manche Gedankengänge des Berichterstatters mit nazistischen verwandt. Die Überbetonung von Ideen wie Volksgemeinschaft, Gemeinnutz, Schlichtheit der Lebensform, Artfremdheit des Kapitals durch einen ehemaligen NS-Funktionär würden geeignet sein, die Dokumentation insgesamt zu diskreditieren, selbst wenn berücksichtigt bleibt, daß jahrelange hundertealte Traditionen völkischen Insellebens und Minderheitenkampfes eigentümliche Lebensformen gebildet haben. Der stellenweise, leicht pathetische Anflug und die gelegentliche Benutzung rhetorischer Figuren macht den Charakter des Protokolls etwas fragwürdig.

Darf erst nach nochmaliger Rücksprache mit Prof. Valjevoe veröffentlicht werden.

Protokoll

Der ehemalige Leiter des Wirtschaftsamt der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, Fritz J a s c h, derzeit wohnhaft in Linz-Donau, Leopold Haslingerstrasse 1/II, sagt im Nachfolgenden über die wirtschaftliche Situation, Organisation und Struktur der Volksgruppe sowie über damit zusammenhängende Fragen aus. Er bittet, im Falle einer Veröffentlichung oder Vervielfältigung seinen Namen mit Rücksicht auf Angehörige in Rumänien und mit Rücksicht auf seine in die sowjetische Zone übergreifende geschäftliche Tätigkeit nicht zu nennen.

Zwischen 1940 und 1944 erreichte die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Volksgruppe in Rumänien einen Hochstand. Dieser war unmittelbar auf die Kriegsconjunktur, mittelbar aber auf die produktive Leistungsfähigkeit der siebenbürgischen und schwäbischen Unternehmungen zurückzuführen. Es gab 1943 in Rumänien insgesamt 13.200 deutsche Betriebe. Diese setzten sich zusammen aus:

- 420 industriellen Unternehmungen aller Grössen
- 9.000 Handelsbetrieben
- 3.780 Handwerksbetrieben

Das von mir geleitete Wirtschaftsamt der Volksgruppe hatte die Aufgabe, die verschiedenen deutschen Wirtschaftszweige zusammenzufassen, sie auseinander abzustimmen, ihre Beteiligung mit Rohstoffen zu regeln, den Absatz zu steuern, ihre fachlichen, technischen und finanziellen Probleme auf dem Wege über Beratung und effektiver Hilfe zu lösen usw. usw. Wir gingen dabei von der Grundvoraussetzung aus, die volkdeutsche Wirtschaft in die Kriegswirtschaft Deutschlands einzuschalten. Ebenso wurde die enge Verflechtung mit der rumänischen Wirtschaft positiv berücksichtigt. Das ideale Prinzip unserer Wirtschaft bestand darin, der deutschen Volksgemeinschaft in Rumänien und, in den grösseren Rahmen gestellt, dem deutschen Mutterland zu dienen. Diese geistige und ethnische Rolle hat das

Deutsche Unternehmen in Rumänien in einer anerkennenswerten Weise voll erfüllt. Es dürfte in Europa und in der Welt wohl wenig Gegenstücke für die ~~xix~~ gemeinnützige Gesinnung unserer Wirtschaft geben. So führten die Banken und sonstigen Unternehmungen freiwillig grosse Teile ihrer Überschüsse, wenn nicht die ganzen, laufend an die Volksgemeinschaft ab. Diese Handlungsweise besass in Siebenbürgen eine geschichtliche Tradition. Der wirtschaftliche Behauptungskampf des Einzelnen war stets ein Bestandteil des Behauptungskampfes der Volksgruppe selbst. Die wirtschaftliche ~~Entwicklungs-~~ ^{Wirtschafts-}Entwicklung war mit der Lebensentwicklung der Volksgruppe ebenso eng verknüpft, wie die Gefahren und Bedrohungen, die sich gegen das Deutschtum richteten, gleichzeitig eine wirtschaftliche Bedrohung darstellten.

Bei meiner Amtübernahme war ich mir bewusst, dass ich die wirtschaftlichen Fragen unserer Volksgruppe nicht auf dem Befehlswege und nicht über den parteipolitischen Apparat, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft selbst lösen konnte. Ich schaltete daher von vornherein jeden Parteibetrieb aus. Meine Mitarbeiter wurden nicht nach politischen, sondern nach fachlichen Gesichtspunkten ausgesucht. Die Wirtschaft quittierte diese Form der Zusammenarbeit durch eine lebhafte und bereitwillige Haltung. Die Erfolge stellten sich dann auch ein und berechtigten zu grossen Hoffnungen für die Zukunft. Leider wurde im August 1944 alles das, was jahrhundertlang deutsche Tüchtigkeit geschaffen hatte, zunichte.

Das Wirtschaftsamt

Das Wirtschaftsamt hatte seinen Sitz in Kronstadt bei der Volksgruppenführung. Es gliederte sich organisatorisch in 3 Abteilungen: a/ Handel, b/ Handwerk, c/ Industrie. Jede dieser drei Abteilungen wurden durch einen Abteilungsleiter gelenkt. Den Abteilungsleitern standen jeweils 10 Beiräte aus der Wirtschaft zur Seite. Die Abteilungsleiter selbst waren ebenfalls aus der Wirtschaft entnommen. Das Wirtschaftsamt umfasste 10 Wirtschaftsgruppen, die sich horizontal und vertikal in einander ergänzender Weise gliederten, wie die untenstehende Skizze veranschaulicht:

10 Wirtschaftsgruppen

Abteilung Handel	Nahrungs- und Genussmittel	Textil	Leinen	Eisen u. Metalle	Holz	Bau-Stein-Erden	Chemie	Druck u. Papier	Energie-Verkehr	Banken-Versicherung
Abteilung Handwerk										
Abteilung Industrie										

Das Wirtschaftsamt funktionierte also in der Weise, dass Fragen, die z.B. das Handwerk als solches betrafen von dem aus 11 Personen bestehenden ~~Beirat~~/einsozl. Abteilungsleiter/ des Handwerks besprochen wurden. Handelte es sich um eine Angelegenheit einer Wirtschaftsgruppe, dann waren zunächst die 3 Fachzuständigen aus Handel, Handwerk und Industrie die Beratenden, bei grösseren Fällen dann ~~der~~ gesamte aus 33 Personen bestehende Beirat. Auf diese Weise wurde eine enge Zusammenarbeit der Branchen und Wirtschaftszweige erzielt. Es gab kein Fühlungsloses Nebeneinander und keine Lücken. Das Arbeitssystem hat sich gut bewährt und wurde auch in Berlin als beste Lösung bezeichnet.

Handl 51,

Nachfolgend einige Zahlen und Angaben über die Rolle der 10 Wirtschaftsgruppen im Rahmen der rumänischen Wirtschaft:

Wirtschaftsgruppe Nahrungsmittel und Genussmittel

Dieser Zweig unserer völkischen Wirtschaft war sehr kräftig entwickelt. Seine Leistungen betragen 1943 rund 43% der gesamten rumänischen Produktion. An der Spitze lagen die deutschen Bierfabriken, die 62% der ^{Hermannstadt} Biererzeugung bestritten. Die in Hermannstadt befindliche "Lebensmittelindustrie G. Albrecht" belieferte durch ihre Filialen das gesamte Land mit Lebensmittelprodukten. Die "Kronstädter Molkereigenossenschaft" /tägliche Milchlieferung 30.000 l/ sowie die Molkereien der Volksgruppe in Schäßburg und ~~Kron~~ Hermannstadt /täglich 50.000 Liter/ versorgten ausgedehnte Bereiche des Landes, aber auch die deutschen Heeresverpflegungämter mit Butter, Käse usw. Die zahlreichen Solendereien und Kurstereien in Siebenbürgen und im Banat genossen auch unter den Rumänen einen hervorragenden Ruf. Grossbäckereien und Handelsmühlen /letztere vor allem im Banat/ belieferten die Armee und den Privathandel. Genussmittel, wie z.B. Edelweine, waren in Rumänien konkurrenzlos. Die deutschen Weingross-

handlungen in Mediasch und Hermannstadt bezogen ihre Weine aus den hochgezüchteten Weinbeugebieten des sächsischen Kokeltales usw. Wie beträchtlich der deutsche Beitrag auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Genussmittelsektors war, erhellt sich ja aus der Tatsache, dass er nahezu die Hälfte der gesamt rumänischen Erzeugung deckte.

Die Wirtschaftsgruppe Textil

zeigte einen deutschen Leistungsanteil im Rahmen der rumänischen Gesamtproduktion von 37%. Hier waren vor allem die Kronstädter Werke /Schneg/, aber auch die zahlreichen Tuchwebereien in Heltau an der Spitze. Tuchfabriken und Webereien gab es ferner in Hermannstadt, Schässburg, Lugosch und Temeschburg. Aus dem enormen Produktionsanteil der deutschen Fabriken ergab sich ein massgeblicher Einfluss unserer Wirtschaftsgruppe Textil auf die staatliche Bewirtschaftung. Das Bukarester Textil-Verteilungsamt zählte mehrere deutsche Fachleute. So wurde der rumänische Aufbringungsplan für Wolle von unseren Fachleuten ausgearbeitet, weil sich die rumänischen Behörden ausserstande zeigten, das Problem organisatorisch zu lösen. - Ein anderes Beispiel für die Leistungs- und Organisationsfähigkeit der Wirtschaftsgruppe Textil: Als die deutsche 6. Armee im Frühjahr 1944 sich geschlagen aus der Ukraine zurückzog, wobei sie den Grossteil ihrer Ausrüstungen einbüsste, machte sich die deutsche Textilwirtschaft Rumäniens erbötig, die 6. Armee mit den notwendigen Uniformstoffen usw. zu versorgen. Die Lieferung sollte aussertourlich, also unabhängig von der Kriegsbewirtschaftung erfolgen und wertmässig mehrere hundert Millionen Lei betragen. Die Durchführung scheiterte dann, weil die 6. Armee nicht über die notwendigen Lei-Beträge verfügte, daher die Lieferung nicht bezahlen konnte. Eine langfristige Kreditierung war den deutschen Unternehmen nicht möglich; der rumänische Staat schuldete ihnen bereits horrenden Beträge, daher hätte sie die unbezahlte Lieferung an die 6. Armee finanziell zu schwer belastet.

Die Wirtschaftsgruppe Leder

zeigte ebenfalls sehr lebhafte und erfolgreiche Betätigung. Ihr Anteil an der rumänischen Gesamterzeugung betrug 27%, also fast ein Drittel. Mediasch, Mählbach und Kronstadt lagen an der Spitze, die übrigen siebenbürgischen und banater Städte zeigten jedoch ebenfalls eine starke deutsche Beteiligung an der Erzeugung, Verarbeitung und am Handel mit Leder. Die staatliche Verteilungsstelle in Bukarest "ORAP" stand unter massgeblichem Einfluss unserer Wirtschaftsgruppe Leder.

Die Wirtschaftsgruppe Eisen u. Metalle

fiel mit 18% Anteil an der gesamtrumänischen Erzeugung etwas zurück. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Deutschtum hier der Schwerindustrie der rumänischen Hochfinanz gegenüberstand. Die deutschen Maschinenfabriken in Kronstadt /Schiel/ in Hermannstadt /Rieger/ und in Temeschburg beschäftigten schon vor dem Kriege mehrere Tausend Arbeiter. Sie produzierten während des Krieges vorwiegend militärische Ausrüstungsstücke und arbeiteten mit erhöhter Belegschaft.

Die Wirtschaftsgruppe Holz

besass die kleinste prozentuale Quote im Rahmen der gesamtrumänischen Erzeugung. Mit ihren 5% spielte sie praktisch kaum eine Rolle. Das mangelnde Auftreten deutscher Unternehmungen in der Holzwirtschaft ist durch die Vorherrschaft des Staates und des Grosskapitals besonders des jüdischen, einerseits, und andererseits dadurch zu erklären, dass 1919 die bedeutenden Sieberichterwäldungen /300.000 Joch, der deutschen Volksgemeinschaft enteignet wurden, ein Verlust, der den deutschen Anteil auf dem Holzsektor gewaltsam auf ein Minimum einschränkte.

Die Wirtschaftsgruppe Bau-Steine-Erden

war ebenfalls geringfügig. Ihr prozentueller Anteil an der rumänischen Wirtschaft ist mir nicht mehr erinnerlich. Unsere Arbeit beschränkte sich auf die Zusammenfassung und Betreuung der wenigen Unternehmungen zur Gewinnung von Kaolin, Bauxit usw. sowie vor allem auf die deutschen Baugesellschaften und Steinbrüche, die jedoch keine bedeutende Rolle hatten.

Die Wirtschaftsgruppe Chemie

umfasste die deutschen Seifenfabriken, Laboratorien usw. Die Stearin- und Seifenfabrik Melzer in Hermannstadt und die Stärkefabrik "Amylon" in Hermannstadt waren die wichtigsten Unternehmungen dieser Art. Letztere verarbeitete bis zu 2.000 Waggon Kartoffeln jährlich. Der deutsche prozentuelle Anteil auf dem chemischen Wirtschaftssektor dürfte bei 10% betragen haben. Wichtiger, wenn auch nicht von weitreichender Bedeutung war die ~~Wirtschaftsgruppe~~ ~~Chemie~~

Wirtschaftsgruppe Energie-Verkehr. Deren Schwerpunkt lag in Hermannstadt, wo sich die Zentrale der Elektrizitätswerke "HEW" und "SETA" befanden. Die "SETA" versorgte grosse Teile Siebenbürgens mit Strom und war im Ausbau begriffen. Der Sektor Verkehr der Wirtschaftsgruppe umfasste deutsche Transportunternehmungen usw., die jedoch kein hervorragendes Format aufwiesen.

Die Wirtschaftsgruppe Druck und Papier

spielte eine hervorragende Rolle. In jeder deutschen Stadt gab es mindestens eine ~~Druckerei~~^{Druckerei}, aber zwei oder mehr Druckereien und grafische Anstalten, die an Leistungsgüte auch den Bukarester Grossbetrieben überlegen waren. Unsere Druckereien befriedigten über 30 % der gesamt-rumänischen Bedürfnisse. Neben den deutschen Zeitungen, Büchern, Plakaten und sonstigen Druckwerken wurden auch die meisten siebenbürgischen rumänischen Veröffentlichungen in deutschen Betrieben hergestellt. Die modernste und grösste Druckerei war die "Krafft u. Drotleff A.G." in Hermannstadt, die während des Krieges in den Besitz der Volksgruppe überging und maschinell hervorragend ausgerüstet war. Sie lieferte auch ausgezeichnete Bilderdrucke. Nach 1944 fielen die deutschen Druckereien den Kommunisten zum Opfer, die sofort zugriffen, um sich einen guten technischen Apparat für ihre Propaganda zu sichern. - Die Papierfabrikation Rumäniens zeigte einen deutschen Anteil von ganzen 82%. Die ~~Fabrikum Schio~~^{Fabrikum Schio} Buzesti, die Zellulose- und Papierwerke in Zernesti ^{nisch} Petersdorf erzeugten jede Art von Papier. Unsere Wirtschaftsgruppe Papier konnte sich in der Bukarester Verteilungsstelle den entscheidenden Platz sichern. Während des Krieges wurde die Zuteilung von Rotationspapier auch an die rumänische Presse durch unsere Vertreter vorgenommen!

Die Wirtschaftsgruppe Versicherungen und Banken

war wohl die wichtigste überhaupt. Sie sorgte dafür, dass unsere gesamte Wirtschaft finanziell deutsch blieb. Unter den Versicherungsgesellschaften nahm die sächsische "Transylvania" und die schwäbische "Landwirte" den bedeutendsten Platz ein. Die beiden Unternehmungen wurden 1943 fusioniert. Ihr gemeinsames Aktienkapital betrug 65 Millionen Lei. Die fusionierte Gesellschaft ~~nannt~~ war die drittgrösste Versicherungsanstalt Rumäniens! Im deutschen Bankwesen führte die Hermannstädter Allgemeine Sparkasse, die mit der älteren, aber kleineren Kronstädter Sparkasse vereinigt wurde und 1943 ein Aktienkapital von 200 Millionen Lei aufwies. Sie besass in ganz Rumänien Filialen und konnte sich - wie übrigens alle deutschen Banken - gegen die Bukarester Geldinstitute erfolgreich behaupten. Der "Banater Bankverein" stellte das grösste schwäbische Geldinstitut dar und besass im gesamten schwäbischen Siedlungsgebiet Zweigstellen. Sein Aktienkapital lag zwischen 70 und 80 Millionen Lei. Vorwiegend landwirtschaftlichen Bedürfnissen diente die Hermannstädter "Bodenkreditanstalt". Sie verfügte über 60 Millionen Lei Aktienkapital. Neben diesen grossen deutschen Banken gab es eine

beträchtliche Menge kleinerer Kreditgenossenschaften, die, z. B. im "Verband Raiffeisenscher Genossenschaften" zusammengefasst, ein engmaschiges Netz bildeten und den ländlichen Kreditbedarf deckten. Einzigartig war die Gesinnung, die diese wahrhaft völkischen Kreditinstitute - grosse und kleine ohne Ausnahme - erfüllte: es war eine alte Tradition, die Überschüsse der Volksgemeinschaft zu schenken, und dieses Prinzip befolgte die Wirtschaftsgruppe Banken bis zum Ende! Ähnlich handelten übrigens auch die sonstigen Wirtschaftszweige, die damit ein Beispiel wahrhaft sozialer und deutscher Gesinnung bewiesen. - Im Jahre 1944 waren wir daran, einen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen, der der deutschen Landwirtschaft neue kräftige Impulse geben sollte: Es war vorgesehen, über die Hermannstädter "Bodenkreditanstalt" die Finanzierung der dörflichen Kreditgenossenschaften sicherzustellen, wodurch die bäuerlichen Erzeugergenossenschaften einen starken Auftrieb erfahren hätten. Mit der Mehrproduktion sollte der Export nach Deutschland gesteigert werden, wofür die Landgenossenschaften aus Deutschland Maschinen, Kunstdünger usw. erhalten hätten. Die entscheidende Sitzung in dieser Angelegenheit fand am 23. August 1944 in Hermannstadt statt. Sie wurde durch die Nachricht von der rumänischen Kapitulation unterbrochen und für immer beendet. - Welche bedeutende Rolle die Exportlieferungen unserer Landwirtschaft hatten, erhellt sich aus der Tatsache, dass zum Zeitpunkt des rumänischen Staatsstreiches in Siebenbürgen allein 25.000 Mastochsen und im Burzenland 40.000 Schweine für die Verladung nach dem deutschen Mutterland angemeldet waren!

Industrie, Handel und Handwerk

Die 420 industriellen Unternehmungen unserer Wirtschaft beschäftigten 1943 die beachtliche Zahl von 22.000 Arbeitern, darunter 12.000 Deutsche. Insgesamt gab es in Rumänien 178.000 Industriearbeiter, das international bedeutsame Erdölgebiet mitgerechnet. Somit betrug die deutsche Industrieposition unter diesem Schema betrachtet lediglich ~~12,5%~~ 12,5 % der rumänischen. Die Industrieleistung jedoch zeigte ein anderes Bild: hier konnten unsere Betriebe 27% der rumänischen Gesamtleistung für sich buchen.

Unsere Fabriken arbeiteten zum grössten Teil mit modernen Maschinen und rationellen Methoden. Das, was sie jedoch am schärfsten von den rumänischen, ungarischen und jüdischen Betrieben unterschied, waren ethische Grundsätze und entstehungsgeschichtliche Tatsachen. Während die ungarischen, jüdischen und nach dem Ersten Weltkrieg die rumänischen Firmen fast ausschliesslich von der "Kapitalseite"

her gegründet worden waren, hatten sich die deutschen Industriebetriebe aus dem Handwerk entwickelt. Bei ihnen überragte die Unternehmerpersönlichkeit die reine Kapitalfunktion; bei den nichtdeutschen Grossfirmen jedoch spielte das anonyme Kapital die dominierende Rolle. Da sich die deutschen Unternehmer meistens aus kleinen Anfängen und aus eigener Kraft hinaufgearbeitet hatten und sich das Kapital zur Vergrösserung vorsichtig und beharrlich erarbeiteten, erwiesen sie sich in den Jahren der Wirtschaftskrise als sehr widerstandsfähig, wohingegen die reinen Kapitalgesellschaften diese innere Zähigkeit vermissen liessen. Diese unterschiedliche Entstehung und Lagerung bewirkte auch eine unterschiedliche Ethik. Es ist weiter oben schon gesagt worden, dass die deutschen Unternehmungen ihre Überschüsse zum grossen Teil der Volksgemeinschaft schenkten. Nicht aus nationaler Sentimentalität und nicht aus Mangel an Verwendungsmöglichkeit, sondern in der Erkenntnis, dass der Einzelne und die Gemeinschaft schicksalsmässig miteinander verbunden sind.

Das Realkapital der deutschen Industrie betrug 4,5 Milliarden Lei. Rein schematisch auf die 420 Betriebe verteilt, entfielen auf diese je 10,7 Millionen Lei Realvermögen. Wenn man bedenkt, dass die Besitzer dieses enormen Vermögens zum grossen Teil als "gewöhnliche Bürger" in Erscheinung traten, kann man sich vorstellen, welche materielle Stärke dieses Bürgertum besass. In Heltau z.B. kam es oft vor, dass der Besitzer einer Weberei noch nebenbei seiner ursprünglichen bäuerlichen Beschäftigung nachging. Schwerreiche Millionäre, die, wenn es nottat, in den Bukarester Luxuslokalen die Herren Minister fürstlich bewirteten, um sie zu gewinnen, und die den Habitus des bescheidenen kleinen Mannes dennoch nicht ablegten. Als im Januar 1945 die Deportierung auch in Heltau durchgeführt wurde, warfen die reichsten Männer der Gemeinde einen ungeheuren Betrag zusammen, um ihre ärmeren Volksgenossen freizukaufen; leider vergeblich.

Das Privatkapital war also weitgehend völkischer Besitz, der, ~~am~~ wie in der vorangegangenen jahrhundertelangen Geschichte, in Stunden der gemeinsamen Gefahr zum Einsatz gelangte.

Innerhalb der Volksgruppe besass Siebenbürgen in wirtschaftlicher, besonders in industrieller Hinsicht die stärkste Position. Über der breiten landwirtschaftlichen Basis /rund 75% der Sachsen waren Bauern/ baute sich Handwerk und Handel und darüber die Industrie in einzigartig abgerundeter, kraftvoller Profilierung auf. Das Banat zeigte eine flachere Pyramide. Die landwirtschaftliche Basis betrug ~~am~~

80%; darüber erhob sich ein relativ stark entwickeltes Handwerk, das jedoch mehr aus den "leichten" Arten bestand wie z.B. Friseure, Kellner usw. Der Handel wiederum war recht gut entwickelt. Dafür fiel die Industrie gegenüber Siebenbürgen stark zurück. Am ~~st~~ zahlreichsten waren hier die Handelsmühlen, die jedoch häufigen Auftragskrisen ausgesetzt waren. Sie stellten während meiner Amtstätigkeit unser ständiges Sorgenkind dar.

Im Handelswesen hatte der deutsche Gross- und Kleinkaufmann einen guten Stand. Grosshandel und Industrie arbeiteten sich in die Hände. Diese Zusammenarbeit geschah ebenfalls unter völkischen Gesichtspunkten. Der ^{Einzelhandel} beherrschte noch 1944 das Gesicht unserer Städte, obwohl der Staat unablässig bemüht war, das rumänische Element zu fördern. Wie hoch unser Realkapital im Handel war, ist mir leider nicht mehr in Erinnerung. Es dürfte jedoch nicht weit hinter dem der Industrie zurückgeblieben sein. Die 9.000 kaufmännischen Unternehmungen in Siebenbürgen, im Banat, im Gau Bergland und im rumänischen Altreich zeigten sich den nichtdeutschen Betrieben an sauberer Geschäftsgebarung und fachlicher Tüchtigkeit überlegen.

Bedrohlicher war die Lage im Handwerk. Die Industrialisierung, aber vor allem die staatlichen Massnahmen zur Förderung des rumänischen Handwerks und zur Drosselung des deutschen hatten miteinander einen Rückgang des ehemals blühenden und den ganzen Südostraum umgreifenden Gewerbes bewirkt. Die noch vorhandenen 3.580 gewerblichen Betriebe qualifizierten sich als höhere Handwerksarten; die primitiveren gewerblichen Zweige ~~xxxxx~~ waren von den Rumänen überflutet worden. Die handwerkliche Front bröckelte trotz aller Bemühungen immer mehr ab. Während 1929 ungefähr 23% der erwerbstätigen ~~deutschen~~ ~~xxxxxxx~~ Bevölkerung noch im selbstständigen Handwerk Beschäftigung fanden, ging diese Zahl bis 1943 auf etwa 18% zurück. Die staatliche Gewerbepolitik zielte darauf ab, auf diesem Wege die Rumänisierung der Städte voranzutreiben. Das ist ihr auch zum grossen Teil gelungen. Dennoch stellte das deutsche Klein- und Mittelgewerbe einen zwar zurückweichenden, aber volkswirtschaftlich tragenden Faktor unserer Wirtschaft dar.

Unsere Wirtschaft und der Staat

Ich habe schon eingangs erwähnt, dass ich als Leiter des ~~Wirtschafts-~~ Wirtschaftsamtess die Verflechtung unserer Wirtschaft mit der rumä-

nischen nicht zu lösen trachtete. Der Gedanke eines wirtschaftlichen Staates im Staate lag uns fern. Uns leitete vielmehr die Überlegung, dass wir das deutsch-rumänische Bündnis durch eine positive Einstellung gegenüber dem rumänischen Element fördern und durch unsere Einschaltung in die rumänische Wirtschaft der gemeinsamen Sache vorwärtshelfen mussten. Bei aller Wahrung unserer völkischen Interessen waren wir daher bestrebt, uns als Teil des rumänischen Wirtschaftsgefüges zu betätigen.

Der Staat hat uns gegenüber jedoch wesentlich egoistischere Ziele verfolgt. Seit jeher bemüht, die deutschen Wirtschaftsstellungen zu vernichten und aufzusaugen, liess er es auch während des Bündnisses mit Deutschland nicht an destruktiven Tendenzen fehlen. Als zum Beispiel 1941 eine staatliche Zwangsanleihe ausgeschrieben wurde, wurden die deutschen Unternehmungen mit dem drei- und vierfachen Abgabesatz belegt, während die rumänischen Firmen mit Handschuhen angefasst wurden. Gelegentlich einer Intervention seitens der Volksgruppe erklärte der Finanzminister unumwunden, die höhere Besteuerung der Deutschen sei eben mit Rücksicht auf ihren höheren Lebensstandard vorgenommen worden. Man müsse eine Nivellierung des Standardes herbeiführen, und diese Nivellierung könne selbstverständlich nur auf Kosten des deutschen Standardes gehen.

Dieses Bestreben, den deutschen Lebensstandard abzutragen, um ihn dem rumänischen anzugleichen, war seit jeher das Ziel der rumänischen Politik und blieb es auch während des Bündnisses mit Berlin. In der richtigen Erkenntnis, dass die politische und kulturelle Standfestigkeit des Deutschtums ^{von} ~~mit~~ seiner wirtschaftlichen und sozialen Stärke abhing, setzte der rumänische Staat hier den Hebel an. Mitunter wurde ganz grobes Geschütz aufgeföhren wie z.B. in der Forderung nach einem "Numerus valachicus", nach dem jedes Unternehmen mindestens 80% Rumänen anzustellen gehabt hätte. Dass der "Numerus valachicus" dann nur in sehr gemilderter Form zur Anwendung gelangte, war den rumänischen Verhältnissen zuzuschreiben, die dank ihrer Korruption und, den Angegriffenen, immer noch einen Ausweg offen liessen.

Einen schweren volkswirtschaftlichen Rückschlag erlitten wir 1943 im Zusammenhang mit der Einziehung unserer Männer zur Waffen-SS. Infolge des totalen personellen Einsatzes mussten in der Folge rund 2.000 kleine deutsche Handels- und Handwerksbetriebe stillgelegt werden. Ich habe damals gegenüber der Volksgruppenführung den Standpunkt vertreten, dass es besser sei, die Inhaber und Angestellten

dieser 2.000 Betriebe vom Wehrdienst freizustellen, denn die stillgelegten Betriebe seien, einmal geschlossen, für immer verloren, weil an ihre Stelle sofort rumänische Unternehmungen treten würden. Leider vermochte ich mit meiner Auffassung nicht durchzudringen. Das Ergebnis war, dass der Staat sich sofort bereit fand, die rumänischen Versuche, den eingerückten Deutschen für immer das Wasser abzugraben, zu unterstützen. Im übrigen hat ja dann der rumänische Frontwechsel auch dies Problem *a/acta* gelegt.

Ein anderes Beispiel veranschaulicht, zu welchen Entschlüssen wir mitunter genötigt waren: Gelegentlich der maschinellen Modernisierung einiger unserer Webereien und Druckereien hatten wir den Firmeninhabern empfohlen, die alten ausrangierten Maschinen nicht zu verkaufen, sondern zu verschrotten. Es sollte vermieden werden, dass diese Maschinen an rumänische Käufer fielen. Während die grafische Industrie sich an die Empfehlung hielt, die alten Maschinen teils verschrottete, teils abstellte und dadurch der rumänischen Konkurrenz die Möglichkeit entzog, mit Hilfe dieser Maschinen stärker aufzutreten - neue Maschinen wurden während des Krieges im Allgemeinen nach Rumänien nicht geliefert - vermochten sich z.B. mehrere Heltauer Webereien zu einer solchen Massnahme nicht zu entschliessen. Sie verkauften die alten Maschinen an ortsansässige Rumänen bzw. an rumänische Nachbargemeinden. Die Folge war, dass sich rumänische Unternehmungen mit staatlicher Hilfe aufboten und unseren Betrieben in Heltau heftig zu konkurrieren begannen. Die alte Erfahrung, dass eine so exponierte Volkswirtschaft wie die unsrige gegen ihre eigene Existenz verstösst, wenn sie eines augenblicklichen Vorteils willen ihre Werkzeuge und Kenntnisse verkauft, hatte sich wieder einmal bestätigt. Diese Erfahrung war während der Zeit der Zünfte streng berücksichtigt worden. Deutsche Handwerksmeister durften z.B. keine nichtdeutschen Lehrlinge aufnehmen - ein Grundsatz, der unsere Städte bis ins 19. Jahrhundert deutsch erhalten hat.

Während des Krieges, besonders nach Stalingrad, zeigte es sich immer deutlicher, dass Rumänien auf dem wirtschaftlichen Sektor gegenüber Deutschland eine planmässige Sabotage betrieb. Wir konnten dies in zahlreichen konkreten Fällen einwandfrei feststellen. So wurden z.B. Waggons mit verderblichen Waren in ganz Rumänien hin und her geschoben, ehe sie - die Waren waren inzwischen verdorben - über die Grenze nach Deutschland gingen. Zu unserer Erbitterung mussten wir auch immer wieder beobachten, wie reichsdeutsche Handelsdelegationen

in Bukarest mit Hilfe von opulenten Banketten, Frauen usw. herein-
gelegt wurden. Die rumänische Taktik lief darauf hinaus, die rumä-
nischen Leistungen auf ein Minimum herunterzuschrauben, dafür aber
die deutschen Lieferungen hinaufzutreiben. Als z.B. die Frage der
Neuausrüstung der rumänischen Armee erörtert wurde, verlangten die
Rumänen auch Leder für Schuhe, Koppelriemen, Pferdegeschirr usw.
Sie operierten mit scheinbar logischen Argumenten. So rechneten sie
den Deutschen ~~xxxx~~ vor, der rumänische zivile Schuhbedarf beziffere
sich auf mehr als 15 Millionen Schuhpaare, d.h. der Bevölkerungs-
zahl entsprechend. In Wirklichkeit war, dem Kleidungsstandard der
rumänischen Bauernbevölkerung entsprechend, davon keine Rede. Der
effektive Schuhbedarf betrug kaum mehr als die Hälfte der von den
rumänischen Unterhändler vorgegebenen Ziffer. Auf diese Weise wurde
Deutschland gezwungen, auch für die Beistellung von Schuhen für die
rumänische Armee aufzukommen, während die rumänischen Vorräte "für
die Zukunft" geheimgehalten wurden.

Es würde zu weit führen, wollte ich alle rumänischen Sabotage-
fälle und Finten hier anführen. Selbstverständlich bemühten wir uns,
die reichsdeutschen Wirtschaftsstellen aufzuklären. Leider mit nur
geringem Erfolg. Die Weisung der deutschen Führung, Rumänien in
wirtschaftlicher Hinsicht nicht zu hart anzufassen, bewirkte, dass
die deutschen Unterhändler sehenden Auges zahlreiche schwere
Nachteile hinnahmen. Um die rumänischen Retardierungs- und Sabotage-
tendenzen wettzumachen, unternahmen wir von unserer Seite aus unso-
nachdrücklichere Versuche, die Lieferungen zu steigern. Besondere
Erfolge konnten wir auf dem Gebiet des Viehexportes, der fast aus-
schliesslich in unseren Händen lag, erzielen. Immerhin wurde unser
seelisches Verhältnis zum rumänischen "Bundesgenossen" durch unsere
Erfahrungen stark belastet. Wir wurden ~~ganzumg~~ trotz unserer
Loyalität gezwungen, den verkappten feindseligen Manipulationen
der rumänischen Wirtschaft gegenüber Deutschland entgegenzuarbei-
ten. Dies brachte uns naturgemäss mit den deutschfeindlichen Wirt-
schaftskreisen in eine Gegnerschaft.

Nach dem Frontwechsel

Der rumänische Frontwechsel brachte für unsere Wirtschaft die
Katastrophe. Nun war die Stunde gekommen, uns alles das gewaltsam
zu nehmen, was seit jeher den Neid der Staatsnation erregt hatte.
Die Ausplünderung begann mit der Beschlagnahme der Betriebe, die

unseren zur Waffen-SS, zur Wehrmacht und in die deutsche Kriegsindustrie eingezogenen Männern gehörten. Deren Zahl belief sich auf rund 60.000, dementsprechend war die Zahl der beschlagnahmten Handwerks-, Handels- und Industriebetriebe beträchtlich. Der zweite wirtschaftliche Vernichtungsschlag des neuen Regimes galt unserer Bauernschaft, die en bloc völlig enteignet wurde. Dann wurden die deutschen Unternehmer, denen man politisch nichts vorwerfen konnte, immer wieder grundlos verhaftet und finanziell ausgesaugt. Schliesslich erfolgte die allgemeine Sozialisierung, die den noch vorhandenen Rest unseres industriellen, kaufmännischen und grossgewerblichen Besitzes verschlang. Das Kleingewerbe vermochte sich zu einem allerdings geringen Teil bis in die Gegenwart hinein zu retten.

Damit war ein wirtschaftlicher Organismus zerstört, ohne dass die Staatsnation einen effektiven Nutzen davongetragen hätte. Die einstmals blühende Viehzucht besonders im Burzenland /Kronstadt/ stellte neben dem Erdöl, dem Weizen und dem Holz eine Säule des rumänischen Exportes dar. Sie wurde vom deutschen Bauerntum, seinen Zuchtvereinen, seinen Kreditinstituten usw. getragen. Nach 1944 verschwand sie von der Bildfläche. Das gilt auch für die Papier-, Textil- und Lederwirtschaft, deren Leistung nach der Enteignung beträchtlich absank, genau so, wie die landwirtschaftlichen Ertragnisse unaufhaltsam zurückgingen. Der einstmals gewaltige Nutzen, den der Staat aus der deutschen Steuerleistung gezogen hatte, ist auch dahin.

Wie mit den Banken verfahren wurde, erhellt ein Beispiel: Im Lager Târgul Jiu sprach ich mit dem Direktor des "Banater Bankvereins". Er erzählte mir, dass nach dem Einzug der Russen eine Kommission in der Bank erschien, die die Herausgabe des Kapitals verlangte. Sie legte dabei ein Papier vor, auf dem die Höhe des Kapitals richtig angegeben war. Direktor Fabian versuchte die Russen aufzuklären, dass sich dieses Aktienkapital doch nicht in der Bank, sondern in der Wirtschaft usw. befände. Man schenkte ihm keinen Glauben. Die Tresors wurden gesprengt und die darin befindlichen Beträge beschlagnahmt. Da diese ~~die~~ nur einen Bruchteil des Bankkapitals darstellten, erbrachen die Russen auch die Privatsafes. Aus diesen wurden die deponierten Geldbeträge und Wertsachen als "deutsches Eigentum" konfisziert.

Das Beispiel ist fast symbolisch. Es charakterisiert, wie der Organismus der deutschen Wirtschaft gesprengt und zertrümmert wurde und wie den Erben dennoch nicht der erwartete Reichtum in den Schoß

fiel, nicht fallen konnte, weil er nicht aus gehorteten Schätzen bestand, sondern aus Leistungswerten, die im Blutkreislauf des Rumänischen Volksgruppe kreisten und immer neue Leistungen erzeugten. Das Volksvermögen war eine Frucht, die, einmal abgerissen, den Beutemachern unter den Händen zerfiel, weil sie sich aus Imponderabilien zusammensetzte, die nicht greifbar greifbar waren. Niemand hatte von der Zerschrottung und Aufsaugung der deutschen Wirtschaft einen Nutzen. Die Operation führte weder zu einer Steigerung des rumänischen Lebensstandards, noch zu einem dauernden staatlichen Vorteil. Sie beseitigte auf brutale Art einen Organismus, dessen Fehlen dann alle zu spüren bekamen.

Wie hoch sich der Verlust beziffert, den unser Deutschtum materiel erlitten hat, lässt sich schwer sagen. Ich glaube, dass 2 Milliarden Deutsche Mark eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein dürften. Die Industrie, der Handel, das Handwerk stellten mit ihrem Realkapital von etwa ~~170~~ 170 Millionen DM nur einen kleineren Teil dar. Hinzu kommen die rund 70.000 enteigneten Bauernhöfe mit Grund, Vieh und Gerät, hinzu kommen ferner die Einbussen, die unsere Volksgenossen an städtischem Hausbesitz, an Möbeln, Schmuck, Bargeld usw. usw. erlitten - man wird, wenn einmal verlässliche Unterlagen vorhanden sind, auf erstaunliche Beträge kommen! Was uns widerrechtlich genommen wurde, war die Frucht ehrlicher, jahrhundertelanger Arbeit. Sie einmal zurückzufordern, ist unser unverküsserliches Recht.

Linz, am 6. Juli 1952

Der Einvernehmer

Hans Hartl

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

AT II

N. N.

Anschrift nicht genannt

Rum./Transilvanien

26. 7. 1952

774/R 322

+++++

Protokoll. Original.

Nur vom Protokollführer unterzeichnet.

18-seitiger Bericht eines ehemaligen Amtswalters der Volksgruppen-Führung, der von 1937 - 44 verschiedene maßgebliche Funktionen bekleidete und dabei aufschlußreichen Einblick in personelle Intimitäten und die Entwicklung der Organisation und Politik der Volksgruppe gewann (sein Name steht zur vertraulichen Kenntnisaufnahme zur Verfügung). Die Aussagen behandeln die Entstehungsgeschichte und innere Entwicklung der Volksgruppen-Führung der Kra Schmidt und die wichtigsten organisatorischen und politischen Aktionen während dieser Zeit (mit eingehender Erörterung ihrer Bedeutung und Tragweite). Sie sind - neben der Schilderung der Ereignisse in ihrer zeitlichen Folge - um wenige Hauptthemen gruppiert:

1. Zur Herkunft und Persönlichkeit Schmidts (die Situation in der Vg.-Führung Ende der 30er Jahre).
2. Das erste Auftreten Schmidts (nach seiner Rückkehr aus Berlin (1939), seine dortigen Beziehungen).
3. Wie Schmidt im September 1940 Vg.-Führer wurde (S.4f.)
4. Die neue Vg.-Führung (Schmidts engste Mitarbeiter) Gründung der "Deutschen Arbeiterpartei", Umorganisation der Vg.-Führung, die wichtigsten Ämter und ihre personelle Besetzung) - S.6-9
5. Die Volksgruppe und der Staat (nach dem deutsch-rumänischen Bündnis; die Stellung der Vg. nach dem Dekret der Antonescu-Sima-Regierung von November 1940; spätere Entwicklung) S.10 f.

Institut für

Rum./Transilva-
nia/
774/R 322

6. Die SS-Aktion (die "Tausend-Mann-Aktion" von 1941; das Abkommen vom Sommer 1943 zwischen Berlin und Bukarest über den freiwilligen Eintritt Volksdeutscher in die Waffen-SS; ungeklärte Rechtslage für die Wehrpflichtigen, die durch die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft - nicht Bürgerrecht - noch verschärft wurde, und spätere Folgen nach der rumänischen Kapitulation von 1944).
S.11 - 14
7. Leistungen und Fehlgriffe, insbesondere Erörterung der Übertragung von NS-Schablonen nach Siebenbürgen und der Folgen einer bloß parteipolitischen Schulung der Jugend. - S.14 - 16
8. Der Zusammenbruch (betr. nur die Vg.-Führung und das Ende Schmidts).

Zu Ereignissen und Vorgängen, die das Schicksal der Volksdeutschen in Rumänien nach dem 23. August 1944 bestimmten, enthält der Bericht keine Aussagen. Dafür ist aber die Kenntnis der unter Punkt 5 und 6 angeführten und erörterten Sachverhalte von großer Wichtigkeit, zumal sie der rumänischen Regierung nach der Kapitulation als Anlaß und Begründung für eine Reihe drakonischer Maßnahmen dienten, die einen großen Teil der Volksdeutschen betrafen.

Die Ausführungen des Berichterstatters sind klar und präzise formuliert und zeigen verantwortungsbewusstes Bemühen um vorurteilsfreie Sachlichkeit. Zur Beurteilung der Verhältnisse und Vorgänge in der Vg.-Organisation und der "Personalpolitik" in der Kra Schmidt vgl. u.a. Bericht Nr.

Der Name des Berichterstatters kann nicht bekanntgegeben werden, da nahe Verwandte noch in Rumänien leben.

Der Name ist aber hier bekannt und wird unter Verschluss gehalten.

Protokoll

Vor dem Interferierten erscheint ein ~~xxxx~~ ehemaliger Amtswalter der Volksgruppenführung in Rumänien und schildert, unter der Bedingung, dass weder in diesem Protokoll noch im Falle einer Veröffentlichung sein Name erwähnt wird, die Entstehungsgeschichte und die internen Verhältnisse der Volksgruppenführung Andreas Schmidt. Der Ausgehende bekleidete zwischen 1937 und 1944 verschiedene massgebliche Funktionen und gewann so aufschlussreiche Einblicke in die personellen und politischen Intimitäten der Volksgruppe. Sein Name steht für den Bedarfsfall vertraulich zur Verfügung.

"Andreas Schmidt war bis 1940 innerhalb der deutschen Volksgruppe und selbst in führenden Kreisen ein völlig unbekannter Mann. Sein Geburtsdatum ist mir nicht mehr gegenwärtig; er dürfte 1911 oder 1912 geboren sein. Sohn eines sächsischen Bauern in Donnersmarkt, studierte er zuerst in Jena und dann in Berlin. Seine Studienkollegen haben über ihn völlig verschiedene Urteile gefällt. Die einen bezeichneten ~~ihn~~ ^{ihn} als veräppelten Studenten und sprachen ihm besondere Fähigkeiten ab, die anderen hielten ihn für überdurchschnittlich begabt, intelligent und zielklar. Ich persönlich muss ihm auf Grund meiner Erinnerungen und meiner zeitweilig engen Verbindung zu ihm ein positives Urteil zubilligen. Er war ungewöhnlich klug, dachte erstaunlich schnell und logisch, war beherrschend, voller Energie und besass die Gabe, Menschen für sich zu gewinnen. In Verhandlungen zeigte er eine überlegene, ruhige, zwingende Art, was mich an ihm besonders beeindruckte, war seine wahrnehmbare, unübertroffene Konzentration. Er verstand es, die wichtigsten Worten den ~~xxxxxxx~~ Wesenskern der Probleme sichtbar zu machen, und seine Gedanken und Formeln offenbarten dynamische Schwingungskraft und überraschende Wurfweite. Ich glaube, dass er ein ungewöhnlicher Mensch war. Dass er auch Schattenseiten besass: einen grandiosen persönlichen Ehrgeiz, Anmassung, Theatralik, nicht immer faire Methoden und einen Überreizungskomplex - sei nicht verwunderlich. Er und seine engeren Mitarbeiter sind von der SS geformt

Land 15/19

worden. Ihre persönliche und politische Moral, ihre Haltung, ihr Denken und Handeln, ihre Umgangsweise zeigte diese Prägung. Schmidt war dunkelhaarig, dunkeläugig, mittelgross, schlank. In der Öffentlichkeit und auch seinen Amtswaltern gegenüber gab er sich das Aire eines wortkargen, fanatisch blickenden, stolzen „Reformators“. Unter Freunden konnte er sehr herzlich und ungezwungen sein. Vieles an ihm war echte Aussergewöhnlichkeit, vieles aber auch Theater. Wirkliche politische und menschliche Grösse hatte er nicht. Dazu war er, trotz seiner überraschend weiten ideellen Konzeption, zu eng in in das Korsett seiner SS-Erziehung geschnürt. Er hasste die Hermannstädter Intellektuellen. Er hasste auch alles, was sich nicht in seine eigene Norm zwingen liess. Dadurch hat er ^{und seine Mitarbeiter} ~~viele~~ viele natürliche und historische Gewebe zerstört. Seine Ara giich einer Schere, die das Gewachsene zur künstlichen Form und Norm zurechtschnitt. Sie hat manche organisatorische Leistungen, aber noch mehr Fehler gezeitigt.

Während der sogenannten Erneuerungsbewegung /ab 1933/ blieb Schmidt in der Anonymität. Aus der von Fritz Fabritius eingeleiteten Erneuerungsbewegung wurde ein Erneuerungskampf zwischen der gemässigten Richtung Fabritius und der radikaleren Deutschen Volkspartei unter Bonfert, Schneider und Gust. Der Kampf - er zerriss die Volksgruppe in zwei Teile und wurde mit leidenschaftlicher Erbitterung geführt - endete schliesslich mit einem von Berlin aus befohlenen Kompromiss. Landesmann wurde der Hermannstädter Chirurg Dr. Wolfram Bruckner, ein sanfterer, besonnener, kluger Mensch, dem jedoch die wirkliche politische Begabung fehlte. Seine politische Unterstützung in Deutschland erhielt er seitens der Wehrmacht und zwar vom ~~Wahrkreis~~ Wehrkreis 18. Die unter ihm ausgebaute Parteiorganisation der Volksgruppe nannte sich NAP /Nationale Arbeitsfront/. Diese Tarnbezeichnung war mit Rücksicht auf die Lage in Rumänien erforderlich. Neben dieser parteipolitischen Organisation bzw. dieser übergeordnet bestand die völkische Organisation weiter. Volksgruppe und Partei waren also nicht identisch. Diese Feststellung ist wichtig, weil sich mit Beginn der Ara Schmidt die Lage in dieser Hinsicht grundlegend wandelte.

Das erste Auftreten Schmidt's

Ende der dreissiger Jahre befand sich Schmidt in Deutschland. Mit ihm eine Anzahl junger Kämpfer, die in der Zeit des innenvölkischen

Kampfes kleinere Rollen innegehabt hatten. Die meisten von ihnen kamen aus der DVR /Deutsche Volkspartei Rumäniens/ und waren, um dem "faulen Kompromiss" zwischen der Richtung Fabritius und der DVR zu entgehen, ins Reich abgewandert. Hier fanden sie Anschluss an die SS und begannen auf die "Eroberung der Macht" in der deutschen Volksgruppe hinzuarbeiten. Die angsten Gefährten Schmidt's in dieser Zeit waren Erich Müller, Andreas Rührig, Roland Gunne, Liebhardt und Auner. Die letzteren besaßen enge Verbindung zum SD. Schmidt selber unterhielt zur Tochter des Obergruppenführers Berger intime Beziehungen, und er dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass diese Beziehungen und die später geschlossene Ehe ein Hauptbestandteil in Schmidt's politischen Berechnungen war. Es gelang ihm auf diese Weise, sich die stärkste Rückendeckung in Berlin zu schaffen. Nicht weniger bemüht war er, die Volksdeutsche Mittelstelle /~~Volksdeutsche Mittelstelle~~ für sich zu gewinnen.

Von diesem planmäßigen und geschickten "Fundamentbau" der kaum bekannten "Gruppe Schmidt" wusste man in Hermannstadt, wo Bruckner als Volksgruppenleiter residierte, so gut wie nichts. Als Schmidt zu Weihnachten 1939 zum ersten Mal hier erschien und die ganz unwichtige Rolle eines Stabsleiters der NAF übernahm, ahnten nur wenige, dass Schmidt von Berlin ~~xxx~~ bereits die Ernennung zum Volksgruppenführer in der Tasche mitbrachte. Der Zeitpunkt seiner Installierung hing von der internationalen Lage ab. Noch befand sich Rumänien im Lager der Gegner Deutschlands; aber Schmidt und seine Auftraggeber wussten, dass der Zeitpunkt nicht mehr fern war, an dem die rumänische Frage und damit die Frage der deutschen Volksgruppe entschieden werden würde. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Schmidt in der Reserve zu bleiben. Sein Antreten sollte dann eine völlig neue und einschneidende Ära bringen.

Ich habe damals als leitender Funktionär der NAF häufig mit Andreas Schmidt zu tun gehabt. Er nahm seine Rolle als Stabsleiter der NAF praktisch überhaupt nicht zur Kenntnis, sondern kam und ging nach Belieben. Bei den Besprechungen der NAF-Leitung und der Volksgruppe verhielt er sich ~~xxxx~~ reserviert, lächelte überlegen und schien das Ganze als ein Provisorium anzusehen. Immer wieder erlebte ich es, dass man ihn als *Quantité négligeable* behandelte. So bezeichnete ihn der Leiter der Rechtschafften ^{Professor Schium} im Laufe einer Auseinandersetzung als "jungen, unreifen Mann", der nichts verstehe. Niemand wusste, welche Gefahr von diesem "jungen Mann" drohte. Nur der damalige Gauleiter von Siebenbürgen, Dr. Helmut Wolff besaß eine gute

and S. 12-17

Witterung: er warnte Bruckner immer wieder vor Schmidt und prophezeigte, dass dieser dank seiner Rückendeckung bei der Volksdeutschen Mittelstelle und bei der SS noch Überraschungen bereiten werde. Aber Bruckner erkannte die Gefahr, die ihm und der gesamten Volksgruppe drohte, nicht, weil er sie unterschätzte. Er glaubte seine Position stark genug. Als ideal denkender und handelnder Mann fehlte ihm der Blick für die von Berlin aus eingefädelt Intrige. Er sollte aus dieser Verkennung der Dinge dann unsanft geweckt werden.

Wie Schmidt Volksgruppenführer wurde

Im September 1940 erschien Obergruppenführer Lorenz in Siebenbürgen. Die Entscheidung in Rumänien war gefallen. Carol II. war abgesetzt und ausser Landes gegangen, sein Sohn Michael hatte den Thron bestiegen. General Antonescu regierte gemeinsam mit der Eisernen Garde. Zu dieser besass die "Gruppe Schmidt" von Deutschland her gute Beziehungen. So hatte sich Horia Sima kurz vor dem Sturz Carols im Hause eines Freundes von Schmidt ^{in Kronstadt} verborgen gehalten. Nun war also die Entscheidung hinsichtlich der innenpolitischen und aussenpolitischen Neuorientierung Rumäniens gefallen und nun sollte auch die Entscheidung bezüglich der Volksgruppe gefällt werden.

Lorenz kam in seiner Eigenschaft als Beauftragter für Volksgruppenfragen. Er lud Dr. Bruckner und dessen leitende Mitarbeiter nach Kronstadt ein. Der Grund für die Einladung wurde nicht bekannt gegeben. Wir fahren nach Kronstadt. Unterwegs stellten wir Betrachtungen darüber an, womit uns Lorenz überraschen werde; als sich das Geheimnis dann löfete, war unsere Bestürzung beträchtlich.

Der Obergruppenführer erschien in Begleitung des Kronstädter Generalkonsuls Rodde und - unseres NAP-Stabsleiters Schmidt! Lorenz ergriff sofort das Wort und gab sensationelle Erklärungen ab. Sensationell hinsichtlich des Inhaltes, nicht minder aber auch hinsichtlich der Form.

Er dankte dem Volksgruppenleiter Dr. Bruckner für dessen grossartige Verdienste als - Chirurg. Die deutsche Volksgruppe müsse sich glücklich schätzen, einen so bedeutenden Arzt zu besitzen. Nun sei der Augenblick gekommen, Dr. Bruckner wieder völlige Bewegungsfreiheit als Arzt zu geben. Die veränderten Verhältnisse machten es notwendig, einen hauptamtlichen Volksgruppenführer einzusetzen, und der Sitz der Volksgruppenführung sei von Hermannstadt nach Kron-

Hand S. 19

Hand S. 23

stadt verlegt worden. Da man Dr. Bruckner weder zumuten könne, auf seine Praxis als Arzt einer hauptamtlichen Bestallung als Volksgruppenführer zuliebe zu verzichten und da man noch weniger von ihm verlangen könne, nach Kronstadt zu übersiedeln, danke er, Lorenz, ihm für seine bisherige schätzenswerte Tätigkeit und gebe bekannt, dass mit sofortiger Wirkung Andreas Schmidt zum Volksgruppenführer ernannt worden sei. Der Grund für die Verlegung der Volksgruppenführung nach Kronstadt sei, eine enge Zusammenarbeit zwischen Generalkonsul Rodde und der Volksgruppenführung zu ermöglichen. Dr. Bruckner werde als Arzt ein erweitertes Arbeitsfeld erhalten. Er, Lorenz, wolle beim Führer einen Orden für Dr. Bruckner beantragen. - Schliesslich gab Lorenz bekannt, dass anschliessend ein Bankett stattfinden werde, zu dem er uns alle einlade.

Es ist verständlich, dass weder Dr. Bruckner, noch einer seiner Mitarbeiter an dem Bankett teilnahm. Die Art und Weise des Führungswechsels, die leichtfertige, taktlose und empörende Ausbootung Dr. Bruckners war einmalig. Trotz aller Erfahrungen, die wir bis dahin mit den deutschen Amtsstellen gemacht hatten, erschien uns dieser Eingriff, besonders aber die Form, in der er geschah, wie ein schlechter Scherz. Nichts lag gegen Dr. Bruckner vor, das eine derartige Behandlung gerechtfertigt hätte. Er war weder ein Reaktionsär noch leistete er gegen die Wünsche des Reiches Widerstand. Gesinnungsmässig war er als Nationalsozialist und als guter Deutscher über jeden Zweifel erhaben. Nun wurde er ohne vorherige Benachrichtigung und ohne gefragt zu werden in der formlosesten Weise "abgesetzt". An seine Stelle trat der im Volk gänzlich unbekannt, noch nicht dreissig Jahre alte Andreas Schmidt mit seiner durchwegs jugendlichen Garde. Berlin hatte ihm, ohne unsere Volksgruppe nach ihrer Meinung oder ihren Wünschen zu befragen, wie einen Deus ex machina an die Spitze gezaubert. Wir hatten das Gefühl, dass hier mit tiefgreifenden, schicksalhaften Entscheidungen und mit Idealen und ganzen Volksgruppen ein übles Spiel gespielt wurde.

Jeder von uns stand nun vor der Frage, weiterzudienen oder auszustiegen. Wir entschlossen uns zum Weiterdienen. Das Reich wünschte diese Entwicklung, das Reich hatte eine Entscheidung getroffen, gegen das Reich wollten und konnten wir uns nicht stellen. Dass ein Mangel von Intriganten uns mit Berufung auf das Reich zu Gehorsam nötigte, dass hier mit Idealen und Symbolen Missbrauch getrieben wurde, erkannten wir erst später.

Handl. S. 29

Handl. S. 24-25

Die neue Volksgruppenführung

Andreas Schmidt stand von vorneherein inmitten eines Klüngels von Trabanten, die ihn gegen alle von ausserhalb kommenden Einflüsse abschirmten und ihre eigenen Interessen durchsetzten. Leider hatten es die meisten früheren Amtswalter versäumt, zu Schmidt gute Beziehungen herzustellen. Kaum einer war voraussehend genug gewesen, dem scheinbar so bedeutungslosen Stabsleiter der NAF Chancen zu geben; nun wählte sich Schmidt seine Mitarbeiter aus den Kreisen seiner Gefährten in der SS und unter jenen Leuten, die sich rechtzeitig auf ihn ausgerichtet hatten. Auf diese Weise wurde keineswegs eine qualitative Auslese getroffen. Die engere Umgebung des neuen Volksgruppenführers sorgte dafür, dass kein "Unberufener", das heisst: kein Mann, der ihnen nicht zu Gesicht stand oder der ihnen gefährlich hätte werden können Einfluss auf Schmidt erhielt.

Die engste Clique setzte sich zusammen aus: Erich Müller, Liebhardt, Aumer, Rührig, Gusse und Bergel, die mit ihm aus Berlin gekommen waren. Hinzu kam dann der Interessenskreis um den Kronstädter Kreisleiter Guido Petrowitsch. Zu diesen gehörte Otto Parsch, Fritz Cloos, Walter May, Oswald Teutsch, Willi Dappner, und der Rechtsanwalt Otto Liess. Von diesem doppelten Ring aus liefen dann die Fäden weiter zu den ehemaligen Kampfgefährten der Erneuerungszeit. Es sind allerdings auch Erneuerungen getroffen worden, bei denen das fachlich-qualitative Moment ausschlaggebend war. Die eigentliche Macht aber und der unmittelbare Einfluss auf Schmidt lag in den Händen eines begrenzten und exklusiven Personenkreises.

Bei der Umbesetzung der völkischen Posten ging die neue Führung schrittweise vor. Es kam dabei häufig vor, dass die neuernannten Funktionäre in ihr Amt einzogen, bevor ihre Vorgänger von ihrer eigenen Absetzung überhaupt verständigt worden waren. Ein klassisches Beispiel dieser Art ist der Fall Kurt Fromm. Dieser gehörte in Kronstadt zum Kreis um Petrowitsch und wurde nun durch einen Erlass des Volksgruppenführers zum Gauleiter von Siebenbürgen ernannt. Gauleiter war bis dahin Dr. Helmut Wolff. Er war bis zum Eintreffen seines Nachfolgers weder seines Postens entheben, noch von der Neuernennung verständigt worden. Fromm sandte von Kronstadt aus Nachricht, man möge ihm einen Wagen schicken. Dies geschah. Als

Fromm spät abends in der Hermannstädter Gauleitung erschien, trat er hochfahrend auf. Er tadelte mit barschen Worten, dass man ihm keinen „würdigeren“ Empfang bereitet habe und erklärte, nun dafür Sorge tragen zu wollen, dass Ordnung einziehe. Seinem stillschweigend abgesetzten Vorgänger Dr. Wolff übergab er völlig. Diesem blieb nichts anderes übrig, als sich ~~zurückzuziehen~~ zurückzuziehen.

Ähnliche Szenen spielten sich häufig ab. Das zur rücksichtslosen Protektionswirtschaft dematurierte Führer- und Ernennungsprinzip durchwucherte den ganzen Körper der Volksorganisation. Das Volk sah zu und machte sich seinen Reim. Es hielt Disziplin, aber es hat die Volksgruppenführung Schmidt niemals als vollwertig und durch den Volkswillen bestätigt anerkannt.

Der radikalste und einschneidendste Schritt der neuen Führung war die Gründung der Deutschen Arbeiterpartei /D.A.P./ am 11. November im 1940 in Mediasch. Die Gründung erfolgte im Rahmen einer Feier, bei der Schmidt und seine Begleiter zum ersten Mal in der neuen schwarzen Uniform auftraten. Ebenso wurde zum ersten Mal bei einer völkischen Veranstaltung die Hakenkreuzfahne neben der rumänischen Staatsfahne gehisst.

Die Partei war nun gegründet, ihre Funktionäre und Mitglieder aber sollten erst ernannt werden. Volksgruppenführung und Parteiführung wurden identisch. Schmidt ordnete an, dass die Funktionäre der NAF zu Blockleitern, Zellenleitern und Ortsgruppenleitern der Partei ernannt würden. Selbstverständlich geschah dies nach entsprechender Sichtung der Kandidaten, wobei eine ziemlich offensichtliche Cliquenwirtschaft betrieben wurde. Die nicht zur NAF gehörigen Volksgruppenfunktionäre, unter ihnen sehr viele wertvolle und tüchtige Leute, fielen a priori aus dem Schema der Überführung der NAF in die Partei heraus. Die ehemaligen NAF-Funktionäre aber brachten zum grossen Teil keine Eignung für ihr über den Parteibetrieb hinausgewachsenem völkisches Betätigungsfeld mit. Schematisch gesehen vollzog sich eine Umwertung der Begriffe: der erprobte völkische Führer musste sich "hinten anstellen", während der Parteifunktionär eine völkische Rolle erhielt. Das war eine Fehlentscheidung von fataler Tragweite! Auf diese Weise wurden viele hervorragende und bewährte Persönlichkeiten einfach ausgeschaltet. Das wiederum aber bedeutete eine Kränkung und Stilllegung bester und williger Kräfte.

Ausgeschaltet wurden so nicht nur die "reaktionären" bürgerlichen und kirchlichen Kreise, die besonders in Siebenbürgen seit

S. 26

X

S. 26

S. 26
Jener die Führung gehabt und sich sehr gut bewährt hatten; auch jene Persönlichkeiten, die in der Erneuerungsbewegung initiative und massgebliche Rollen gespielt hatten, blieben ausserhalb. Zwar setzte sich der neue völkische Apparat aus Elementen, die aus dem Lager der DVR oder der Richtung Faoritius kamen, zusammen, aber die ursprüngliche führende Schicht der Erneuerungsbewegung wurde bis auf wenige Ausnahmen ausser Betracht gelassen. Die meisten ^{neuen} Amtsleiter und Amtswalter waren unbeschriebene Blätter. Ihre Namen waren dem Volk in keiner Weise ein Begriff.

Ende 1940 zeigte die Volksgruppe folgendes organisatorisches und personelles Bild:

Volksgruppenführer: Andreas Schmidt
Stabsleiter der D.A.P. : Andreas Rührig
Chef der "Einsatzstaffel" : Erich Müller
Deren Stabsleiter: Otto Parsch
Chef der "Deutschen Mannschaft": Hermann Jikeli
Stabsleiter: Eduard Dürr

Rührig besass als Stabsleiter der Partei bzw. der Volksgruppe nach Schmidt die Schlüsselgewalt. An Gewicht ihm nahezu gleich war Erich Müller als Chef der "Einsatzstaffel", die eine Art Volksgruppen-SS darstellte und dazu ausersehen war, die Elite der aus der NAF übernommenen und frisch rekrutierten mannschaftlichen Verbände zusammenzufassen. Etwas schwächer war die Position des Führers der "Deutschen Mannschaft", Hermann Jikeli. Die "DM" stellte die breite mannschaftliche Organisation, im Sinne der SA etwa, dar. Jikeli, ein tüchtiger, hochanständiger Mann, ist später in Russland gefallen.

Nach Fachgebieten war die Volksgruppenführung in folgende Ämter gegliedert:

Presse und Propaganda: Walter May
Wirtschaft: Oswald Teutsch / später durch Fritz Jasch ersetzt/
Finanz- bzw. Schatzamt: Hans Ehrmann
Deutsche Arbeiterschaft : Fritz Cloos
Bauernamt: Hans Kaufmes
Genossenschaften: Sepp Komanschek
Arbeitsdienst: Richard Langer
NSV : Willi Schiel

Gesundheitsamt: Dr. F. Wokalek / Rückendeckung durch Dr. Conti! /
Sippenamt: Professor Csallner / Amt später aufgelöst /
Schulamt: Prof. Hügel
Rechtsamt: Otto Liess
Personalamt: Winfried Schenker / später Peter Schmidt /
Jugendführer: Willi Dappner
Frauensschaft: Lydia Müller

Die einzelnen Ämter gliederten sich in Abteilungen, so gab es einen Abteilungsleiter für Presse und einen für Propaganda usw. Die Bukarester Geschäftsstelle der Volksgruppenführung wurde von Dr. Rudolf Sonntag geleitet.

Zunächst blieb das System der Gauleitungen und Kreisleitungen aufrecht. Die Gauleiter waren:

Siebenbürgen: Kurt Fromm
Banat: Peter Jung
Gau Bergland: Hans Ewald Frauenhoffer
Rumänisches Altreich: H. Reissenberger

Ende 1941 wurden die Gauleitungen - nachdem man sie vorübergehend in Gebietsleitungen umbenannt hatte - aufgelöst, da sie zu falschen Vergleichen mit reichsdeutschen Verhältnissen führten. Die Gauleiter erhielten teils Kreisleiterposten, teils wurden sie zu "Inspektoren" der Partei oder zu sonstigen Sonderaufgaben ernannt. Die Kreisleitungen waren:

Siebenbürgen: Kronstadt: Guido Petrowitsch
Hermannstadt: Fritz Jasch / später Rudolf Schuller /
Fogarasch: Hans Fernengel
Agnetheln: Fritz Sauer
Schässburg: Alfred Pomarius
Mediasch: Karl Römer / später Kurt Fromm /
Reps: R. Schuster
Banat: Temeschburg: /Name entfallen /
Arad: /entfallen /
Lovrin: ?.... später Frauenhoffer
Lenaheim: /entfallen /
Bergland: Unterwald: H. Forek
Reschitza: Fritz Swoboda / später Fritz Cloos /
Lugosch: W. Haas, dann Rud. Fersch, dann Erhard Plesch

Die politische Apparatur zeigte somit eine bis dahin nicht gekannte Breite. Bis dahin war die Volksgruppe mit einem weit bescheidenerem und kleinerem Stab von Leuten, Dienststellen, Kraftwagen, Karren und sonstigen bürokratischen Mitteln geleitet worden. Nun zog die Parteibürokratie und das Mandarinentum ein.

Die Volksgruppe und der Staat

Ich habe bereits auf die enge Verbindung des Volksgruppenführers Schmidt zu den Legionären /Eiserne Garde/ hingewiesen. Diese Verbindung entsprang der ideologischen Verwandtschaft, aber auch dem verwandten Schicksal: sowohl die Legionäre als auch die "Gruppe Schmidt" hatten die letzten Jahre in Deutschland verbracht und hier zueinander gefunden. Es war daher klar, dass die neue Volksgruppenführung a priori eine ganz andere Stellung innerhalb des Staates einnahm als ihre Vorgänger. Die Entscheidung hinsichtlich der veränderten Stellung der Volksgruppe im Rahmen des rumänischen Staates lag jedoch in dem im Herbst 1940 geschlossenen deutsch-rumänischen Bündnis.

Nummehr erklärte sich das Deutsche Reich offen als Schirmherr der deutschen Volksgruppen. Der rumänische Staat sah sich genötigt, sein Verhältnis zur Volksgruppe auf dieselbe Ebene zu stellen wie seine Beziehung zu Deutschland. Im November 1940 fand dies neue Verhältnis zwischen Volksgruppe und Staat seine gesetzliche Formulierung in dem eigens hierfür erlassenen Dekret der Regierung Antonescu.

5.28 x
Dies Dekretgesetz verlieh der Volksgruppe den Charakter einer Rechtspersönlichkeit und gab ihr die Autorität hinsichtlich der Regelung aller völkisch-organisatorischen Fragen. Sie erhielt das Recht zur Abhaltung von Versammlungen und Kundgebungen, durfte als einzige nichtstaatliche Institution Uniformen tragen und neben der Staatsfahne die Hakenkreuzflagge hissen. Trotz Einräumung weitgehender politischer und kultureller Eigenrechte, blieben die Mitglieder der Volksgruppe - die Mitgliedschaft war durch die Geburt bzw. durch das freie Bekenntnis zum Deutschtum gegeben - rumänische Staatsbürger mit allem daraus fließenden Pflichten und Rechten. Die Wehrdienstleistung erfolgte weiter in der rumänischen Armee. Die Amtssprache blieb auch in Gegenden mit starker oder sogar überlegener deutscher Bevölkerungszahl rumänisch. Von einer Privilegierung konnte in keiner Weise gesprochen werden. Die Volksgruppe

wurde lediglich aus dem bis dahin geltenden diskriminierenden Minderheitenstatus herausgehoben und als völkischer und kultureller Organismus de jure anerkannt.

Ausschlaggebend für diese Neulagerung der Volksgruppe war, wie gesagt, die neue Situation, die sich aus dem deutsch-rumänischen Bündnis ergab. Es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, dass die formale Regelung der Volksgruppenfrage ein Werk der Legionäre, vor allem des Legionärsführers und Ministers Birisch, war. Durch das Dekret der Antonescu-Sima-Regierung wurde die Position der Volksgruppe günstig präjudiziert; als General Antonescu im Januar 1941 die Legionäre beseitigte, übernahm die aus Militärs bestehende Nachfolgeregierung die Volksgruppe in der durch das Dekret festgelegten juristischen Form. Bald stellten sich ~~schon~~^{erst} Schwierigkeiten seitens des Militärregimes ein. Es kam zu kleineren Schikanen, Versammlungsverboten und örtlichen Spannungen zwischen den Behörden und den Dienststellen der Volksgruppe. Alle diese Missbeliigkeiten verschwanden dann jedoch, als der Krieg mit Russland begann und als deutsche und rumänische Soldaten gemeinsam Bessarabien und die Nordbukowina zurückeroberten. In der Zeit der Siege begegneten auch die rumänischen Militärs der Volksgruppe mit grösstem Entgegenkommen ja mit Herzlichkeit. Nach Stalingrad und mit fortschreitender Rückläufigkeit der Lage im Osten stellten sich dann allerdings unfreundlichere Töne ein. Insgeheim, in manchen Fällen aber auch offen, begannen die rumänischen Behörden Schwierigkeiten zu bereiten. So wurden z. B. die Nationalisierungsbestimmungen, die sich gegen die Juden richteten, in einigen Fällen ~~zum Nachteil~~ und gegen ~~die~~ deutsche Betriebe angewendet. Immerhin behielt die Volksgruppe ihren von Berlin aus gedeckten festen Stand. Zu einem offenen Konflikt ist es nie gekommen.

Die SS-Aktion

Die rechtliche Situation der Volksgruppe und ihrer Mitglieder erfuhr im Sommer 1943 eine einschneidende Veränderung: zwischen Berlin und Bukarest war ein Abkommen getroffen worden, wonach die wehrfähigen Männer als Freiwillige in die Waffen-SS und in die Wehrmacht eintreten konnten. Diese Entscheidung gehört zu den ~~umstrittensten~~ strittensten Kapiteln der Ara Schmidt und hat weitgehende

verhängnisvolle Folgen gehabt.

Ich weiss, dass Andreas Schmidt schon 1939 sich mit dem Gedanken trug, die Wehrdienstfrage in diesem Sinne zu lösen. Ihm schwebte vor, auf diese Weise in der Waffen-SS Fuss zu fassen und dadurch eine Entwicklung wie etwa in Österreich, wo die bodenständigen Nationalsozialisten durch Reichsdeutsche ersetzt worden waren, von vorneherein auszuschalten. Die durch die Waffen-SS und durch die Junkerschulen gegangenen jungen Elemente der Volksgruppe mussten, so plante er, rechtzeitig ihre Qualifizierung erhalten, um ein Eindringen reichsdeutscher Elemente nach dem Endsieg abzuwehren. Diese Entwicklungsmöglichkeit vor Augen, leitete Schmidt bereits 1940 die sogenannte "Tausend-Mann-Aktion" ein: unter dem offiziellen Vorwand, unsere Jugend zur schulischen und fachlichen Ausbildung nach Deutschland zu schicken, wurde im Auftrag von Schmidt eine geheime Werbung für die Waffen-SS durchgeführt. Die Ausreise für die 1.000 Mann wurde von Hans Otto Roth, dem bekannten sächsischen Politiker und Senator, in Bukarest erwirkt. Die Aktion rollte 1941 ab, grösstenteils in Schiffstransporten die Donau aufwärts. Die Rumänen wussten zunächst nicht, worum es sich eigentlich handelte; aber auch dann, als sie den wahren Zweck der Aktion erkannten, unternahmen sie nichts, sie zu verhindern oder die Ausreise zu widerrufen.

Nach dem Zusammenbruch der rumänischen Armee bei Stalingrad fand Berlin sich bereit, vom dem Prinzip der volksdeutschen Wehrdienstleistung in der rumänischen Armee abzuschwenken. Der Gedanke einer Mobilisierung des Wehrpotentials der Volksgruppe griff um sich. Im Frühjahr 1943 kam es in Bukarest zu ersten konkreten Verhandlungen zwischen Vertretern der Waffen-SS und der Volksgruppe einerseits und dem rumänischen Generalstab andererseits. Schliesslich wurde eine zwischenstaatliche Abmachung getroffen, die die Rekrutierung für die Waffen-SS regelte. Es ist möglich, dass Schmidt diesbezüglich beim Marschall Antonescu persönlich versprach und ihn für die Einreihung der Volksdeutschen in die deutschen Streitkräfte gewann. Jedenfalls kam das Abkommen zustande und trat sofort in Wirksamkeit.

Schon bevor es seine endgültige Formulierung erhielt, wurde mit der Musterung begonnen. Dies deshalb, um eventuelle Einschränkungen durch ein fait accompli zu durchkreuzen. Alle wehrfähigen Männer zwischen 18 und 45 Jahren erhielten durch die völkischen Dienststellen Auftrag, sich zur Musterung zu stellen. Leider erfuhren sie



dabei nicht gleichzeitig, welche rechtliche Konsequenzen sich für sie und ihre Angehörigen ergaben. Als dann das Abkommen verlautbart wurde, war zu erkennen, dass darin einige Unklarheiten bestanden. Es hiess darin, dass die Rekrutierung auf der Grundlage der Freiwilligkeit zu erfolgen habe, dass die deutschen Männer aus Rumänien das Recht hätten, auch in der deutschen Armee bzw. Waffen-SS zu dienen und dass sie für die Zeit ihres Wehrdienstes in den deutschen Verbänden seitens der rumänischen Armee freigestellt bzw. abkommandiert würden. Unklarheit herrschte über jene deutschen Wehrpflichtigen, die zum Zeitpunkt der Rekrutierung für die Waffen-SS in rumänischen Einheiten Dienst taten. Ihre Freigabe oder Zurückhaltung wurde von den jeweiligen rumänischen ~~Regimentern~~ Regimentern verschieden gehandhabt. Nicht ganz eindeutig geklärt erschien auch die Frage der Staatsbürgerschaft: nach den bestehenden rumänischen Gesetzen verlor jeder rumänische Bürger die Staatsbürgerschaft, wenn er in einer fremden Armee diente. Das Abkommen und der darauf fussende Regierungserlass regelte diese heikle Frage zwar in dem Sinne, dass den Einrückenden die rumänische Staatsbürgerschaft gewissermassen auf Eis gelegt wurde, ganz aber vermochten die Bestimmungen die Bedenken nicht aus der Welt zu schaffen, dass die Rekruten streng genommen die Staatsbürgerschaft verlieren würden, weil das diesbezügliche Gesetz weder aufgehoben noch modifiziert wurde. Später kam dann der sogenannte Führererlass, der den SS-Freiwilligen die ~~SS~~ deutsche Staatsbürgerschaft, nicht aber das Bürgerrecht zuerkannte. Dieser Entscheid löste das Problem nicht, sondern vertiefte es, denn nun bot sich den rumänischen Behörden die Handhabe, die SS-Freiwilligen mit dem Hinweis darauf auszubürgern, dass sie ~~SS~~ über das getroffene Abkommen hinaus eine fremde Staatsbürgerschaft angenommen hätten. Ferner erhob sich die Frage, welche staatsbürgerrechtliche Stellung nunmehr die Angehörigen der Freiwilligen einnahmen. Waren sie rumänische oder deutsche Staatsbürger?

Alle diese Erwägungen und Bedenken traten jedoch hinter der Parole zurück: "Das Reich ist in Gefahr - jeder anständige Deutsche meldet sich zum Fronteinsatz!" Und diese Parole war das Kriterium. Die Freiwilligen meldeten sich zu Zehntausenden. Es gab unter ihnen nur wenige, die die Unklarheit und Schwierigkeit ihrer rechtlichen Situation und die sich daraus eventuell ergebenden vermögensrechtlichen und familiären Probleme nicht erkannten und sich deswegen gesorgt hätten. Aber die Treue zum deutschen Volk und der Idealismus waren stärker. Die blumenbekränzten Transporte begannen zu rollen.

Quelle 70, 27

Quelle 71, 20

Rumänische und deutsche Offiziersabteilungen verabschiedeten sie. Die Musterungsoffiziere der Waffen-SS zeigten sich wegen des Menschenmaterials sehr beeindruckt. Niemand konnte sich der Gefühlsbewegung entziehen, dass hier ein wahrer nationaler Aufbruch abrollte.

Die ersten Verdorrenungen stellten sich ein, als die den Frauen der Eingekerkerten zugesagten Unterstützungen infolge Devisenschwierigkeiten ausblieben bzw. eine Zeit lang verspätet und nur teilweise zur Auszahlung gelangten. Das Deutsche Reich war nicht in der Lage, die erforderlichen Lei-Beträge aufzubringen. Um das Ärgste zu mildern, sprang die NSV der Volksgruppe ein und brachte schwarze Gelder zur Auszahlung. Als auch diese erschöpft waren, blieb nichts anderes übrig, als an den Durchhaltewillen der SS-Frauen zu appellieren und sie auf den Endsieg zu vertrösten.

Von den rund 60.000 Freiwilligen sind dann, als statt des Endsieg der Absprung Rumäniens und die Niederlage Deutschlands kam, nur wenige in die Heimat zurückgekehrt. Die Regierung Săntătescu dekretierte nach dem 23. August 1944 die ~~ist~~ "Deserteure" ihrer Staatsbürgerschaft verlustig. Gleichzeitig wurde ihr Vermögen, ihre Geschäfte und Betriebe beschlagnahmt und die Familien endgültig brotlos gemacht. Der eindrucksvolle nationale Aufbruch endete somit in einer bitteren Tragödie.

Leistungen und Fehlgriffe

Will man die Leistungen und das Versagen der Volksgruppenführung, Andreas Schmidt objektiv bewerten, dann muss man sich vor Augen halten, dass sie mitten im Kriege entstanden war und ihre Massnahmen in den meisten Fällen kriegsbedingten Charakter trugen. Alles gipfelte in der Frage des deutschen Endsieges. Diesen mit allen Kräften zu fördern, war das dominierende Leitmotiv. Dass dabei in der Frage der Postenbesetzung Fehlgriffe gemacht und dass die internen Verhältnisse der Führung und der Gliederungen viel zu wünschen übrig liessen, habe ich schon erwähnt. Daneben aber standen unbestreitbare Leistungen, die zu leugnen ebenso wenig Sinn hätte, wie zu verschweigen, an welchen charakterlichen, fachlichen und konzeptionellen Mängeln die Ara Schmidt krankte.

Nach meiner Auffassung beging Schmidt und sein Apparat ^{vor allem} die Sünde, an Stelle des jahrhundertealten Systems der Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit das Soll des Parteibetriebes zu setzen. Besonders die Sachsen empfanden diesen zur Schablone genormten Partei-

betrieb im völkischen Leben als eine Entseelung. Unter ihnen hatte seit jeher ein positives demokratisches Denken geherrscht, das den einzelnen stets der Gemeinschaft verpflichtete, ohne ihn in ein starres System einzuzwängen. Der hochgezüchtete politische Instinkt der Sachsen wurde nun einer "Schulung" unterworfen. An Stelle wirklichen politischen Denkens trat das eingedrilte Schlagwort, das aus binnenländischen Verhältnissen impartierte Parteilehrbuch. Auf diese Weise wurde nicht eine echte politische Schulung, sondern eine Enpolitisierung erzielt, das heisst: der Sinn für kluges politisches Verhalten, für natürliche völkische Gefühlsregungen und für das überlieferte Gesetz der freiwilligen Einordnung des einzelnen in die Gemeinschaft wurde unter der Schablone der NS-Erziehung erdrückt. Bei den Bawarer Schwaben, deren politisches Profil und deren Tradition nicht so eigenartig und entwickelt war, wirkte sich dieser Normungsprozess weniger fatal aus. Unter den Sachsen aber schwand die ursprüngliche echte Begeisterung bald dahin und wich einem Zustand stummer Disziplin.

Bedenkliche Entwicklungen zeigten sich auch in der Jugenderziehung. Die Jugend wurde aus ihrem natürlichen Gefüge herausgerissen und in Schnellsiedekursen ~~zurück~~ zum "neuen Typus" umgeformt. Der Einfluss des Elternhauses verringerte sich, ebenso der Einfluss der Lehrer. An Stelle der früheren soliden Erziehungsbasis trat die wenig tragfähige Grundlage parteipolitischer Schulung. Rein äusserlich schien es, als hätte diese Jugend ein frischeres Gesicht gewonnen: sie gebärdete sich lebhaft, vorlaut und spartanisch. Aber das war zum grossen Teil nur trügerischer Schein. Charakterlich ~~maxim~~ blieb sie hinter dem zurück, was früher selbstverständlich gewesen war. Ich glaube, dass die grösste Gefahr dieser verfehlten Jugenderziehung darin bestand, dass sie mehr auf optische Effekte als auf echte Charakterbildung abzielte und dass diese aus ihrer natürlichen Entwicklung gerissene Jugend nach dem ersetzten Endsieg nicht die notwendige und für unsere Vorpostenstellung geradezug lebenswichtige innere Festigkeit besessen hätte.

Ich möchte mein Urteil über die Ara Schmidt etwa mit der Formel präzisieren: sie leistete organisatorisch beachtliches, zerstörte jedoch gleichzeitig die subtileren völkischen und ideellen Gewebe. Eindrucksvoll waren zum Beispiel die Anstrengungen und auch die Erfolge einzelner Ämter wie z.B. des Propagandaamtes, der NSV, des Wirtschaftsamtes, der Deutschen Arbeiterschaft usw. An formaler Straff-

heit, an Intensität und an Breitenwirkung übertrafen diese Bemühungen alles bisher Gewesene. Jedermann wurde in irgendeiner Weise "erfasst" und in die völkische Tätigkeit "eingebaut". Die Sozialbetreuung, die kulturelle Massentätigkeit, die mannschaftliche und sportliche Erziehung, ~~xxxx~~ die gesundheitliche Fürsorge usw. konnten unbestreitbare Erfolge aufweisen. In seiner ersten Rede hatte Schmidt 1940 erklärt: "Ich werde euch in eine harte und straffe Schule nehmen...", und dies Versprechen machte er auch wahr. Allerdings in einer mehr physischen als geistigen Weise. Er baute gemeinsam mit seinen gleichaltrigen Helfern einen Apparat auf, dessen Zahlen und Abmessungen als Erfolg verbucht und auf dem in Berlin stolz hingewiesen wurde. Der Feldwebelton feierte Orgien. Die Volksgruppe ~~Erhellte~~ - übertrieben ausgedrückt - einer SS-Kaserne, in deren Hof sich wohlausgerichtete Einheiten folgsam bewegten.

Eine grosse und schicksalhafte Entscheidung wurde gefällt, als die Volksgruppe das Schulwesen aus der Kirche herauslöste und in eigene Regie übernahm. Ein Positivum dabei war, dass gewisse konfessionelle Beengungen ihr Ende fanden, ~~so~~ ^{z.B.} der Schulgeldunterschied ~~der~~ katholischer Schüler in den Gymnasien der ev. Kirche usw. Auch die Position des Lehrers auf dem Dorf, die bis dahin zu stark im Schatten des Pfarrers gestanden hatte, erfuhr eine begrüssenswerte Verbesserung. Nachteilig war, dass manche Lehrer nun gegen die Pfarrer auftraten und Spannungen heraufbeschoren. Sehr gefährlich aber erschien die Vermögensteilung zwischen Kirche und Schule. Um das schulische Vermögen eventuellen staatlichen Zugriffen zu entziehen, war es seinerzeit der Kirche übertragen worden. Nun erfolgte die Trennung. Auch sie geschah mit dem Hinblick auf den Endsieg. Ein Ausbleiben desselben musste fast zwangsläufig zur Folge haben, dass der Staat sich des Schulvermögens bemächtigte. Dies ist dann nach dem 23. August 1944 auch geschehen. Ob es der Kirche gelungen wäre, dies zu verhindern, ist eine offene Frage.

Es wurden unter Schmidt auch beachtliche Anstrengungen gemacht, das Vermögen der ehemaligen "Nationsuniversität", das 1919 enteignet worden war, zurückzugewinnen. Die "Nationsuniversität" verwaltete das ausserkirchliche völkische Vermögen, vor allem Waldungen und Grundbesitz. Eine Rückgewinnung etwa der Siebenrichterwaldungen mit einer Ausdehnung von 300.000 Joch hätte einen günstigen gewaltigen Erfolg bedeutet. Der 23. August machte den Bemühungen der Volksgruppenführung in dieser Richtung ein Ende.

Der Zusammenbruch

Nach dem Abzug der wehrfähigen Männer zur Waffen-SS und nach Abkommandierung mehrerer Amtsleiter und Amtswalter an die Front, beschränkte sich die völkische und parteipolitische Tätigkeit auf kriegsnotwendige Belange. Nach der SS-Aktion war im Volk Unwillen darüber entstanden, dass nur ein geringer Teil der Führerschaft ebenfalls einrückte. Daraufhin veranlasste Schmidt - der zu Beginn des Krieges in Russland als Unteroffizier der rumänischen Armee einen kurzen "Bewährungseinsatz" mitgemacht hatte - die seriensweise Einrückung seiner Mitarbeiter zur Waffen-SS. Nur die unerlässlichen Amtsleiter blieben zurück.

1944 begann die Position Schmidt's leicht zu schwanken. Eine gegen ihn in Berlin angezettelte Intrige seiner Vertrauten Liebhardt und Auser, die ihre persönlichen Differenzen mit Schmidt über den SD auszutragen versuchten, provozierte einen Skandal; Schmidt drohte, die beiden Intriganten und ihre Helfershelfer verhaften zu lassen, konnte sie jedoch nicht fassen, weil hinter ihnen der SD stand, von dessen Leiter, Kaltenbrunner, der Volksgruppenführer angeblüch gesagt haben soll, er verstehe nicht, wie ein so mittelmässiger Mann wie Kaltenbrunner einen solchen Posten bekleide. Kaltenbrunner soll daraufhin das ihm über Schmidt gelieferte Material willig angenommen und gesammelt haben. Es hiess auch, dass die Tage Schmidt's gezählt seien. Ehe sich diese Frage entschied, kam der 23. August 1944.

Dass Schmidt nichts unternommen hat, die Volksgruppe vor ihrem Schicksal zu bewahren, dass er in Berlin nicht darauf drang, entsprechende Evakuierungsplanungen einzuleiten / die allerdings wenig gemützt hätten / wird ihm auch heute noch vorgeworfen. Ich bin nicht darüber unterrichtet, ob Schmidt in Berlin Schritte unternommen hat, etwa einige schlagkräftige deutsche Verbände nach Siebenbürgen zum Schutze der Volksgruppe zu verlangen. Wahrscheinlich tat er nichts in dieser Richtung. Dabei hätten einige wenige gute Einheiten genügt, die Lage in Siebenbürgen und im Banat zumindest solange zu stabilisieren, bis eine vorher konzipierte Evakuierung stattgefunden haben würde. Dass die rumänische Konspiration auf einen Frontwechsel Rumäniens hinarbeitete und dass der Staatsstreich kommen musste, wenn die Front nach Rumänien eindrang, war auf alle Fälle vorauszusehen. Als der 23. August kam war Schmidt und seine engsten Mitarbeiter in Berlin. Der Schlag traf die Volks-

- 18 -

gruppe völlig unerwartet und besiegelte ihr Schicksal.

Auf Wunsch ~~Himmlers~~ ~~Himmlers~~ Himmlers, der Schmidt zürte, weil er im entscheidenden Augenblick nicht auf seinem Posten war, kam es dann im Dezember 1944 zum Fallschirmeinsatz der führenden Amtswalter und freiwilliger SS-Leute in Rumänien. Ein sinnloses, von vorneherein zum Scheitern verurteiltes Unternehmen! Es glückte, wie so vieles in der Ära Schmidt, eher einem theatralischen Auftritt als einem ernsthaften Versuch, der eingeschlossenen Volksgruppe Hilfe zu bringen. Ich will nicht leugnen, dass der Entschluss zu diesem aussichtslosen Wagnis Mut und Selbstverleugnung erforderte. Die Geste, mit der Schmidt auf diese Weise von der Bühne abtrat, war heldisch, aber sie unterstrich nur das bittere Schicksal, das die Volksgruppe erlitt, ohne es aufhellen zu können. Immerhin bleibt als Fazit übrig, dass Schmidt und seine Leute bereit waren, sich selber diesem Schicksal zu opfern. Und das versöhnt vieles.

München, am 26. Juli 1952

Der Einvernehmer: *H. Haack*

Institut für Zeitgeschichte

Sill, Heinrich

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fotok. am 17.5.56/87

A II

S i l l, Heinrich

München
Montgelasstr. 22Rum.-Transilvania
Nasaud
762/ R 310

26.8.1952

Protokoll, Original
nur vom Protokollführer unterzeichnet

6 Seiten. Berichtersteller war Hauptgeschäftsführer der Volksgruppen-Gebietsleitung in Nordsiebenbürgen und berichtet über den Hergang der Verwaltungsübernahme durch Ungarn nach dem Wiener Schiesspruch (in Bistritz am 11.9.1940), das gute Verhältnis, der deutschen Volksgruppe zu den ungarischen Behörden und im Gegensatz dazu die schlechte Lage der rumänischen Minorität unter ungarischer Verwaltung (S.1-3); ferner über die Aufnahme der aus dem Kessel von Tscherkassy entkommenen deutschen Truppen und die Planung einer Evakuierung der volksdeutschen Bevölkerung von Bistritz im Frühjahr und Sommer 1944 (S. 4), die allgemeine Durchführung der Evakuierung Mitte September und die Leitung, Zusammensetzung und den Weg eines Flüchtlingszuges von Großkarol (Nagy Karoly- Carei Mari) nach Österreich (Vöcklabruck).

Die für die Dokumentation nicht durchweg gleichwertigen Aussagen sind im ganzen durchaus sachlich und frei von tendenziösen Übertreibungen. Die Ausführungen über die Evakuierung können als Bestätigung und Ergänzung zu den Berichten Nr. 827/ R 351 und 734/ R 392 dienen, die Schlußpartien S. 5f über einen einzelnen Flüchtlingstransport in Verbindung damit zur Publikation herangezogen werden.

Darf erst nach nochmaliger Rücksprache mit Prof. Valjavec veröffentlicht werden.

 r o t o k o l l

Der ehemalige Hauptgeschäftsführer der Gebietsleitung Bistritz, (deutsche Volksgruppe Nordsiebenbürgen) Heinrich Sill, München, Montgelasstrasse 22, berichtet im Nachfolgenden über die Situation in Bistritz zwischen 1940 und 1944 und über die Evakuierung der deutschen Bevölkerung. Es wird gebeten, seinen Namen mit Rücksicht auf Angehörige in Rumänien auf keinen Fall zu veröffentlichen, sondern ihm streng vertraulich zu behandeln.

"Nach dem Wiener Schiedsspruch kam Bistritz an Ungarn. Ich war zu jener Zeit bereits Hauptgeschäftsführer der Gebietsleitung. Sofort nach Bekanntwerden des Schiedsspruches, der Siebenbürgen in zwei Teile trennte, waren wir uns bewusst, dass uns in dem durch den Abzug der rumänischen Truppen vermutlich entstehenden Wirrwar eine verantwortliche Ordnungsaufgabe zufallen würde. Die ungarische Besetzung des von Rumänien abgetrennten Teiles erfolgte stufenweise, ebenso die Räumung durch die Rumänen. Unser Gebiet ^(Bistritz) wurde erst am 11. September 1940 von den ungarischen Truppen in Besitz genommen. Um rumänische Übergriffe in der Zwischenzeit zu verhindern, übernahm die Gebietsleitung in Bistritz und in den umliegenden Dörfern das Heft in die Hand. Die "Deutsche Mannschaft" erhielt Befehl, den Sicherheitsdienst zu übernehmen. Im Einvernehmen mit den abbauenden rumänischen Militär- und Zivilbehörden stellten wir das Finanzamt, die Verwaltungsämter usw. sicher. Wir verhinderten auf diese Weise den Abtransport oder die Zerstörung der Akten, Gelder, Einrichtungen usw. Um unsere bäuerliche Bevölkerung vor Übergriffen des abziehenden rumänischen Militärs zu schützen, wurden Rollkommandos der "Deutschen Mannschaft" aufgestellt, die in Fällen, in denen es zu Ausschreitungen oder Plünderungen bzw. Requirierungen kam, sofort eingriffen. Auf diese Weise wurde die Ordnung während der Überbrückungszeit ohne grössere Reibungen aufrechterhalten.

Der Einmarsch der ungarischen Truppen erfolgte, nachdem einzelne

kleine Gruppen bereits am 9. September erschienen waren, am 11. September 1940. Um der Bevölkerung zu imponieren, liess die ungarische Herresleitung ihre einzige motorisierte Division in allen Städten die Übernahme vollziehen. Sie machte einen guten Eindruck, ebenso die anschliessend einmarschierenden Fusstruppen.

Wir beschlossen, ebenfalls eine eindrucksvolle Demonstration zu ~~starten~~ starten: Auf Anweisung unserer Gebietsleitung strömten aus allem umliegenden sächsischen Dörfern Männer, Frauen und die Jugend in ihren schönen Trachten zusammen. Auf dem Hauptplatz war eine grosse Tribüne errichtet worden, auf der die ungarische Generalität, die Offiziere, ungarische Magnaten und Bürger und unsere Vertreter Platz nahmen. Die Defilierung wurde durch motorisierte ungarische Truppen eröffnet. Wir konnten dabei beobachten, dass die Einheiten nach dem Vorbeimarsch auf Nebenwegen wieder zurückfuhren und erneut defilierten - dadurch entstand der Eindruck einer respektablen motorisierten Streitmacht. Anschliessend folgten dann Fusstruppen, und an diese schlossen sich die ungarischen Zivilisten der Stadt und die ungarischen Bauern der beiden einzigen magyarischen Dörfer, die in unserem sonst weit überwiegend sächsischen Gebiet lagen, an. Die Wirkung war in jeder Hinsicht dürftig. Umso wichtiger und erhebender gestaltete sich sodann der Vorbeimarsch unserer städtischen und bäuerlichen Bevölkerung.

Unser Zug wurde durch die Musik und die Mitglieder des deutschen Gymnasiums eröffnet. Es folgte die Bürgerschaft und dann der endlose Zug unserer Bauern in ihren herrlichen Trachten. Fünf Stunden lang zogen die in Zwälferreihen marschierenden Kolonnen vorbei. Es waren an die 12.000 sächsische Volksgenossen - ein unvergessliches und erhebendes Bild. Ich konnte hören, wie ungarischen Offiziere untereinander überraschte Ausserungen austauschten. Sie zeigten sich darüber verwundert, dass man diesen " rein deutschen Teil Siebenbürgens Ungarn zugesprochen " habe; man hätte, so sagten sie, doch lieber ein anderes, mehr ungarisch bevölkertes Stück Südsiebenbürgens von Rumänien lostrennen sollen.

Zunächst übernahm die ungarische Militärverwaltung die Amtsgewalt. Jedem Komitat stand ein General vor. In Bistritz residierte ab 19. September General Henkey-Hönig Vilmos. Er verhielt sich der deutschen Bevölkerung und der Gebietsleitung gegenüber äusserst

korrekt. Alle Massnahmen, die er treffen liess, sprach er vorher mit uns gründlich durch und zeigte sich jedem Einfluss unsererseits zugänglich. Unsere offiziellen Beziehungen zu ihm waren herzlich und völlig reibungslos. Es war uns klar, dass er uns dringend brauchte, um die ihm gestellten Aufgaben zu lösen.

Unsere starke Position erlitt auch keine Einbusse, als Mitte November die Zivilverwaltung eingesetzt wurde. Der Obergespan hiess, glaube ich Fehérváry; der Vizegespan, mit dem wir am engsten in Verbindung standen, war Dr. Laszlo Smolemsky. Auch nach Beginn der Zivilverwaltung behielten wir unsere Schlüsselstellung. Bis zur Besetzung Ungarns durch die Deutschen /Frühjahr 1944/ und auch in der darauffolgenden Zeit war unser Verhältnis zu den ungarischen Behörden ausgezeichnet. Gut war auch das Verhältnis unserer Volksgruppe zum Staatssekretär für Minderheiten Pataky, der sich eine sächsische Köchin und ein sächsisches Kindermädchen nach Budapest genommen hatte und grössten Wert auf korrekte Beziehungen zu uns legte.

Sehr schlecht dagegen war die Lage der rumänischen Bevölkerung. Sie wurde, besonders auf den Dörfern, drangsaliert und besass keine Möglichkeiten, sich politisch zu betätigen. Die ungarische Gendarmerie - durchwegs aus dem Mutterland stammend - leistete sich zahlreiche Übergriffe. In einigen Fällen wurden auch Sachsen geschlagen. Wir griffen, als man uns das meldete, sofort ein und veranlassten die exemplarische Bestrafung der Schuldigen. Die Rumänen jedoch waren völlig schutzlos. Ich erinnere mich einer bezeichnenden Episode: die ungarischen Behörden beschlagnahmten während des Krieges die rationierten agrarischen Produkte, so das Mehl, Fett, Fleisch usw. usw., um sie dann auf dem Wege über die staatliche Verteilung der Bevölkerung zuzuführen. Dabei wurden die rumänischen Gemeinden derart benachteiligt, dass die rumänischen Bauern sich z.T. von Wurzeln und Ähnlichem ernähren mussten und dass Hungerödeme auftraten. Die verzweifelten Rumänen erschienen bei uns in der Gebietsleitung und baten um unsere Intervention bei den ungarischen Behörden. Wir versuchten, uns für die Rumänen einzusetzen, ohne jedoch sichtbare Erfolge erzielen zu können. Daraufhin gaben wir den Rumänen den Rat, sich an das deutsche Konsulat in Klausenburg zu wenden und mit Berufung auf den Wiener Schiedsspruch Hilfe zu fordern. Ich weiss nicht, ob dann von deutscher Seite auch wirklich entsprechende Schritte in Budapest erfolgt sind.

Die Evakuierung

Zum ersten Mal wurde uns im ~~Frühjahr~~ Frühjahr 1944 bewusst, dass unsere Lage gefährdet und dass eine Evakuierung wegen der sich ~~verschlechternden~~ verschlechternden Frontlage kaum vermeidlich war. Über die Borgoer Pässe und über die Mägura /Ostkarpathen/ kamen die aus dem Kessel von Tscherkassy entkommenen deutschen Truppen in unser Gebiet. Sie sahen erschreckend aus und waren völlig demoralisiert. In der Stadt Bistritz allein wurden An 40.000 Mann aufgenommen. Unsere völkische Organisation mobilisierte sofort alle Mittel und Möglichkeiten, um diese erschreckend aussehende Truppe zu betreuen.

Wir richteten Ausspeisungen ein, nahmen einen Kredit bei der Zweigstelle der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse auf und brachten je Mann 10.- Pengö zur Auszahlung. Es wurde mit der deutschen Militärbehörde vereinbart, dass jeder Soldat 48 Stunden in unserer Pflege bleiben sollte. Was damals von unseren Frauen und Männern - die Wehrfähigen waren 1942 zur Waffen-SS eingerückt - an opferwilliger Arbeit geleistet wurde, um die geschlagenen deutschen Einheiten wieder aufzurichten, war beachtlich. Leider waren wir auch gezwungen, in Zusammenarbeit mit der Feldgendarmarie gegen völlig demoralisierte Elemente unter der Truppe einzuschreiten, die z.B. Waffen und Ausrüstungen an die jüdische und ungarische Bevölkerung verkauften. Das Erlebnis mit dieser Truppe öffnete uns jedenfalls die Augen darüber, dass die Lage für uns sehr ernst war.

Im Mai oder Juni 1944, als die Front unaufhaltsam näherrückte, wurde daher von unserer völkischen Führung der Beschluss gefasst, einen Evakuierungsplan für alle Fälle vorzubereiten. Der Plan sah bis auf Stunden genau vor, welche Dörfer auf welche Weise geräumt werden und wie die Evakuierung abgewickelt werden sollte. Nach dem rumänischen Frontwechsel am 23. August 1944 und nach Eintreffen des Generals Phleps in Neumarkt /Târgul Mureş/ erfolgte die Planung und Abwicklung der Räumung im Einvernehmen mit diesem. Phleps behielt sich den Zeitpunkt für die Evakuierung vor. Dieser Augenblick kam dann, als die Russen in überlegener Zahl in Siebenbürgen erschienen und die schwache deutsch-ungarische Front zerdrückten.

Es musste bei der Planung alles genau berücksichtigt werden: die Strassenverhältnisse in Ungarn, die Brücken, die Eisenbahnlinien usw. usw. Man musste die eventuellen Zerstörungen der Fluchtwege durch Bombenangriffe in Betracht ziehen und für jeden derartigen

Möglichkeitsfall Umleitungen oder Behelfe in Aussicht nehmen. Der Plan war jedenfalls sehr gründlich, und er hat dann in der Praxis auch zum grössten Teil ausgezeichnet funktioniert.

Der Abmarsch erfolgte zum überwiegenden Teil in Trecks. Diese hatten sich aus sämtlichen Gemeinden des Kreises Bistritz in den beiden Dörfern Kyrielais und Ungersdorf zu genau festgesetzten Zeitpunkten zu treffen. Es waren Treckverantwortliche ernannt worden, die an Hand der Zeittafel und der übrigen Bestimmungen für die pünktliche Abwicklung sorgten. Aus dem Gebiet von Bistritz brachen zirka 23.000 Menschen, also 85% auf. Der Grossteil des Viehs blieb in den Dörfern zurück. Was davon für die Verpflegung unterwegs notwendig war, wurde in Herden mitgetrieben. Die zurückbleibenden wenigen Familien übernahmen es, das hinterlassene Vieh zu betreuen, bis es von der Wehrmacht vereinbarungsgemäss übernommen wurde. In manchen Gemeinden erfolgte die Übergabe des Viehs an die deutschen Militärbehörden bereits vor dem allgemeinen Aufbruch; die Bauern erhielten Empfangsquittungen, die sie später in Deutschland eingelöst bekommen sollten. Die abgelieferten Tiere und sonstigen Objekte wurden nach ihrem Wert eingeschätzt und dem Bauern eine entsprechende Summe in Aussicht gestellt. Leider ist es dabei geblieben.

In der Stadt Bistritz blieb auf Befehl der Gebietsleitung eine Abteilung der "Deutschen Mannschaft" zurück, die die Aufgabe hatte, die verlassenen Wohnungen vor Plünderungen durch das beutelüsterne Gesindel zu schützen. Auf diese Weise wurde noch recht viel an Wertgegenständen, die von den Flüchtenden übersehen worden waren, gerettet und mit Hilfe der Wehrmacht in Sicherheit gebracht. Das Sicherungskommando der "Deutschen Mannschaft" zog sich dann, als die Front herankam, ebenfalls nach Westen zurück.

Der allgemeine Aufbruch erfolgte Mitte September. Einzelheiten über den Verlauf der Flucht kann ich nicht berichten, weil ich den Befehl erhielt, einen in Grosskarol / NagyKároly, rumänisch Carei Mari/ zusammengestellten Transportzug westwärts zu führen. Der mir unterstellte Flüchtlingszug bestand aus 70 Waggons, in denen sich rund 1350 Personen, darunter über 600 Kinder unter 10 Jahren, zusammengängten. Es waren hauptsächlich Flüchtlinge aus den ~~in Rumänien~~ ~~gelegenen~~ Gemeinden Rosde, Maniersch und Katzendorf. Die aus diesen Dörfern aufgebrochenen Trecks waren unterwegs nach Bistritz und Sächsisch Regen von russischen Flugzeugen bombardiert worden und hatten schwere Verluste erlitten. So übernahm ich zahlreiche

Verletzte, deren Betreuung mir grosse Schwierigkeiten bereitete. Es gelang mir schliesslich einen Arzt namhaft zu machen, der uns durch Ungarn begleitete und in dessen Obhut ich die Verwundeten übergab.

In NagyKároly amtierte übrigens eine Musterungskommission, die die noch wehrfähigen Männer herausriebte. Dadurch verlor ich einen grossen Teil meiner Gehilfen. Ich wurde bei der Musterungskommission vorstellig und erreichte auch, dass man mir wenigstens einige Männer überliess. Trotzdem waren die unterwegs zu bewältigenden Aufgaben derart schwierig, dass ich fast verzweifelte.

Ausser den erwähnten Überlebenden der Trecks aus Rode, Maniersch und Katzendorf befanden sich in meinem Transportzug auch Bauern aus Dürrbach und Lechnitz, ferner mehrere Familien aus der Stadt Bistritz. Meinem Transportzug war bereits ein Zug vorangegangen, in dem sich die Bistritzer Zweigstelle der Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse mit ihren Geldern und Dokumenten ~~befand~~ befand. Die Zahl der verfügbaren Eisenbahnwaggons war bei weitem nicht ausreichend, weshalb auch die städtische Bevölkerung sich ~~in~~ zum grossen Teil in die Trecks einreichte.

Fünf Wochen lang war ich mit meinem Transport unterwegs. Wir überquerten bei Tokay die Theiss ~~(rollten dann)~~ durch Debreczin, und ^{Körmény} ~~Miskolc~~ Miskolc nach Budapest, wo wir infolge Überlastung des Verkehrsnetzes in die Tschechei umgeleitet wurden. Schliesslich erreichten wir über Léva und Pressburg die österreichische Grenze. Dort kehrte man uns noch einmal um und schob uns über Hegyshalom zum zweitenmal nach Österreich hinein. Über Bruck an der Leitha erreichten wir endlich Vöcklabruck. Hier war unsere Endstation. Wir wurden in der Hauptschule einquartiert und später von dort aus in Privatquartiere auf dem Lande und in der Stadt verteilt.

Die deutsche Wehrmacht verhielt sich während der ganzen Zeit unserer Flucht vorbildlich. Auf jeder Station bekamen wir sofort ausreichende und gute Verpflegung und erfuhren eine freundliche verständisvolle Behandlung. Ich kann mich diesbezüglich nur anerkennend äussern.

München, am 26. August 1952

Der Einvernehmer: H. Wante.....

Hartl, Hans

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fotok. Anz. 17.5.52 / M...

AI

H a r t l, Hans

Starnberg
Vogelanger 8

Rum.-Transilvania
Sibiu
793/ R 329

4. Sept. 1952

Bericht, Original
~~Beglaubigung zur Person fehlt~~

Der 12seitige Bericht gibt einen Überblick über die deutsche Tagespublizistik in Rumänien. Der Vf. charakterisiert jede einzelne Tageszeitung, die in den 30er Jahren erschien und würdigt ihre politische Stellung und Bedeutung vom deutsch-völkischen Gesichtspunkt aus (S. 2-3). Ergänzt werden diese Ausführungen durch eine Zusammenstellung stichwortartiger Angaben über Verlag, Schriftleitung, Auflagesiffern und Aufmachung (S.4-5) Die Situation auf dem ~~den~~ volksdeutschen Zeitungsmarkt, so führt Vf. weiter aus, wurde 1940 völlig verändert durch den Volksgruppenführer And. Schmidt, der die einzelnen Zeitungen zusammenfügte, ihre Zahl verringerte und ihre Redaktionen gleichschaltete. (S. 5-6). Vf. schildert, wie sich dieser Eingriff auf die einzelnen Zeitungen auswirkte (S. 8-9) und kennzeichnet die schwierige Situation der Redakteure, die zu manipulieren hatten zwischen Loyalität gegenüber dem rumänischen Staat, Gehorsam gegenüber der "Sprachregelung" des Presseamtes der Volksgruppe und der Rechenschaftslegung gegenüber verschiedenen, rivalisierenden Berliner Instanzen, die sich finanziell ein Mitspracherecht erworben hatten. (S. 7). Abschließend berichtet Vf. wie nach dem Staatsstreich sämtliche Deutschen Zeitungen zu verschwinden hatten, die Journalisten strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt waren

Erst 1948 gestattete die veränderten politischen Verhältnisse die Herausgabe einer deutschsprachiger kommunistischen Zeitung.

Die Ausführungen ergänzen und werden andererseits gestützt durch den Bericht : Nebenbogen 260/ R 371, Hermannstadt. Sie sind aufschlußreich und gleichzeitig sachlich einwandfrei. Sollte dieser Komplex thematisch zur Publikation in Frage kommen, so ist zu diesem Zweck die zugänglichere Form dieses Berichtes der vorgenannten vorzuziehen.

Institut für

Darf erst nach nochmaliger Rücksprache mit Prof. Valjavec veröffentlicht werden.

Protokoll

Ich, Hans Hartl, geb. am 16.8.1913 in Kronstadt, zuletzt wohnhaft in Hermannstadt, derzeit Sternberg, Vogelanger 8, von Beruf Journalist, sage nachfolgend über die Presse der deutschen Volksgruppe in Rumänien aus. Ich bitte jedoch, meinen Namen im Falle einer Veröffentlichung mit Rücksicht auf nächste Angehörige in Rumänien unter keinen Umständen zu nennen.

Vor 1940, also vor Beginn der Ära Andreas Schmidt, wies das deutsche Pressewesen in Rumänien eine enorme zahlenmässige Fülle und charakterliche Vielfalt auf. Jede von deutscher Bevölkerung bewohnte Stadt und fast jede grössere Gemeinde besass ein Blatt; wenn ich mich recht erinnere, dürften es nach der Umsiedlung der Buchenländ-, Bessarabien- und Dobrudscha-Deutschen und nach der Abtretung Nordsiebenbürgens an die 50 oder mehr gewesen sein. Freilich zum grossen Teil nur lokale Wochenblättchen, die sich in privatem Besitz befanden und deren Redaktions-"Stab" häufig aus einer Person bestand. Aber es gab auch eine erstaunliche Anzahl von Tageszeitungen, die, von sehr unterschiedlichem journalistischem Niveau, breitere Kreise erfassten. Nachfolgend die bedeutendsten - aus dem Gedächtnis aufgezählten - Blätter:

Das älteste täglich erscheinende Blatt, die "Kronstädter Zeitung" war hundert Jahre alt. Letzter und langjähriger Hauptschriftleiter war Hermann Schlandt, Herausgeber Johann Gött, in dessen Druckerei das Blatt auch hergestellt wurde. Auflage etwa 5.000, Verbreitung: Kronstadt und Umgebung. Bis 1940 vertrat die "Kronstädter Zeitung" eine national-konservative Richtung; unter Andreas Schmidt wurde sie "gleichgeschaltet", ohne indessen den Charakter eines Sprachrohrs der Volksgruppenführung zu erhalten.

Das zweitälteste, aber politisch und journalistisch bedeutendste Organ der Sachsen war das "Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" in Hermannstadt. In ihm akkumulierte sich gewissermassen Jahr-

zählte hindurch die politische Fechtkunst der Siebenbürger Sachsen. Nationalvölkisch tief verankert, abgeklärt und konservativ, ohne sich jedoch evolutionär zu verschliessen, geschliffen in der Federführung, stets das Spiegelbild des nationalen Wollens und - vice versa - dieses mit Impulsen bereichernd, hat das "Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" Generationen hindurch eine hervorragende Funktion im Volksorganismus selbst und in dessen Vertretung nach aussen erfüllt. Durch seine Redaktion gingen ^{die} Laufbahnen fast sämtlicher bedeutender völkischer und parlamentarischer Persönlichkeiten. Sein Stil prägte die Denk- und Diskussionsformen des völkischen Lebens. Das Niveau der politischen und kulturellen Redaktion konnte sich ohne weiteres mit dem eines reichsdeutschen Grossblattes messen. Wie stark es das völkische Bewusstsein ausfüllte und welche Autorität es bis in die letzte Gemeinde genoss, wird durch den Volksmund beleuchtet: dieser nannte es "die Zeitung" schlechthin. Was "die Zeitung" schrieb und wie sie zu den nationalen Fragen Stellung nahm, war Richtschnur ^{würde} und ^{als} respektierte / wegweisende Formulierung. Im "Tageblatt" einen Aufsatz zu schreiben, bedeutete, seine politische Visitkarte der Öffentlichkeit vorzulegen; hier erwarben sich die politischen Kandidaten das Akkreditiv, und es war nicht leicht, in die Leitartikelspalte Einlass zu finden.

Eingeengt, wenn auch nie gebrochen, wurde die Position des "Tageblattes" in den Dreissigerjahren durch das Aufkommen der Erneuerungsbewegung, die neue Blattgründungen zur Folge hatte. Am schärfsten trat die "Tageszeitung", "TZ" genannt, auf, nachdem der vor der Spaltung der Erneuerungsbewegung von Fritz Fabritius herausgegebene "Südostdeutsche Beobachter" ~~zwei~~ sein Erscheinen nach kurzer Zeit eingestellt hatte. Die "TZ" war das Kampfblatt der "Deutschen Volkspartei" /Bonfert, Gust, Scheiner/. Ihr Widerpart wurde der von der gemässigten fabritianischen Richtung herausgegebene "Süd-Ost", der sich jedoch der "TZ" an journalistischem Geschick und an Temperament unterlegen zeigte. Das Auftreten der beiden parteipolitischen Blätter bewirkte ein Absinken der Auflage des "Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes". Dieses bemühte sich unter seinem damaligen Chefredakteur Hermann Plattner und dessen "Kronprinz" Alfred Hönig um eine der nationalsozialistischen Zeitströmung entgegenkommende, aber von gewissen Vorbehalten gekennzeichnete Linie. Nach dem im Frühjahr 1939 erfolgtem innenvölkischen Kompromiss, der die in zwei Lager gespaltene Erneuerungsbewegung wieder an einen Tisch brachte, stellte die "TZ" ihr Erscheinen ein, ~~XXXXXX~~

ebenso der "Südost", dessen Hauptschriftleiter Clemens Marjus in die Redaktion des "Tageblattes" übernommen wurde, bald aber zu DNB nach Bukarest ging. Durch das Verschwinden der beiden Kampfblätter gewann das "Tageblatt" seine abgesplitterten Leser im Erneuerungslager und seine feste Position zurück.

Im Banat hatte die in Temeschburg erscheinende "Banater Zeitung" als völkisches Blatt die führende Rolle. Wesentlich jünger als das "Siebenbürgische Deutsche Tageblatt" und mit einem leichten Stich ins Boulevardmäßige, zeigte sie ein lebhaftes, die schwäbische Mentalität ansprechendes Gesicht. Bogenformat und Seitenzahl / 8 - 16 Seiten/ ähnelte der siebenbürgischen Schwester, aber die Wesensunterschiede traten deutlich in Erscheinung. Es fehlte der "Banater Zeitung" die Patina des Alters, vor allem aber die Ausgewogenheit und Herbeheit, die das "Tageblatt" zur Schau trug. Die Konzessionen an den Boulevardstil wurden der "Banater Zeitung" allerdings auch durch die scharfe Konkurrenz der ~~XXXXXX~~ "Temeswarer Zeitung" aufgenötigt. Diese, ein jüdisches, effektiv redigiertes Blatt, besass seinen Schwerpunkt nicht im Leitartikel, sondern in der Reportage. Politisch indifferent, nur der Sprache, nicht dem Wesen nach deutsch, fing die "Temeswarer Zeitung" die schwäbische Leserschaft geschickt ein. Erst ihre Einstellung /1940/ verschaffte der "Banater Zeitung" wirkliche Bewegungsfreiheit.

Die stärkste Verbreitung vor und nach 1940 besass die in Temeschburg erscheinende "Extrapost", ein vier- bzw. sechseitiges Nachrichtenblatt, das an Billigkeit und - allerdings wahlloser - Nachrichtenreichhaltigkeit alle übrigen Zeitungen aus dem Felde schlug. Von ähnlichem Charakter, wenn auch weniger gelesen, waren die "Neuesten Nachrichten", ein am Morgen erscheinendes Tochterblatt der "Banater Zeitung" mit ausschliesslich auf die Wiedergabe von Nachrichten abgestelltem Niveau, ferner das ebenfalls in Temeschburg erscheinende "Volksblatt" und die "Arader Zeitung". Die beiden letzteren Blätter liessen in Aussehen und Inhalt viel zu wünschen übrig.

In Bukarest erschien das zunächst von sächsischen Kreisen, dann von der deutschen Gesandtschaft subventionierte und gesteuerte "Bukarester Tageblatt". Dieses stand, wenn nicht ausserhalb, so doch nur am Rande des deutsch-völkischen Lebens. Seine Qualität blieb hinter dem "Siebenbürgische Deutschen Tageblatt" zurück und war ungefähr der der Kronstädter Zeitung ebenbürtig, ohne indessen

deren Tradition und Verwurzelung zu besitzen.

Nachfolgend einige Zahlen- und Personenangaben über die aufgezählten Blätter:

"Kronstädter Zeitung", Auflage etwa 5.000, Privatbesitz, letzter Chefredakteur Hermann Schlandt, Acht-bis zwölfseitig, schwacher Anzeigenteil, Rotationsdruck, etwas altmodischer Umbruch, Frakturschrift.

"Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt", Auflage zwischen 7.000 und 10.000, herausgegeben von der "Siebenbürgischen Verlags-A.G.", letzter Präsident derselben Dr. Hans Otto Roth, letzter Hauptschriftleiter Alfred König / ab 1939 nach dem Ausscheiden Hermann Plattners / acht-bis vierundzwanzigseitig, sehr starker Anzeigenteil, Rotationsdruck, Frakturschrift, sauberer, gepflegter, konservativer Umbruch, Herstellung: Krafft u. Drotleff-Drucker

"Tageszeitung", Blatt der "Nationalen Erneuerungsbewegung der Deutschen Rumäniens" / NEDR / später Kampforgan der abgesplitterten Richtung Bonfert-Gust-Scheiner, genannt "Deutsche Volkspartei Rumäniens" / DVR /, Auflage etwa 3-4.000, Rotationsdruck, hergestellt in der Druckerei Haiser, Hermannstadt, Hauptschriftleiter Herwart Scheiner, Antiqua-Schrift, ausgezeichneter, lebhafter Umbruch, acht-bis zwölfseitig, Erscheinen eingestellt 1939.

"Süd-Ost", Blatt der "Fabritianer" / Landesobmann Fritz Fabritius und Gründer der "Selbsthilfe"-Erneuerungsbewegung / Hauptschriftleiter Clemens Markus, Umfang 6 - 8 Seiten, Kampfblatt gegen die DVR, aber ohne Durchschlagskraft, Frakturschrift, Rotationsdruck bei Krafft u. Drotleff, Hermannstadt. Auflage: zirka 2.000

"Banater Zeitung", Auflage etwa 6.000, Herausgeber "Banater Verlagsgesellschaft" / Hauptaktionär Gaiss / Chefredakteur ab 1938 Josef Gassner, Erscheinungsort Temeschburg, Abendblatt, Rotationsdruck, ~~Krak~~ Antiqua-Schrift, 8 - 16 Seiten, lebhafter, mitunter etwas stilloser Umbruch.

"Temeswarer Zeitung", Privatbesitz, Boulevardblatt, Antiqua-Schrift, Rotationsdruck, ohne völkische Bindungen, jüdische Leitung. Auflage vermutlich bei 8 - 10.000. Eingestellt 1940.

"Extrapost", Besitzer und Blattleiter J. Beller / Schwabe / Auflage angeblich 40.000, Morgenblatt, stärkste Verbreitung in den unteren Volksschichten im Banat und in Siebenbürgen, billigstes Nachrichtenblatt / l. - Leu / Ungepflegtes Umbruchsbild, dafür sehr reichhaltig an (nicht immer verlässlichen) Nachrichten.

"Volksblatt", Privatbesitz, Revolverblatt, ungepflegt, unseriös.

"Arader Zeitung", -rscheinungsort Arad, Besitzer und Blattleiter Josef Bito, vierseitig, Antiqua-Schrift, schmieriges Bild, niedriges Niveau, Auflage etwa 3.000.

"Bukarester Tageblatt", Auflage gegen 6.000, zunächst Besitz einer Gesellschaft, dann von der deutschen Gesandtschaft finanziert, guter politischer Teil, Rotationsdruck, Antiqua, Hauptschriftleiter zwischen 1939 und 1941 Herwart Scheiner, dann H. Müller /Reichsdeutscher/mässiger Anzeigenteil, gepflegter Umbruch.

Ausser diesen aufgezählten Tageszeitungen gab es eine Reihe von Wochenblättern lokaler Bedeutung. So in Siebenbürgen den "Grosskokler Boten" /Schässburg/ die "Mediascher Zeitung", die "Neue Zeitung" in Hermannstadt, ferner "Die Landwirtschaftlichen Blätter", Erscheinungsort Hermannstadt (mehr fachlich gefärbtes Bauernblatt) sowie das sehr umfangreiche, auf Unterhaltung ausgerichtete "Wochenblatt" in Temeschburg und andere mehr. Sie alle aufzuzählen, würde zu weit führen. Ihr Vorhandensein bewies einerseits das lebhaftes Leben der deutschen Volksgruppe auf der journalistischen Ebene, andererseits aber die Zersplitterung in eine Unzahl von Unternehmungen, die mit unzulänglichen Mitteln und Voraussetzungen um ihre Existenz kämpften. Hier einschneidende Veränderungen herbeizuführen, setzte sich die im Herbst 1940 von Berlin aus an die Macht gesetzte Volksgruppenführung Andreas Schmidt zur Aufgabe.

Die Presse zwischen 1940 und 1944

Mitte Oktober 1940 berief der Leiter des neuinstallierten Amtes für Presse und Propaganda, Walter May, nach Temeschburg eine Zusammenkunft der Verlagsleiter und führenden Journalisten ein. Die Frage, die er ihnen im Beisein des Volksgruppenführers Schmidt vorlegte, lautete: Sind die Blattbesitzer und ihre Redakteure bereit, sich gleichzuschalten und, soweit es sich um die kleinen und kleinsten Blätter handelt, notfalls ihre Zeitungen im Interesse einer Zusammenfassung und Ordnung des deutschen Pressewesens einzustellen? - Ein Nein auf diese Frage war nicht möglich. Rumänien hatte sich inzwischen der Achse angeschlossen, der neuen Volksgruppenführung stand die Berliner Rückendeckung zur Verfügung. Somit unterwarfen sich die auf der Zusammenkunft vertretenen Blätter dem Imperativ der Situation. Das deutsche Pressewesen in Rumänien erfuhr in der Folgezeit einschneidende Veränderungen.

Die organisatorische Umbildung bestand zunächst in der Stilllegung verschiedener Lokalblätter, deren Verschwinden den grösseren Zeitungen zugute kam und daher begrüsst wurde. Die verbleibenden Tages- und

11. April 58

11. April 69

Wochenzeitungen blieben in ihrer personellen Struktur im wesentlichen unerändert, mussten sich aber dem redaktionellen Weisungsrecht des „Amtes für Presse und Propaganda“ unterwerfen. Dieses hatte seinen Sitz in Kronstadt; die „Pressestelle der Volksgruppenführung“ jedoch unter Dr. Otto Liess, amtierte in Bukarest. Ihre Aufgabe war es, die gleichgeschalteten Tageszeitungen telefonisch mit Nachrichtenmaterial zu versorgen. Das Amt in Kronstadt wiederum lieferte Bekanntmachungen, Aufsätze, Reportagen usw., die das inner-völkische Leben betrafen. Die Blätter waren verpflichtet, die von Kronstadt kommenden Beiträge mit vorgeschriebener Placierung und vorgeschriebenen Titeln unterzubringen. Ansonsten blieb den Redaktionen ziemliche Freizügigkeit in der Blattgestaltung, selbstverständlich nur im Sinne und auf der Linie der neuen Zeit.

Im Januar 1941 erfolgte dann die Umbenennung des „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes“ und der „Banater Zeitung“. Beide Blätter hiessen hinfort „Südostdeutsche Tageszeitung“ mit dem Vermerk „Ausgabe Siebenbürgen“ bzw. „Ausgabe Banat“. Der Blattkopf erhielt einen „revolutionärerem“ Schriftcharakter und ein Hakenkreuz. An Stelle des „bürgerlichen“ dreispaltigen Umbrüches trat der vierspaltige. Der Titel des Aufmachers auf der ersten Seite wurde durch einen roten Balken unterstrichen. Dadurch wandelte sich die Optik der beiden Blätter: ihr Titelblatt wurde „kämpferischer“ und temperamentvoller. Der geheiligte Konservatismus der Aufmachung beim „Tageblatt“ war dahin; er wich nolens volens dem jugendlichen Stil der Volksgruppenführung.

Auch ~~besitzrechtlich~~ ergaben sich Veränderungen. Die „Südostdeutsche Tageszeitung“ Ausgabe Siebenbürgen blieb der Form nach zwar in Händen der „Siebenbürgischen Verlags-A.G.“, tatsächlich aber erfolgte ein verwaltungsmässiger Anschluss an das Büro Amann in Berlin. Dieselbe Neufindung wurde auch bei der Ausgabe Banat vorgenommen: auch sie unterstand in Fragen der Verwaltung, der Anstellungen und der Subvention direkt der Berliner Stelle. Zwischen dieser und der Volksgruppenführung kam es von Anfang an zu Kompetenzschwierigkeiten. Die direkte finanzielle Umschaltung ^(der Blätter) auf Berlin nahm dem Amt für Presse und Propaganda die Möglichkeit, in personellen und administrativen Fragen nach Belieben zu handeln. Die Redakteure genossen, was ihre Anstellung betraf, gegenüber der Volksgruppenführung eine gewisse „Exterritorialität“; umgekehrt wiederum hatten sie die redaktionellen Weisungen der Volksgruppe durchzuführen. Ein weiterer Einflussfaktor war die Deutsche Ge-

sandtschaft in Bukarest, die sich ihrerseits bemühte, auf die beiden Blätter einzuwirken. Dieses Dreieck der "Behörden" wurde dann zum Vier- und Fünfeck, als sich das Propagandaministerium und das Auswärtige Amt ebenfalls einzuschalten suchten. Die Zuständigkeitsfrage ähnelte häufig einem gordischen Knoten; die Rivalitäten der ^{sich} ~~Banater~~ befindenden Stellen versetzten die Blattleitung daher ~~in~~ fast täglich in heikle Situationen. Hinzu kam dann ein weiterer empfindlicher Faktor: die rumänischen Behörden. Dem Gesetzen nach waren die deutschen Blätter /ausgenommen das, Bukarester Tageblatt, das immer offener als Sprachrohr der Gesandtschaft auftrat/ den Verfügungen des rumänischen Propagandaministeriums usw. unterworfen. Loyalität gegenüber dem rumänischen Staat, Gehorsam der Volksgruppenführung gegenüber, Rechenschaftslegung gegenüber Berlin, Hellhörigkeit für die jeweilige Lagerung der grossdeutschen Interessen - dies waren einige der Klippen, die es unablässig zu umschiffen gab.

Tägliche Telefonate mit Bukarest und Berlin, seltener und nicht immer mit dem genius loci in Einklang zu bringende "Sprachregelungen" aus Berlin, Bukarest und Kronstadt sollten die politische Redaktion in die Lage versetzen, stets das Richtige zu schreiben. Jede ungeschickte Aufmachung, jeder Irrtum, jede Fehlnuancierung bei der Beurteilung der militärischen und politischen Ereignisse besaßen, da sie von rumänischer Seite scharf beobachtet und als zumindest offiziös angesehen wurden, fatales Gewicht. Ich glaube, dass es nicht übertrieben ist, wenn ich behaupte, dass die redaktionelle Arbeit in dieser Zeit und unter diesen Umständen einer Schaufenstertätigkeit glich und dass die Sensibilität der Materie ~~Kronstadt~~ ein solches Mass besaß wie bei einem massgeblichen Berliner Blatt.

Naturgemäss verlor das "Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" durch seine Umbenennung und durch die Meinungsbeschränkung, die sich aus seiner Gleichschaltung, besonders aber durch den Krieg ergab, viel an Heiz. Immerhin verstand es, ^{das Blatt} sein Niveau, den Verhältnissen angepasst, über dem aller anderen Blätter zu halten. Die "Banater Zeitung" gewann durch die Umbenennung und den ihm verliehenen Charakter eines Organs der Volksgruppenführung an Gewicht. ^{die} Es hatte Weisung, sich sozusagen im Kielwasser ^{ihres} ~~seiner~~ siebenbürgischen Schwester zu halten. Der Inhalt der beiden Blätter wurde telefonisch aufeinander abgestimmt, wobei sich allerdings Schwierigkeiten ergaben, weil die Ausgabe Siebenbürgen am Morgen, die Banater Ausgabe aber am Abend erschien. Dank der nun reicheren Geldmittel konnten die

Redaktionen personell ausgebaut werden.

Im Frühjahr 1941 kam die von der Volksgruppenführung in eigener Regie geführte "Südostdeutsche Landpost" heraus. Sie war ausersehen, die verschiedenen landwirtschaftlichen Blätter in Siebenbürgen und im Banat abzulösen. Herausgeber war das Landesbauernamt /Hans Kaufmes/ unter Mitwirkung der Pressestelle der Volksgruppenführung. Das wöchentlich erscheinende Blatt erreichte, dank der Zwangswerbung von Abonnenten und dank der zur Verfügung stehenden Geldmittel, eine Auflage von 30 - 33.000 Exemplaren. Qualitativ gelang es, damit einen guten Eindruck zu machen. Der dominierende weltanschauliche und politisch-propagandistische Teil liess jedoch eine intime innere Beziehung zwischen Leserschaft und Blatt nicht in dem Masse zu, wie dies etwa bei den ehrwürdigen "Landwirtschaftlichen Blättern" der Fall gewesen war.

Neugegründet wurde ferner die Wochenzeitung der "Deutschen Arbeiterschaft Rumäniens" /Amtsleiter Fritz Cloos / "Schaffendes Volk". Dieses, auf Sozial- und Berufsfragen ausgerichtete, allerdings ebenfalls ideologisch-propagandistisch überwachte Blatt erreichte, gleichfalls durch Zwangswerbungen, die höchste Auflageziffer sämtlicher Blätter, nämlich 47.000. Journalistisch besass das "Schaffende Volk" jedoch kein wirkliches Profil.

Diese vier Blätter waren es, die im Vordergrund der Volksgruppenpresse standen und die, zumindest optisch, eine Steigerung und Verbreiterung des Pressewesens darstellten. Die "Kronstädter Zeitung" behielt ihren Namen und ihren Besitzer. Sie ~~übernahm~~ auch besitzrechtlich an sich zu ziehen, gelang der Volksgruppenführung nicht. Mit auffällender Vorsicht operierte die Volksgruppenführung gegenüber der "Extrapost" in Temeschburg, die sich ihre unabhängige Stellung weitgehend zu sichern verstand. Der Herausgeber Beller war seinerzeit Mitglied der "Deutschen Volkspartei" gewesen; er genoss daher einen besonderen "Jagdschein". Die "Extrapost" blieb das Boulevardblatt, das sie war, und sie baute die ihr von Kronstadt aus zugesandten propagandistischen Texte nach eigenem Ermessen und verkürzt ein. In ihrer Generallinie lag sie allerdings auf der Kronstädter ~~linken~~ Richtung. Wegen ihrer hohen Auflage als Beeinträchtigungssorgen respektiert, wegen ihres "volkstümlichen" Niveaus belächelt, aber nie ernstlich gerügt, führte sie ein privilegiertes Sonderdasein.

Das "Volksblatt" und die "Arader Zeitung" wurden durch die Volksgruppenführung als unseriöse Nachwerke abgelehnt, aber am Leben gelassen.

Eine Neugründung war auch die kulturpolitische Zeitschrift "Volk im Osten", geleitet von Dr. Otto Liess. Umfang und Ausstattung waren gespektabel; an Qualität jedoch vermochte sie einen Vergleich etwa mit dem seinerzeit von Heinrich Zillich gegründeten und geleiteten "Klingsor" nicht auszuhalten.

Im Grossen Ganzen legte der Leiter des Amtes für Presse und Propaganda, Walter May, ein ^{etwas} wenig diktatorisches Verhalten an den Tag; er bemühte sich, die Wünsche der Volksgruppenführung durchzusetzen, ohne allzuviel Porzellan zu zerschlagen. Idealist echter Prägung, etwas versponnen, ohne wirklich überragendes Format, dafür aber ehrlich und persönlich anspruchslos, widmete er sich mehr der Propagandaabteilung seines Amtes. Der Leiter der Pressestelle in Bukarest, Dr. Liess, wurde nicht ganz ernst genommen und besass wenig wirklichen Einfluss. / Er ist übrigens nicht zu verwechseln mit dem Leiter des Rechtsamtes Otto Liess, der im September 1944 wahnsinnig wurde. /

Der Hermannstädter Verlag "Krafft u. Drotleff" und die von ihm betriebene hochmoderne Druckerei wurden nach längeren Kämpfen von der Volksgruppe übernommen. In diesem "Hauptverlag der Deutschen Volksgruppe in Rumänien" erschienen fast sämtliche Bücher und Schriften der Volksgruppe. Den technischen Möglichkeiten entsprechend, zeigten sie in ihrer Aufmachung ein ausgezeichnetes Bild.

Der Zusammenbruch

Drei Tage nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 tauchte in Hermannstadt der bekannte, zu jener Zeit als Rundfunkkommentator in Berlin arbeitende Dr. Fritz Theil auf. Ein aussergewöhnlich begabter, gescheiter, aber als charakterlos ~~kekannker~~ abgelehnter Journalist, der, Hermannstädter von Geburt, seine Karriere in Hermannstadt und Kronstadt begonnen, sich scharf antinationalsozialistisch verhalten hatte, um dann, als das Dritte Reich seinen Aufstieg begann, nach Berlin zu gehen. Hier war es ihm dank seiner wirklich hervorragenden journalistischen Fähigkeiten geglückt, ^{mit Hilfe von Goebbels} sich bei Goebbels eine Position zu schaffen. Solange die Kriegsentwicklung günstig verlief, war Dr. Theil mit von der Partie; nach Stalingrad begann er sich andere Farbtönungen zu geben, ohne indessen in seinen Rundfunkkommentaren für die Sache des Dritten Reiches nachzulassen.

Dr. Theil besuchte mich in der Redaktion und entwickelte ein düsteres Exposé der Lage. Ich sagte ihm auf den Kopf zu, dass er in das Attentat in irgendeiner Weise verwickelt sei; er bestritt es, gab mir aber den Rat, Anschluss an die "andere Richtung" zu

suchen. Meinem abwehrenden Einwand, dass wir deutschen Journalisten in Rumänien im Falle einer Katastrophe nichts mehr zu erwarten hätten und dass ein "Anschluss" an die "andere Richtung" /er unterliess es, mir zu sagen, welche/ nicht nur nicht in Frage komme, sondern auch unmöglich sei, begegnete er mit pathetischen Versicherungen, die wirkliche Zukunft liege noch vor uns. Er sei nach Hermannstadt gekommen, um familiäre Dinge zu regeln, bevor der Sturm lospreche; in Kürze sei mit unwälzenden Ereignissen in Rumänien zu rechnen, und sie zu überstehen, um dann eine neue Zukunft zu beginnen, sei nun "für uns" die Aufgabe.

Ich brach das Gespräch mit unbehaglichen Gefühlen ab. Dass in Rumänien Entscheidungen bevorstanden, wusste ich auch. Die Konspiration war mit ihren Vorbereitungen fertig. Rumänische Kollegen hatten mich seit dem Frühjahr über diese Vorbereitungen informiert. Am 23. August 1944 bestätigte sich das, was ich von rumänischer Seite wusste und was Dr. Theil prophezeit hatte.

Nach dem Umsturz gab dieser einem jüdischen Journalisten ein Interview, worin er seine Beteiligung am 20. Juli decouvrierte und sich als Kämpfer gegen den Nazismus pries. Später soll Dr. Theil in Bukarest Informationsagent der Amerikaner gewesen sein. Nach anderen Darstellungen stand er im Solde der Russen. Nach weiteren Nachrichten soll er vor zwei Jahren verhaftet und verschwunden sein. Die "neue Zukunft" war also eine Fehlkalkulation.

Die Volksgruppenführung wurde durch die rumänische Kapitulation völlig überraschend betroffen. Am entscheidenden Abend des 23. August hatte das Amt für Presse und Propaganda und die Pressestelle keinerlei Verhaltensmassregeln bereit. Mit einem Schlag waren die einzelnen Zeitungen auf sich gestellt und mussten versuchen, mit dem Problem fertig zu werden.

Die "Südostdeutsche Tageszeitung" erschien in Hermannstadt noch zwei Tage, dann wurde sie in "Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt" rückbenannt und kam unter diesem Namen weitere zwei oder drei Tage heraus. Dr. Hans Otto Roth übernahm für diese Zeit die Verlagsleitung. Er schien nach einem in Bukarest mit Maniu geführten Gespräch der Meinung, dass sich der Status quo ante wieder herstellen und eine völkische Existenz ermöglichen lassen würde. Hauptschriftleiter wurde Hans Schwarz. Aber das Unvermeidliche liess sich nicht vermeiden: das Blatt wurde verboten, die Redaktion beschlagnahmt. Der "Hauptverlag der Volksgruppe", vormals Krafft u. Drotleff, wurde von den Kommunisten ebenfalls prompt mit Beschlagnahme belegt. Heute ist er der Hauptverlag der KP in Siebenbürgen.

Die "Kronstädter Zeitung" erschien bis zum 26. August, also bis zum Abzug der deutschen Wehrmacht in unveränderter Form. Ihr Inhalt war in diesen Tagen auf den Erfolg der deutschen Sache in Rumänien, also auf eine Entsetzung Kronstadts eingestellt. Sie wurde vor ihrer Herausgabe weder der Zensur zugeschickt, noch unternahm die Redaktion, wie die des "Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes", den Versuch, durch Veröffentlichung der rumänischen Heeresberichte und der Meldungen der Staatsstreichregierung für sich eine Basis zu schaffen. Hauptschriftleiter Schlandt flüchtete am 26. August mit der Wehrmacht auf ungarisches Gebiet.

Die Ausgabe Banat der "Südostdeutschen Tageszeitung" stellte ihr Erscheinen zwei Tage nach dem Putsch ein. Ihre Redakteure flüchteten sich auf ungarisches Gebiet. Der Herausgeber der "Extrapost", Keller, blieb nach einem missglückten Fluchtversuch in Temeschburg. Einige Zeit darauf unternahm er, als man ihn verhaften wollte, einen Selbstmordversuch, wurde jedoch gerettet und später ins Internierungslager Slobozia eingeliefert. Sein weiteres Schicksal ist mir nicht bekannt.

Einem Teil der übrigen deutschen Journalisten gelang es, aus Rumänien herauszukommen. Alfred Hönig wurde verhaftet und im Januar 1945 nach Russland verschickt, von wo er 1946 krankheitshalber entlassen wurde. Der Hauptschriftleiter des "Bukarester Tageblattes", Müller, geriet in Gefangenschaft. Josef Gassner, der Chefredakteur der Banater Zeitung bzw. Südostdeutschen Zeitung Ausgabe Banat, lebt heute in Amerika.

Im Frühjahr 1946 begannen in Rumänien die Prozesse gegen die unter Antonescu tätig gewesenen rumänischen, ungarischen und deutschen Journalisten. Schubweise und meist in Abwesenheit wurden sie auf Grund des Gesetzes "Schuldige am Unglück des Landes" zu zehn- und zwanzigjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Ein einziger volksdeutscher Journalist war in personam anwesend, der Direktor der Hermannstädter Bodenkreditanstalt, Dr. Andreas Weber, der als externer Mitarbeiter des "Tageblattes" und der "Südostdeutschen Tageszeitung" gelegentliche Leitartikel veröffentlicht hatte, deren Inhalt ausschliesslich kommentierenden Bezug auf die aussenpolitischen und militärischen Ereignisse hatte. Dr. Weber wurde - er hatte sich dem "Volksgericht" gestellt, weil er glaubte, nichts verbrochen zu haben - zu 8 Jahren schweren Kerker verurteilt. Ende 1950 wurde er vorzeitig entlassen - völlig verfallen, zahllos, ein Wrack.

Später wurde auch der einstige Hauptschriftleiter des "Tageblattes", Emil Neugeboren, ein alter Herr, der schon lange vor der

Ara Schmidt sich zurückgezogen hatte, verhaftet und eingekerkert. Sein Schicksal ist mir nicht bekannt. Hans Schwarz, der zwei oder drei Tage lang im August 1944 das "Tageblatt" geleitet hatte, starb 1949. Hans Otto Roth, Senator und Politiker von aussergewöhnlichem Format, wurde ebenfalls vorübergehend eingekerkert, soll aber inzwischen wieder freigelassen worden sein.

Nach dem Umsturz in Rumänien wurde immer wieder von der Herausgabe eines "antifaschistischen deutschen Blattes" gesprochen. Einige Zeit hindurch erschien ein hektographiertes, von einem Juden herausgegebenes Blatt, das aber bald einging. Die "Temeswarer Zeitung" auferstand, erschien bis 1947 und wurde dann eingestellt. Ihre jüdischen Hintermänner dürften nicht ganz auf der kommunistischen Linie gelegen sein.

Der im März 1945 von Herwart Scheiner, Hermann Plattner und einigen "Renomiersozialisten" deutscher Volkszugehörigkeit, darunter auch an führender Stelle der Sachse Mayer, unternommene Versuch, ein volksdeutsches politisches Komitee zu gründen, scheiterte im Ansatz. Die rumänischen Kommunisten lehnten es ab, den Volksdeutschen eine Chance zu geben. Daher unterblieb auch die Herausgabe eines antifaschistischen deutschen Blattes.

Erst 1948 wurde die stalinistische Nationalitätenpolitik auf die deutsche Volksgruppe in Anwendung gebracht. Es entstand das "Antifaschistische Deutsche Komitee" mit dem Sitz in Bukarest. Dieses gibt, wie bekannt, die Zeitung "Neuer Weg" heraus, daneben einige weitere kulturpolitische und sozialpolitische Zeitschriften. Ihre Tendenz und ihr Niveau ist kommunistisch.

München, am 4. September 1952

.....
Hans Hartl
.....
/Hans Hartl/

Protok. am 17. 5. 52 / 25-AB3 / 61

N. N.

Rum.-Banat

803/R 334

B II

20.9.1952

Protokoll

nur vom Protokollführer unterzeichnet

8 Seiten, maschinenschriftlich
Enthält zahlreiche Angaben eines ehemaligen Kreisleiters der deutschen Volksgruppe im Banat über personelle Vorgänge in der Volksgruppenführung, so vor allem über die Karriere des seit 1940 amtierenden Volksgruppenführers Andreas Schmidt, über die Rivalität zwischen Schmidt und Liebhardt (seit 1941 Leiter des Personalamtes der Volksgruppe), ferner über das Verhältnis von Volksgruppe und deutscher Besandtschaft in Bukarest, über Anzeichen beginnender Abkehr der Antonescu-Regierung von den Deutschen sowie über das Verhältnis von Volksgruppe und katholischer Kirche.
So wichtig manche der Angaben für eine historische Auswertung sein mögen, so ist andererseits ihre Verlässlichkeit gerade dort, wo allgemeine Zusammenhänge aufgezeigt oder schwerwiegende Urteile gefällt werden, sehr zweifelhaft, da Vf. als Kreisleiter der Volksgruppe selbst aufs engste engagiert war und, wie sich aus näheren Äußerungen zeigt, noch immer nicht zu einer wirklichen einsichtigen und kritischen Haltung gefunden hat. Manches von den Angaben wird deshalb als Kolportage, als nachträgliche Apologie zu werten sein. Für eine Publikation ist das Protokoll nicht verwendbar, für eine historische Auswertung nur bei vorsichtiger Interpretation.

Institut für ...

Der Berichterstatter ist bekannt, sein Name wird hier unter Verschluss gehalten. Er hat seinen Bericht aber davon abhängig gemacht, daß sein Name vorerst noch nicht in die Akten aufgenommen wird.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Darf erst nach nochmaliger Rücksprache mit Prof. Valjavec veröffentlicht werden.

Protokoll

Vor dem Unterfertigten erscheint ein ehemaliger Kreisleiter /Banat/ der deutschen Volksgruppe in Rumänien und schildert verschiedene Aspekte und Zusammenhänge der Ara Andreas Schmidt. Der Namen des Aussagenden darf auf dessen Wunsch nicht genannt werden, steht aber für den Bedarfsfall vertraulich zur Verfügung.

Der ehemalige Kreisleiter sagt aus:

"Es ist eine grobe Vereinfachung der Dinge, wenn behauptet wird, Andreas Schmidt habe die deutsche Volksgruppe gleichsam als Hochzeitsgeschenk seines Schwiegervaters, SS-Obergruppenführer Berger erhalten. Schmidt kam nicht über die Tochter Bergers zu diesem, sondern über Berger zur Tochter. Berger selber war eigentlich gar nicht so entzückt von der Ehe. Als ich ihn kurz vor der Einsetzung Schmidts in Berlin besuchte, sagte mir Berger in seiner unverblümten Art: "Ich hatte mit meiner Tochter eigentlich etwas anderes vor. Aber ich bin Nationalsozialist und mische mich nicht in ihre Gattenwahl ein. Für Andreas bedeutet diese Ehe keinen Vorteil; er wird dadurch in den Geruch eines politischen Mitgiftjägers geraten."

Selbstverständlich hat Schmidt die Ehe mit der Tochter Bergers nicht nur als eine Gefühlsangelegenheit betrachtet, sondern daran sehr bewusste Erwartungen geknüpft. Nur ist, wie eingangs erwähnt, der Vorgang so gewesen, dass er zuerst die Gunst Bergers und damit die Aussicht auf den Führungsposten erwarb und dann das "Ja" der Tochter. Berger hat Schmidt auch nach dem Tod seiner Tochter seine volle Unterstützung gewährt.

SD gegen Wehrmacht

Die Details der Berliner Karriere Schmidts sind mir nicht zur Gänze bekannt. Auf ihre ~~quantitative~~ Essenz reduziert, bestand diese Karriere darin, dass Schmidt die Rivalität der verschiedenen Protektoren der Volksgruppe gegeneinander ausspielte, sich rechtzeitig bei der SS einschaltete und den SD als entscheidendes Instrument

für sich gewann. Zunächst verstand er es, an den Leiter des SS-Hauptamtes, Obergruppenführer Berger, heranzukommen. Wie er das fertigbrachte kann ich nicht sagen. Möglicherweise hat der SD-Referent für den Südosten, Wannek, dabei eine Rolle gespielt. Diese Verbindung dürfte Schmidt über die "Artamanen", denen er bereits angehörte, als er der Stellvertreter Richard Langers / späterer Arbeitsdienstführer der Volksgruppe / auf dem "Siedlerhof" in Grosschenk war, gefunden haben. Auch Andreas Rührig, der spätere Stabsleiter der Volksgruppenführung, war Mitglied der "Artamanen" und dann des SD. Eine weitere wichtige Verbindung schuf Hans Kaufmes / Leiter des Bauernamtes unter Schmidt und später, nach dem Tode Eva Bergers, der zweite Schwiegervater / indem er Schmidt beim Reichsnährstand / Daré / akkreditierte. Kaufmes ist ursprünglich gegen Schmidt gewesen, schwenkte dann jedoch um. Auf diese Beziehungen, vor allem auf das SS-Hauptamt und den SD gestützt, vernechte Schmidt sich auch in der "Volksdeutschen Mittelstelle" durchzusetzen. Die "Vomi" war anfangs gegenüber Schmidt zurückhaltend. Berger sorgte dann jedoch dafür, dass die "Vomi" tat, was er wollte. Als Schmidt sich auch Rückhalt bei der HJ, beim Reichsrippenamt und bei Himmler verschafft hatte, war sein Weg frei.

Er kam im Winter 1939 nach Hermannstadt und erhielt hier bald auf Anordnung Berlins den Rang eines Stabsleiters der NAF. Seine Tätigkeit als solcher war gleich Null. Dafür begann er seine zukünftigen Unterführer und Mitarbeiter auszusuchen. Diese gehörten entweder dem SD bereits an oder kamen durch Schmidt dazu. Schmidt vertrat die Auffassung, dass der SD die beste politische Schulung für die zukünftigen Amtswalter sei. Er wusste bereits, welche Macht im SD steckte, und er wusste auch, dass der SD alle anderen Rivalen aus dem Feld schlagen würde. Die von ihm rekrutierten Zukunftskandidaten kamen fast ausschliesslich aus dem Lager der ehemaligen "Deutschen Volkspartei" und hiessen: Winfried Sohenker (damals Geschäftsführer der Gauleitung Buchenland) Walter May (später Presse- und Propagandachef) Willi Depner (später Jugendführer) Dr. Ossi ~~Trenk~~ Teutsch (später Leiter des Amtes für Volkswirtschaft) Hans Ewald Frauenhoffer (später Gauleiter Bergland) Fritz Cloos (später Leiter der Deutschen Arbeiterschaft) und einige andere. Schmidt versicherte sich nach seinem Dienstantritt ^{als NAF-Stabsleiter} in Hermannstadt dieser Männer und baute mit ihnen insgeheim den zukünftigen Führungsstab auf. Aus Berlin kamen dann, als Schmidt zum Volksgruppenführer ernannt worden war, seine dortigen Freunde hinzu: Erich Müller (Chef der Einsatzstaffel) Andreas Rührig (Stabsleiter der Volksgruppe) Kurt Auner, Roland Gunne und

Liebhardt.

Während seiner geheimen "Kronprinzenzeit" baute und schulte Schmidt also seine kommende Führungsapparatur. Er blieb dabei in enger Verbindung mit dem Berliner SD, wahrscheinlich mit dem bereits erwähnten Südstreferenten Wannek. Gegenspieler dieser Gruppierung war die Wehrmacht bzw. das Amt für Leibesübungen in Berlin. Die Beziehungen des Volksgruppenleiters Dr. Wolfram Bruckner / Juni 1939 bis Ende September 1940 / zum OKW und zum Reichsamt für Leibeserziehung bewirkten, dass auch von dieser Seite begonnen wurde, eine politisch-mannschaftliche Apparatur aufzubauen. So erschien einigemale der spätere Ritterkreuzträger Meissner / Miteroberer von Fort Eben Emael / in Hermannstadt und veranstaltete Schulungen. Der Wehrkreis 18, Wien, sandte ferner einen Instrukteur namens Erber / Österreich / zum gleichen Zweck nach Hermannstadt. Für die Öffentlichkeit unrichtbar, spielte sich so ein Rennen zwischen SD und Wehrmacht ab. Die nachtmässige Gewichtsverlagerung zugunsten der SS und des SD führte schliesslich zum Sieg der Gruppe Andreas Schmidt.

Von diesen Vorgängen haben nur wenige Eingeweihte gewusst. Das Volk ahnte davon nichts. Viele Amtswalter und führenden Männer der Erneuerungsbewegung haben sich heftig dagegen gesträubt, die Berliner Rivalitäten und Intrigen in die Volksgruppe zu verpflanzen. Als mit der Ernennung Schmidts zum Volksgruppenführer / Herbst 1940 / das Durcheinander und Gegeneinander der Kräfte geklärt wurde, wurde diese Festlegung zumindest als Stabilisierung der Kompetenzen begrüsst. Das vorangegangene Kommen und Gehen der führenden Volksgruppenleute, die von Berlin her hin und her geschoben worden waren, hörte auf. Damit zog eine gewisse Personen- und Linien-sicherheit in die Volksgruppe ein, wenn auch mancher mit dem auf die SS festgelegten Kurs nicht sympathisierte.

Quelle 74

Der interne SD

Die von Schmidt vor dem "Machtwechsel" aufgebaute SD-Apparatur blieb auch nach der Ernennung Schmidts bestehen. Sie nannte sich nunmehr "Personalamt" und wurde von Winfried Schenker geleitet. Die Aufgabe dieses Volksgruppen-Sicherheitsdienstes bestand darin, die Persönlichkeiten des engeren Führungskringes zusammenzukitten und im Sinne der SS wachzuhalten. Als Winfried Schenker 1941 als rumänischer Soldat zur Front abging / er ist im Raum von Stalin-grad verschollen / übernahm Liebhardt die Leitung des Dienstes. Das Personalamt als solches wurde ~~aufgelöst~~ dem harmlosen Schwaben Peter Schmied übertragen und entwickelte sich zu einer Art Registra-

IX
8

tur. Dafür schuf Liebhardt sich einen geheimen Kontrollapparat, der jeden Amtswalter bis in die höchsten Spitzen hinauf bewachte. Liebhardt bediente sich dabei der von ihm insgeheim geworbenen Konfidanten, um das Privatleben der Amtsleiter und Amtswalter bis in die Intimitäten hinein auszukundschaften, "kospirative" Gespräche zu notieren usw. usw. Er, nämlich Liebhardt, ist dafür verantwortlich, dass ab 1942 eine lähmende Vertrauenskrise die Gliederungen und Organisationen der Volksgruppenführung durchzog. Man war nicht mehr sicher, ob die eigenen Mitarbeiter nicht Geheimberichte an Liebhardt sandten, und man musste damit rechnen, dass Schreibtisch und Privatleben durchstößert wurden. Neben der Vertrauenskrise, die Liebhardt durch seine Bespözzelung hervorrief, geschah ein weiteres: Liebhardt sammelte in seiner Hand immer mehr und mehr Wissen und damit Macht. Selbst das politische und private Leben des Volksgruppenführers unterstand seiner Kontrolle. Und Schmidt dürfte in seinem Privatleben manche kompromittierende Angriffsfläche geboten haben. Es wurden eine Reihe von Weibergeschichten kolportiert. Ob sie auf Wahrheit beruhten, kann ich nicht beurteilen. Ich lehnte es ab, sie zu glauben, und ich lehnte auch die ganze Art und Weise dieser von Liebhardt betriebenen scheusslichen Schnüffeleien ab.

Ich nehme an, dass Liebhardt, wenn nicht von vorneherein, so doch im Laufe der Zeit direkte Beziehung zum Berliner SD unterhielt und diesem Berichte über Schmidt und die übrigen massgeblichen Männer der Volksgruppenführung vorlegte. Schmidt dürfte dies als störend empfunden haben, denn das Verhältnis zwischen ihm und Liebhardt verschlechterte sich immer mehr. Schliesslich brach der offene Konflikt aus.

Die unmittelbare Ursache war folgende: Einem Befehl des Volksgruppenführers zufolge hatte jeder Amtsleiter und höhere Amtswalter eine sechsmonatige Frontbewährung - ^{Bis 1943} zunächst in der rumänischen Armee, dann in der Waffen-SS - abzuleisten. Als die Reihe auch an Liebhardt kam, weigerte sich dieser mit der Begründung, der SD hätte andere Aufgaben als die des Fronteinsatzes. Es kam zum Krach. Schmidt wollte die Einrückung Liebhardts erzwingen, aber dieser stellte sich unter den Schutz des SD und entzog sich dadurch der Befehlsgewalt des Volksgruppenführers. Gleichzeitig schlug er zurück. Er legte in Berlin umfangreiches Belastungsmaterial gegen Schmidt vor und brachte es auch so weit, dass Schmidt zu einem "Fall" wurde. Liebhardt und Kurt Aumer schlugen die Ablösung Schmidts und seine Ersetzung durch Erich Müller, den Chef der Einsatzstaffel, vor. Aber

mull H
↓

Müller lehnte ab, ebenso Fraunhoffer, der als "zweite Lösung" im Vorschlag gebracht wurde. Schliesslich nannten die "Konspirateure" den Leiter der Deutschen Arbeiterschaft, Fritz Cloos, als möglichen Nachfolger. Dieser fand indessen in Berlin keinen Anklang, und damit war die Intrige ergebnislos zu Ende.

Die Position Schmidts war durch sie zwar ~~schon~~ erschüttert, aber nicht ernstlich gefährdet worden. Es kam später auch zur Versöhnung zwischen Schmidt und Liebhardt. Berger hielt seinem Schwiegersohn die Stange, obwohl seine Tochter unterdessen gestorben war. Immerhin blieb ein Riss in der Stellung Schmidts zurück, und als er nach dem rumänischen Frontwechsel unter General Phleps in Siebenbürgen und im Banat kämpfte, hatte ich den Eindruck, als bemühe er sich, durch seinen Einsatz "alles wieder gut" zu machen.

Der Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, Obergruppenführer Lorenz, hat in der Zeit der Intrige gegen Schmidt deutlich seine Ablehnung gezeigt und sich verschiedentlich recht drastisch über Schmidt geäußert. Gegen Berger kam Lorenz jedoch nicht an.

Sehr zugespitzt war das Verhältnis zwischen Schmidt und dem Gesandten Killinger. Schmidt erkannte auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Lage- und Stimmungsberichte vom rumänischen Sektor sehr klar, dass die deutsch-rumänische ~~Freundschaft~~ ^{Bündnis} nach Stalingrad und besonders ab Frühjahr 1944 einer Krise entgegenlief. Er versuchte Killinger von der Gefahr zu überzeugen, aber Killinger verschloss sich allen Warnungen. Das führte zum Zerwürfnis und zu wiederholten Zusammenstößen, weil Killinger sich die Einmischung der Volksgruppe in aussenpolitische Belange - damit waren die von Schmidt nach Berlin geleiteten Alarmberichte über Rumänien gemeint - verbat.

Wie schlecht das Verhältnis Antonescus zu uns im letzten Jahr war, erlebte ich einmal, als der Marschall meinen Kreis besuchte und mich bei der Begrüssung der angetretenen Honorat.oren demonstrativ überging. Als ich später in seinem Gefolge ein deutsches Bauernhaus besichtigte, konnte ich eine ebenfalls bezeichnende Szene beobachten: der Marschall befragte die deutsche Bäuerin unter anderem auch nach ihren Söhnen, und als sie zur Antwort gab, diese ständen bei der Waffen-SS in Russland, sagte er feindselig: "Num, ist die rumänische Armee nicht auch gut genug?" - wandte sich brüsk um und verliess das Haus.

In jener Zeit besuchte mich übrigens auch Dr. Petric Groza, der

nachmalige rumänische Ministerpräsident, einigemal in meiner Dienststelle. Groza sprach fließend deutsch und ungarisch und gab sich sehr liebenswürdig, obwohl er aus seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus keinen Hehl machte. Er erzählte mir einmal, dass er die Absicht gehabt habe, nach Nordsiebenbürgen zu einigen Freunden /ich vermute politischen ungarischen Freunden/ zu fahren, dass ihm aber der Pass verweigert worden sei. Daraufhin sei er in Sinaia beim König gewesen und habe über diesen die Ausstellung des Reisepasses erwirkt. Mir war bekannt, dass Groza damals bereits enge Beziehungen zur rumänischen Konspiration unterhielt und sich mit deren Drahtziehern häufig traf. Er war übrigens sehr reich und geschäftstüchtig. Als Besitzer zweier Hotels in Deva, als Aktionär eines Goldbergwerks und als Gutsbesitzer war er in der Lage, ein komfortables Leben zu führen. Mir wurde berichtet, dass er sehr häufig durchreisende deutsche Offiziere bei sich zu Gast hatte - seine Tochter war aussergewöhnlich hübsch - und sie nach Strich und Faden aushorchte. Obwohl die Sicherheitspolizei genau Bescheid wusste, unternahm sie gegen Groza und seine Drahtziehereien nichts.

Volksgruppe und kath. Kirche

Zwischen der Volksgruppe und der katholischen Kirche im Banat hat es eigentlich nie eine offene Gegnerschaft gegeben. Bereits in der Zeit der Erneuerungskämpfe, also in den Dreissigerjahren, nahm die Kirche als solche weder für noch gegen den Nationalsozialismus Stellung. Viele katholische Geistliche im Banat bemühten sich sogar, mit der politischen Entwicklung Schritt zu halten; ~~und~~ die Zahl jener geistlichen und weltlichen Katholiken, die sich als Gegner der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung betätigten, war ziemlich klein.

Die in jener Zeit von Julius Hoyer geführte „Katholische Jugend“ zeigte sehr „moderne“ Tendenzen. Sie sang nationalsozialistische Kampflieder, veranstaltete Appelle, bei denen aus „Mein Kampf“ Zitate gesprochen wurden und so weiter. Die Frauen- und Mädchenführerin, Schwester Hildegardis Wulf, arbeitete, allseits geschätzt, sehr aktiv und ebenfalls mit modernen, dem Zeitgeist aufgeschlossenen Grundsätzen. Weniger Wertschätzung genoss in unseren Kreisen der Leiter des „Banatia“-Gymnasiums in Temeschburg, der Jesuit Prof. Nischenbach. Die nationalsozialistische völkische Erneuerungsbewegung im Banat stellte ihrerseits keineswegs eine ideologische Front gegen die katholische Kirche dar. Bei Grossveranstaltungen - wie z. B. beim Jugendtag in Billed 1933 - wurden häufig Festgottesdienste abgehalten. Umgekehrt bildete die

Wahl 44

Kirche keine ideologische Front gegen uns. Bischof Pacha nahm von Anfang an eine neutrale Haltung ein und behielt diese bis zum ~~Ende~~ Schluss. Selbstverständlich fehlte es nicht an Einzelfällen, in denen z. B. Dorfpfarrer gegen den Nationalsozialismus predigten. Manche ^{waren} ~~were~~ auch sehr drastischer Natur, aber auf der anderen Seite gab es wieder Geistliche, die Ortsgruppenleiter waren oder sonstige politische Funktionen in der nationalsozialistischen Bewegung bekleideten. Ich möchte auf jene 7 katholischen Geistlichen hinweisen, die im Sommer 1943 freiwillig zur Waffen-SS einrückten, obwohl sie weder einem staatlichen, noch einem auch nur moralischen Zwang unsererseits ausgesetzt waren.

Wahrscheinlich wäre die Situation eine ganz andere gewesen, wenn statt Pacha ein anderer, etwa der ausgesprochene Antinazi Prälat Blaschkowitsch Bischof gewesen wäre. Blaschkowitsch /gestorben 1938/ war ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus. Pacha jedoch bezog keine Front. 1935 unternahm er einmal einen Schritt, durch den er der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung den Wind aus den Segeln nehmen wollte: er liess sich durch den Leiter des VDA, Steinacker, eine Audienz bei Hitler erwirken. Im Anschluss daran gab Pacha in unserer Öffentlichkeit ein positives Urteil über Hitler ab. Dies ist ihm vor ~~dem~~ einem Jahr zum Verhängnis geworden, als die Kommunisten ihm und einigen Mitarbeitern den Prozess machten und ihn zur Zwangsarbeit an den Donau-Kanal schickten. Er war schon zu unserer Zeit ein alter Mann, und ich fürchte, dass er entweder schon gestorben ist oder nicht mehr lange durchhält.

Als Andreas Schmidt die Volksgruppe übernahm, erfolgte seitens der katholischen Kirche weder eine Reaktion, noch wurde sie in irgendeiner Weise von dem "Machtantritt" Schmidt berührt. Es kam jedoch recht deutlich zum Ausdruck, dass die Kirche in Ablehnung verharrte. Diese Ablehnung wurde ^{indessen} ~~jedoch~~ wie militant, ebensowenig unternahm die Volksgruppenführung irgendwelche drastische Schritte gegen die Kirche. Sie bewegte sich in dieser Richtung mit betonter Vorsicht.

Lediglich im Schulwesen wurde eine Flurbereinigung vorgenommen, die einschneidender Natur war. Im März 1942 wurde zwischen der Volksgruppenführung und dem Bistum Temeschburg eine Vereinbarung geschlossen, wonach die kath. Kirchengemeinde-Schulen von der Volksgruppe übernommen wurden. Die Abmachung erfolgte im Zuge der Neuordnung des deutschen Schulwesens in Rumänien, die die konfessionellen Unterrichtsanstalten, auch die der evangelischen Kirche, in die Kompetenz der Volksgruppe überführte. Nicht übergeben wurden die Ordens-

schulen /Notre Dame/im Banat und im Bergland, obwohl das Schulamt der Volksgruppe /Prof. Kaspar Hügel/ den freien Religionsunterricht und die Übernahme der Ordenslehrkräfte garantierte. Die hartnäckige Verweigerung nötigte die Volksgruppenführung, eine eigene Lehrerinnenbildungsanstalt und eine Mädchenoberschule in Temeschburg, ~~xxx~~ sowie eine Mädchenmittelschule in Arad und Hatzfeld zu errichten.

Trotz dieses Aufeinanderpralles blieb der stillschweigende Waffenstillstand zwischen Volksgruppe und Kirche weiter aufrecht. Sicher hat es örtliche Konflikte gegeben, aber sie weiteten sich nie aus. Dabei erlaubten sich katholische Geistliche mitunter eine mehr als scharfe Sprache, so zum Beispiel sagte der Pfarrer von Kranichstätten /Gau Bergland/ am Heldengedenktag 1942, die deutschen Soldaten seien Banditen, weil sie in fremde Länder eingedrungen seien. Solche Ausfälle wurden unsererseits zwar registriert, aber nicht mit Gleichem vergolten. Dass es einmal, etwa nach einem von Deutschland gewonnenen Kriege zweifellos zum "grossen Auseinandersetzung" gekommen wäre, halte ich für sicher.

Nach der rumänischen Kapitulation wurden mit dem Amtswalter der Volksgruppe auch katholische Geistliche verhaftet und interniert. Darin kam, glaube ich, deutlich zum Ausdruck, dass die katholische Kirche zu unserer Zeit weder eine Märtyrerrolle, noch die Rolle einer antinazistischen militanten Kraft innegehabt hat. Später haben ja dann die Kommunisten der katholischen Kirche im Banat "Hitlerismus" vorgeworfen, was zwar nicht zutrifft, aber immerhin zeigt, dass von Standpunkt der Kommunisten aus, die Kirche in unserem Lager gestanden ist.

München, am 20. September 1952

Der Einvernehmer: *Hans Hartl*

/Hans Hartl/

O n g y e r t h , Gustav

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fotok. am 17.5.56 / Mas
25/A-9 72

A#

O n g y e r t h, Gustav

Innsbruck

Rum.-Transilvania
Sibiu

7957 R 326

13. Okt. 1952

Protokoll, Original
nur vom Protokolführer unterzeichnet

Auf 6 Seiten berichtet das Protokoll über den Aufbau eines deutschen Landestheaters in Rumänien. Berichterstatter geht von der Feststellung aus, daß in Siebenbürgen das Interesse für das Theater stets sehr gering war. Erst die bereitwillige Unterstützung des Auslandsdeutschtums durch die nationalsozialistische Regierung, vor allem des damaligen Reichspropagandaministers Dr. Goebbels, habe die finanziellen Voraussetzungen für die Betätigung eines Theaters geschaffen. Die Ausführungen zeigen, daß in diesen Jahren von 1933-1944, nicht zuletzt auch dank der Initiative des Berichterstatters, das deutsche Theater beachtliche kulturelle Arbeit leistete, sein Aufschwung jedoch von einer kurzlebigen politischen Konjunktur abhängig war. Das Protokoll informiert hinreichend über diesen Gegenstand, der für die Publikation thematische wohl nicht in Betracht kommt.

Institut für

Darf erst nach nochmaliger Rücksprache mit Prof. Volz veröffentlicht werden.

Protokoll

Vor dem Unterfertigten erscheint Herr Gustav Ongyerth, ~~ehemaliger~~ Initiator und Leiter der Deutschen Theatergemeinschaft und des Deutschen Landestheaters in Rumänien, und schildert die Verhältnisse im Theater- und Kulturwesen der deutschen Volksgruppe in Rumänien.

"Den Siebenbürger Sachsen wurde seit jeher ein Mangel an musischen Fähigkeiten nachgesagt. Mit Recht oder Unrecht - Tatsache ist, dass ihr Theaterwesen nie über dilettierende Ansätze und mässige Leistungen hinausgekommen ist. Mässig, wenn man vergleichsweise die sonstigen geistigen und kulturellen Kraftäusserungen der Sachsen im Auge hat. Immerhin, es gab in Siebenbürgen Theater, zum Teil sogar sehr gutes und bereits im 18. und 19. Jahrhundert, aber die auftretenden Truppen waren fast ausschliesslich fremder Herkunft. Das ~~Stadttheater~~ das Stadttheater in Hermannstadt war in einem ehemaligen, durch Aus- und Zubauten erweiterten Wehrturm untergebracht und trotz seiner Enge geschmackvoll. Hier gastierten immer wieder reichsdeutsche und Wiener Ensembles mit grossem Publikumserfolg, aber zur Gründung einer eigenen Berufsbühne kam es ^{nicht} - sei es, weil tatsächlich die ~~Kräfte~~ schauspielerischen Kräfte fehlten, sei es, weil das wohlhabende Bürgertum und die Wirtschaftskreise die Rolle des Mäzens nicht übernehmen wollten. Die ortseigenen Dilettantentruppen stützten sich auf Theatervereine und ad hoc gebildete Initiativausschüsse und kamen über mittelmässige Leistungen nie hinaus. Tauchte einmal ein wirkliches Talent auf, dann wanderte es nach kurzer Zeit nach Österreich oder Deutschland ab, wodurch die schauspielerische Potenz der Dilettantenbühnen verringert und die Behauptung bekräftigt wurde, dass die mangelnden musischen Fähigkeiten der Sachsen ein ernsthaftes eigenes Theater ausschlossen. Dass diese Behauptung falsch war, erwies sich dann nach 1932.

In diesem Jahr tauchte in einem Gespräch, das ich mit einem unserer nach Deutschland ausgewanderten Schauspieler führte, der Gedanke eines deutschen Berufstheaters in ~~Sachsen~~ Rumänien auf. Der ~~düssere~~ Anstoss

zu dieser Überlegung kam von staatlicher Seite: die rumänische Regierung hatte das Auftreten fremder Theatertruppen in Rumänien verboten, ausgenommen die Gastspiele bedeutender ausländischer Ensembles im Bukarester Staatstheater. Die Spitze dieser Massnahme richtete sich keineswegs gegen uns, sondern gegen die zahlreichen ungarischen Bühnen, die in Siebenbürgen und im Banat gastiert hatten und die - so argumentierten die Rumänen - ein für Rumänien unangenehmes Politikum darstellten. Das Verbot traf uns mit und traf uns sehr empfindlich, weil unser Theaterwesen, das zum überwiegenden Teil von Deutschland und Wien her genährt worden war, zum Erliegen kommen musste. Die vorhandenen deutschen Dilettantenbühnen waren in keiner Weise geeignet, Ersatz zu bieten.

In jenem 1932 geführten Gespräch regte der Schauspieler Czell an, ich solle doch an unsere an deutschen und österreichischen Bühnen engagierten Berufsschauspieler schreiben und sie zur Mitarbeit auffordern. Bis auf eine einzige Ausnahme haben unsere im Westen arrivierten Schauspieler dem Anruf auch Folge geleistet. Noch schwieriger als die Rekrutierung des Ensembles war die ~~wirk~~ Finanzfrage. Sie wurde auf dem Wege über die von mir konzipierte Deutsche Theatergemeinschaft überwunden. Diese Theatergemeinschaft setzte sich aus massgebenden Männern unseres kulturellen Lebens zusammen und machte die erforderlichen Mittel durch Spendenaufrufe, Mäzene und Sammlungen flüssig, allerdings in bescheidenen Grenzen. Das Deutsche Landestheater entstand und nahm seinen Sitz in Hermannstadt. Von hier aus unternahmen wir Gastpielfahrten ins Banat, nach Bessarabien, ins Buchenländ, kurz in alle deutsch besiedelten Teile Rumäniens. Es war ein ungeheuer mühevolleres Stück Arbeit, dieses Deutsche Landestheater zu schaffen, das Eis im etwas skeptischen Publikum zu brechen und den Theaterbetrieb dann aufrechtzuerhalten.

Nach dem ersten Jahr stellten sich unüberwindbar scheinende finanzielle Schwierigkeiten ein. Ich unternahm einen Versuch: der Leiter des Deutschen Auslandsinstitutes in Stuttgart, Dr. Richard Csaki und unser in Deutschland lebender Schriftsteller Fritz Heinz Reimesch erhielten von mir ein Memorandum über das Deutsche Landestheater, seine Leistungen und Schwierigkeiten. Am Hand dieses Schriftstückes konnte sowohl Csaki als auch Reimesch einen Zuschuss seitens der Reichstheaterkammer erwirken. Die bewilligten Mittel /5.000 Reichsmark/ reichten gerade aus, die aufgelaufenen Schulden zu tilgen. Das neue Spieljahr indessen begann - ohne Geld. Mit Mühe und Not konnte ich aus den Kasseneingängen die Gagen und sonstigen ~~Rax~~ vordringlich-

sten Auslagen decken, aber als das zweite Spieljahr zu Ende ging, war die Schuldenlast noch höher als nach Abschluss des ersten, weil unterdessen das Ensemble auf 80 Personen angewachsen und ein eigenes Orchester angeschafft worden war. Wieder schoss die Reichstheaterkammer zu, diesmal etwas mehr, aber immer noch viel zu wenig, um das Deutsche Landestheater endgültig zu sanieren und ihm eine volle Entfaltungsmöglichkeit zu bieten. Wir spielten trotzdem weiter. Die Spielzeit wurde von 6 auf 9 und schliesslich auf 12 Monate im Jahr hinaufgesetzt. Die Popularität wuchs, mit ihr das Können. Sogenannte "Stotterkurse" vervollständigten die schauspielerische Routine unserer Truppe. Die Deutsche Theatergemeinschaft tat ihrerseits alles, um das endlich geschaffene erste deutsche Berufstheater in Rumänien auf den Beinen zu halten.

Diese Theatergemeinschaft war in gewissem Sinne etwas Einmaliges. Sie war am möglichen Reingewinn des Theaters beteiligt, nicht aber am Risiko. Dieses Risiko trug ich als Konzessionsinhaber allein. Immer wieder ist es geschehen, dass Pfändungen infolge nicht beglichener Steuerschulden meine eigene Wohnung und mein Privatvermögen bedrohten, aber immerwieder sprang dann die Theatergemeinschaft, besonders Dr. Bielz, ein und fand einen Ausweg. Als wirklich potenter Mäzen konnte die Theatergemeinschaft jedoch nicht auftreten, denn dazu war sie zu arm. Es ist aber ihr zu verdanken, dass das Deutsche Landestheater überhaupt entstand und dass es alle Krisen überlebte.

Das aufreibende Auf und Ab der Finanzkrisen veranlasste mich 1939 zu einem letzten und entscheidenden Schritt. Es ging über meine Kraft und es musste den künstlerischen Willen unseres Theaters schliesslich erschöpfen, jedes Jahr vor die Alternative "Sein oder nicht sein!" gestellt zu werden. Ich fuhr nach Berlin. Reichsdramaturg Dr. Schlösser zeigte sich sehr aufgeschlossen für unsere Nöte und unsere bewiesene Leistungswilligkeit. Ich forderte 50.000 Reichsmark, eine Summe, die unerlässlich war, uns am Leben zu erhalten und über die nächste Zeit hinwegzukommen. Die Reichstheaterkammer erklärte sich jedoch ausserstande, einen derartigen Betrag aus ihrem Etat aufzubringen und wies mich an die verschiedensten Institutionen. Vier Wochen lang sprach ich vor, argumentierte, überzeugte - mit dem Ergebnis, dass mir zwar viel Verständnis entgegengebracht, aber die Kompetenzfrage als Hindernis hingestellt wurde. Als ich keinen Ausweg mehr sah, weil einerseits die Reichstheaterkammer sich für allernhöchstens 25.000 Mark bereit erklärte, andererseits KdF und die übrigen Stellen sich hinter Zuständigkeitsfragen flüchteten, entschloss

ich mich zu einem Husarenstück. Ich ~~hatte~~ verfasste ein langes Telegramm an Goebbels, worin ich erläuterte, wer ich sei und was ich wolle, und sandte es ab. Mit dem Erfolg, dass wenige Stunden später der Adjutant von Goebbels bei mir anrief und mir eröffnete, der Minister habe Auftrag gegeben, die erforderlichen Geldmittel aus einem Sonderetat zur Auszahlung zu bringen. Dieser Sonderetat war nur über einen Ministererlass zugänglich, und meine ^{vorher} auf Anraten von Dr. Schlösser eingereichte Ministereingabe hätte die Flüssigmachung bewirken sollen, war aber in irgendeinem Schreibtisch liegen geblieben. Aus dieser verfahrenen Situation heraus hatte ich mich ^{dann} zu dem Telegramm entschlossen (einen Brief wagte ich nicht zu schreiben, weil ich befürchten musste, dass dieser Goebbels ebensowenig erreichen würde wie die Ministereingabe). Nun gratulierte mir der Adjutant von Goebbels telefonisch zu meinem Erfolg, übermittelte die Grüße seines Chefs und forderte mich in dessen Namen auf, im nächsten Jahr über den weiteren Erfolg unserer Theaterstätigkeit dem Minister persönlich Bericht zu erstatten.

Mit diesen 50.000 Mark konnten wir nun endlich sorgenfreier arbeiten. Im Herbst 1940 kam Andreas Schmidt bei uns "zur Macht", und ich muss sagen, dass bei allen ^{notigen} Schädigungen, die seine Ära hervorrief, sie für uns endlich eine finanzielle Stabilität brachte, weil nunmehr das Dritte Reich als Mäzen unseres Theaters und unseres Kulturlebens in Erscheinung trat. Ab 1940 konnten wir ohne Geldsorgen spielen, uns vergrößern, erstklassige Kräfte - darunter mehrere reichsdeutsche - verpflichten und das Leistungsniveau wesentlich heben. Wir haben dabei in der Spielplangestaltung absolut freie Hand gehabt. Alljährlich fuhr ich mit dem Spielplan nach Berlin, legte ihn vor, erhielt die Unterschrift und war im übrigen als Intendant ein freier Mann.

Selbstverständlich geriet unser Theater in politische Rivalitäten. Die Volkdeutsche Mittelstelle sah es nur mit Missvergnügen, dass ich sie übergang und direkt beim Propagandaministerium Anlehnung fand. Die Volksgruppenführung ihrerseits versuchte, die Deutsche Theatergemeinschaft ^{als zur Erhaltung des Theaters überflüssig} aus der Welt zu schaffen, wogegen ich mich jedoch nach Kräften wehrte. Schliesslich fand sich Andreas Schmidt und der Leiter des Amtes Presse und Propaganda, dem auch das Kulturamt unterstand, mit der Existenz der Theatergemeinschaft ab. Es bedurfte indes mancher Auseinandersetzung, bis es so weit war.

Das Kulturamt gliederte sich, ähnlich wie im Reich, in verschiedene Kammern. Die Leitung der Theaterkammer wurde mir übertragen. Meine Aufgabe in dieser Funktion ~~war~~ war es auch, die verschiedenen kleinen

Amateurtheater, Puppen- und Marionettentheater usw. zu betreuen. Das Hauptgewicht meiner Tätigkeit lag jedoch nach wie vor im Deutschen Landestheater. Dieses entwickelte sich zwischen 1940 und 1944 zu einer wahren Volksbühne. Die völkischen Organisationen leisteten dabei eine wesentliche Hilfe. Schliesslich besass unser Theater eine so hervorragende Qualifikation, dass es in Berlin als das vorbildliche deutsche Theater im Ausland galt. Ich wurde beauftragt, in den übrigen südostdeutschen Volksgruppen organisatorisch im Theaterwesen einzugreifen und nach unserem Muster die Ansätze für völkische Theater zu schaffen. Darüber hinaus machten wir mit unserer ~~Theater~~^{Trojaner} mehrere Gastreisen durch Deutschland, die sich zu sehr schönen Erfolgen gestalteten, besonders, als wir die siebenbürgische Operette "Das Mädchen aus dem Kockeltal" von Oschanitzki als Singspiel und mit viel Aufwand an Trachten usw. ~~als Singspiel~~ zur Aufführung brachten. Die Bilanz unserer Tätigkeit war jedenfalls: ein deutsches Berufstheater in Rumänien war möglich! Es konnte sich sowohl auf vorhandene eigene schauspielerische Kräfte als auch auf ein willig mitgehendes Publikum stützen. Selbstverständlich war dafür die Voraussetzung die Sicherung seiner finanziellen Basis, die infolge der Umstände nur zum Teil aus eigenen Einnahmen und Mitteln bestritten werden konnte. Hier war die tatkräftige Unterstützung des deutschen Mutterlandes erforderlich. Sie ist auch nicht zum Fenster hinausgeworfen worden, denn das Deutsche Landestheater erfüllte über seine völkische Mission hinaus eine sehr wichtige Funktion im deutschen Kultureinfluss in Rumänien.

1940 war ich in Berlin, um Rechenschaft zu legen. Ich nahm ein schönes Album mit, das in Bildern und Texten die Tätigkeit des Landestheaters darstellte und darüber hinaus einen Eindruck von unserer Volksgruppe vermittelte. Goebbels empfing mich sofort. Ich konnte ihm in Gegenwart mehrerer Herren seiner Umgebung das Album vorlegen und Bericht erstatten, mit dem Ergebnis, dass er mich fast eine halbe Stunde bei sich behielt, das Album interessiert durchsah und mir seine weitere volle Unterstützung in Aussicht stellte. Er kündigte auch an, dass er bei seinem in Aussicht genommenen Besuch in Bukarest - hierfür seien, so sagte er, allerdings noch gewisse politische Voraussetzungen zu klären - einen Abstecker nach Siebenbürgen machen und uns besuchen werde. Der Besuch in Bukarest hat nie stattgefunden, daher auch nicht in Siebenbürgen. Aber ich konnte bei meiner Vorgesprache bei Goebbels erwirken, dass Reichstheaterdramaturg Schlösser die Erlaubnis erhielt, zu Beginn unserer Spielzeit

1940/41 anwesend zu sein und einen Vortrag über Eichendorff zu halten. Schlösser zeigte sich dann in Hermannstadt von unseren Theater- und Kulturverhältnissen sehr beeindruckt.

Mein Besuch bei Goebbels hatte ein unerfreuliches Nachspiel. Die Volksdeutsche Mittelstelle fühlte sich durch mein "eigenmächtiges Vorgehen" brüskiert und verlangte in groben Ausdrücken meine sofortige Absetzung und militärische Einberufung. Der Querschuss ging indessen daneben. Meine Position blieb unerschüttert. Ich konnte mich bis 1944 ohne Unterbrechung dem Ausbau und der erfolgreichen Weiterführung unseres Theaters widmen. Im Sommer 1944 war ich in Berlin und in Karlsbad. Als ich mit meiner Frau am 23. August die Heimreise antrat, erreichte uns die Nachricht von der Kapitulation Rumäniens. Es gelang uns nicht, obwohl wir uns bemühten, nach Rumänien hineinzugelangen. Die Ereignisse nahmen ihren tragischen Verlauf. Was ich dann später über das Schicksal unseres Landestheaters erfuhr, ist ein düsteres Abschlusskapitel unserer jungen Theatergeschichte.

X Die reichsdeutschen Mitglieder des Ensembles wurden nach dem Umsturz sofort in Târgul Jiu interniert und von hier im Januar 1945 nach Russland deportiert. Die jüngeren Kräfte ~~XXXXXXXXXX~~ siebenbürgischen und banater Herkunft erlitten das gleiche Schicksal im Januar 1945, als alle arbeitsfähigen deutschen Männer und Frauen verschleppt wurden. Zwei unserer Mitglieder und zwar der Wiener Stury und der Reichsdeutsche Georgi sind in Russland gestorben. Stury ~~sich~~ soll buchstäblich verhungert sein, während Georgi einer Krankheit erlag. Beide waren hervorragende schauspielerische Kräfte gewesen.

Die Deutsche Theatergemeinschaft wurde 1945 zerschlagen. Ein letzter Rest ihres Vermögens wurde auf Grund eines Beschlusses durch Dr. Zielz liquidiert. Damit hat eine Institution zu Bestehen aufgehört, die Pionierarbeit geleistet hat. Ich selber bin heute Intendant der Exl-Bühne in Innsbruck.

München, am 13. Oktober 1952

Der Einvernehmer:

Hans Hartl

/Hans Hartl/

Sonntag, Rudolf

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

AI

S o n n t a g, Rudolf

Braşov

München

Rum./Transilvania/
815/ R 339

15. Okt. 1952

Protokoll, Original
nur v. Protokollf. unterzeichnet

9 Seiten. Berichtersteller gehörte zum engsten Kreis der Mitarbeiter und Vertrauten des Vg.-Führers Andress Schmidt und hatte als führender Funktionär in der Vg. Einblick in die Auseinandersetzungen der einzelnen Gruppen in der Vg.-Führung in Verbindung mit der "Vomi" (Volksdt. Mittelstelle, Berlin), dem SD, SS-Hauptamt und in die internen Machtkämpfe.

Er berichtet hierüber im Zusammenhang mit der politischen Karriere Schmidt (S. 1-5) Berichtersteller geht dann auf die allg. Lage und die Situation für die Vg.-Führung, das Verhalten des Wehrmachtbefehlshabers in Kronstadt zur Zeit des rumänischen Umsturzes ein und berichtet auf S. 7f über die Flucht nach Nordsiebenbürgen und die Versuche, im Winter 1944/45 durch Fallschirmsätze hinter der rumänisch-russ. Front Widerstandsgruppen aufzubauen; abschließend eine Vermutung über das Ende Schmidts.

Der Bericht ist höchst interessant und gibt Einblick in die politische und persönlichen Hintergründe von Auseinandersetzungen in der Volksgruppenführung (1938-44) und enthält eine Reihe wichtiger Mitteilungen für die Beurteilung der Lage und der Entwicklung der Ereignisse im Jahre 1944, wengleich manche Erklärungen (z.B. aus S.5, warum keine Evakuierung der volksdt. Zivilbevölkerung erfolgte) und Urteile problematische sein dürften. Zur Beurteilung der Persönlichkeit Schmidts

Institut für

Darf erst nach nochmaliger Überprüfung veröffentlicht werden.

Protokoll

Vor dem Unterfertigten erscheint Herr Rudolf Seiwitz, ehemaliger Amtsleiter der Volksgruppenführung in Rumänien und sagt über interne Fragen der Volksgruppenführung, der Volksdeutschen Mittelstelle in Berlin und über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem 23. August 1944 aus. Mit Rücksicht auf Angehörige in Rumänien darf seine Namen öffentlich nicht genannt werden.

"Andreas Schmidt ging 1938 im persönlichen Auftrag Fred Bonferts nach Berlin, um dessen Interessen dort wahrzunehmen. Dies ist der Anfang seiner Berliner Karriere. Dr. Bonfert war als Präsident der "Deutschen Volkspartei" daran interessiert, seine Position innerhalb der Erneuerungsbewegung ~~in Deutschland~~ abzusichern und glaubte, in Andreas Schmidt einen geschickten Anwalt zu haben. Schmidt kam aus der DVR und stand Bonfert besonders seit seiner Zeit im "Hermannshof" /Grosschenk/ persönlich nahe. Er focht ~~zum~~ für Bonfert auch mit Nachdruck, aber als dessen Stellung infolge seiner Utriede nach dem innervölkischen Friedensschluss zu schwanken begann, sorgte Schmidt in Berlin für seine eigene Karriere. Bonfert wurde im Juni 1939 durch den Volksrat seines Amtes als Stellvertreter des Landesobmannes Fritz Fabritius enthoben. Anschliessend fuhr Dr. Bruckner in Begleitung von Landesjugendführer Hockel und Bauernführer Kaufman nach Berlin und setzte die Absetzung Bonferts bei der Vomi endgültig durch. Andreas Schmidt hatte inzwischen Anschluss an Kräfte gefunden, die ihn nicht nur vor dem Schicksal Bonferts bewahrten, sondern ihn über die Köpfe der Volksführung in Rumänien hinweg in den Sattel helfen sollten.

Es besteht kein Zweifel, dass Schmidt Verbindung zu Heydrich gesucht und gefunden hatte. Hier war das eigentliche Sprungbrett seiner Laufbahn. Heydrich war stark daran interessiert, den SD in das Kräftespiel um die deutschen Volksgruppen einzuschalten, und er fand in Schmidt und dessen Leuten willige und geschickte Verbündete. Schmidt verstand es, seine Position beim SD mit seinen Bemühungen beim SS-Hauptamt klug zu koppeln. Wahrscheinlich hat er dem SS-Haupt-

amt schon damals die Idee nahegebracht, das mannschaftliche Reservoir der deutschen Volksgruppe in Rumänien für die Waffen-SS auszu-schöpfen. Die sogenannte "Tausend-Mann-Aktion" Ende 1939, durch die junge Freiwillige für die Waffen-SS geworben und unter dem Titel "Berufsausbildung" nach Deutschland geschleust wurden, wobei Senator Dr. Hans Otto Roth in Bukarest für die Abwicklung sorgte/ ist seiner Initiative entsprungen. Das SS-Hauptamt besass bis dahin keine Einwirkung auf Volksgruppenfragen, sondern diente als Ergänzungsstelle der Waffen-SS. Ihr Leiter, der ehemalige Lehrer Obergruppenführer Berger, dürfte an dem phantasiebegabten, klugen und aus zähem Holz geschnitztem Schmidt Gefallen gefunden haben. Schmidt wiederum sah in der Tochter Bergers die Chance, sich bei Berger eine unangreifbare Position zu schaffen; seine Verlobung mit ihr und seine später durch Himmler persönlich vorgenommene "germanische" Trauung stellten den Höhepunkt dieser raffinierten Laufbahn dar.

Auf den SD und das SS-Hauptamt gestützt, war es Schmidt ein leichtes, sich auch gegenüber der Volksdeutschen Mittelstelle durchzusetzen. Deren repräsentativer Chef, Gruppenführer Lorenz, war ihm zwar nicht freundlich gesonnen, und der eigentliche spiritus rector, ~~Gruppenführer~~ Behrens, wehrte sich anfänglich gegen Schmidt, aber das Gewicht Bergers und - in der Konsequenz - Himmlers waren stärker. Die Anlehnung an den SD wiederum gab Schmidt die Gelegenheit, auch im SS-Hauptamt mit einer gewissen Sicherheit aufzutreten.

Kompetenzmässig blieb jedoch die Volksdeutsche Mittelstelle die für die Belange der Volksgruppe zuständige Stelle. Sie tat ~~aber~~ ^{aber} was Berger wünschte. Schmidt unterrichtete diesen und den SD laufend ~~über die Vorgänge in Zusammenhang mit der~~ ^{über die Vorgänge in Zusammenhang mit der} ~~Volksdeutsche Mittelstelle~~ - er übte also eine Art Kontrollfunktion oder genauer: eine Beschattung aus und war als einziger Volksgruppenführer in der Lage, die Wünsche und Anordnungen der Vomi ohne weiteres zu ignorieren. Während die anderen deutschen Volksgruppen im Südosten und Osten brav nach der Pfeife der Vomi tanzten, bildete die Volksgruppenführung in Rumänien eine Ausnahme. Man kann also bei der Beurteilung Schmidts auf jeden Fall zugeben, dass er ein ausgesprochen kluger, ja gerissener Taktiker war und seine Mit- und Gegenspieler in dieser Hinsicht absolut überragte.

Auf die geschilderte Kombination gestützt, sammelte Schmidt noch vor seiner Rückkehr nach Rumänien einen Kreis von gleichaltrigen und gleichgesinnten Verschworenen um sich. Dieser Kreis setzte sich

in Kronstadt zusammen aus: Fritz Cloos, Willi Depner, Otto Parsch, Kurt Fromm, Rudolf Sonntag, Liebhardt, Petrowitsch, Otto Liess, sowie einigen Mitarbeitern der Genannten. Der Verbindungsmann des Kreises zu Schmidt in Berlin war Fritz Cloos, mit dem Schmidt brieflich alles absprach und der ^{in Kronstadt} die leitende Rolle spielte. Bald aber erkannten wir, dass Schmidt durchaus nicht gewillt war, die alte Kameradschaft aus der DVR (die Kreis-Mitglieder entstammten durchwegs der Deutschen Volkspartei) aufrechtzuerhalten. Es bildete sich innerhalb des Kreises ein Klüngel, der aus Liebhardt, Depner und Otto Liess bestand und der sich von Cloos und den übrigen "Verschworenen" zu distanzieren begann. Er erhielt spezielle SD-Aufträge und tat sehr geheimnisvoll. Das führte bereits vor der "Machtübernahme" zu einer Vertrauenskrise, die sich dann in der Folgezeit als schwärendes Übel auswirkte und schliesslich zu Konflikten ~~führte~~ ausartete. Von der Affäre Liebhardt werde ich später sprechen.

Schmidts geschickte Ausnutzung der Rivalitäten in Berlin hatte zur Folge, dass unsere Volksgruppe zum Objekt dieser "Kampfspiele" wurde und dass wir bei uns schliesslich dieselben unerfreulichen Verhältnisse hatten, wie sie in Berlin herrschten. Was bis dahin reiner Idealismus gewesen war - die Erneuerungsströmung besonders in unserer Jugend, die Freiwilligkeit, der Glaube an Deutschland usw. - verwandelte sich nun in Intrige, Kalkulation, Ehrgeiz, Machthunger. Schmidt kam im Dezember 1939 nach Hermannstadt und erhielt die belanglose Funktion eines NAF-Stabsleiters. Sein Geheimapparat war bereits aufgebaut: der "interne SD". Noch ahnten wenige unter uns, dass dieser SD dazu ausersehen war, alle übrigen Exponenten des Dritten Reiches bei uns über Bord zu stossen. Die Beziehungen des Volksgruppenleiters Bruckner zum OKW und zum Reichsamt für Leibes-erziehung hatten dazu geführt, dass mannschaftliche und politische Ausbilder von dieser Seite her sich in die Volksgruppenarbeit einschalteten. Sie wurden "niedergekämpft". Schmidt versorgte den SD in Berlin fortlaufend mit Informationsmaterial über die "Konkurrenz". Als er im Herbst 1940 schliesslich zum Volksgruppenführer ernannt wurde, beherrschte er und hinter ihm der SD und das SS-Hauptamt das Feld. Die "Volksdeutsche Mittelstelle" bzw. deren Abteilungsleiter Radunski, Riemann, Kubitz und Heller wurden von Schmidt überspielt, ziemlich von oben her behandelt und - so hässlich dies ist - mittels "Speckpaketen" planmässig korrumpiert. Denn Schmidt verstand auch diese Tour: so wie er durch seine Berliner Intrigen die Volksgruppe in die Hand bekam, so bekam er mittels balkanischer Praktiken

die Berliner Stellen in die Hand. Nur bei der NSDAP ist er niemals so richtig arriviert. Er glaubte sie allerdings auch vernachlässigen zu können, denn er wusste, dass nach dem Kriege eine Kraft die stärkste sein werde: die SS! Und daher setzte er alles auf die SS.

Der "interne SD" funktionierte nach der "Machtübernahme" in zwei Richtungen: einerseits zog er ein Kontroll- und Bespitzelungssystem innerhalb der Volksgruppenorganisation auf, andererseits beobachtete er die Rumänen. Das nach Berlin abgehende Material ging über den Schreibtisch des Volksgruppenführers. Nach einiger Zeit begann der SD-Adjutant von Schmidt, Liebhardt, eigene Wege einzuschlagen: er sandte einen Teil des Materials über seinen Freund Hans Herrschaft in Berlin direkt an das Amt Schellenberg. Selbstverständlich war der Berliner SD sehr daran interessiert, in Liebhardt einen Konfidenten zu gewinnen, denn dadurch war ihm Gelegenheit geboten, auch Schmidt selber unter die Lupe zu nehmen. Das Privatleben des Volksgruppenführers bot genügend Ansatzpunkte, und somit begann sich der Akt Andreas Schmidt beim Berliner SD zu entwickeln.

Schmidt reagierte geschickt. Er suchte und fand Rückendeckung bei Rolf Brandt, dem Adjutanten Himmlers. Damit besass er an höchster und auch für den SD nicht so leicht überspielbarer Stelle wirkungsvollen Schutz. Um dem SD zuvorzukommen, sandte Schmidt das Informationsmaterial nicht nur an das Amt Schellenberg, sondern auch an Berger und Brandt, somit an Himmler. Selbstverständlich liess er an die beiden letzteren Stellen genügend Material mitfliessen, das die Umtriebe des Amtes Schellenberg im Zusammenhang mit Liebhardt aufdeckte. Der Berliner SD sah sich auf diese Weise seinerseits beobachtet und an höchster Stelle denunziert. Trotz aller Bemühungen, Schmidt am Zeug zu flicken und seine Position zu erschüttern, ist dies eigentlich niemals wirklich gelungen. Hinzu kam ja, dass Schmidt der Schwiegersohn Bergers war. Aber auch nach dem Tode seiner Frau verstand er es, sich bei Berger im Sattel zu halten. Die verschiedentlich aufgetretene Behauptung, Schmidt hätte, wäre der 23. August 1944 nicht gekommen, nicht mehr lange als Volksgruppenführer amtiert, ist unrichtig. Im Gegenteil: die Katastrophe drohte seinem Widerpart Liebhardt, und nur der 23. August und die bald darauf herbeigeführte Versöhnung rettete Liebhardt und seine Genossen vor der Vernichtung.

„Der Konflikt Schmidt-Liebhardt endete damit, dass Schmidt 1944 einen neuen "internen SD" aufzog.“ Leiter dieses neuen Volksgruppen-SD war der Rechtsvertreter der Volksgruppenführung Dr. Otto Liess. Liebhardt, Auner und Roland Gunne, die drei bisherigen Hauptleute

S. 75

S. 76

S. 76
 des internen SD, wurden ausgeschaltet. Sie erhielten von Berlin Sonderaufträge, vor allem im Hinblick auf das rumänische Erdölgebiet. Dass sie nebenbei Belastungsmaterial gegen Schmidt sammelten, versteht sich. Ihr schliesslich in Berlin unternommener Versuch, eine Abhösung Schmidts vorzuschlagen - als Nachfolger beantragten sie den Leiter der Einsatzstaffel, Erich Müller, dann, als dieser ausschlug, den Kreisleiter von Lovrin, Frauenhoffer, und, als auch dieser ablehnte, Fritz Cloos, womit der ohnehin aussichtslose Versuch endete - ging fehl. Schmidts Gegenoffensive drängte sie dann immer mehr an die Wand.

Es kam der 23. August 1944. Schmidt war einige Tage vorher in Begleitung seiner engsten Mitarbeiter nach Berlin und Wien gefahren; wenn ich mich recht erinnere, handelte es sich um die Frage der Unterstützungen für die SS-Frauen. In Kronstadt führte in Abwesenheit des Volksgruppenführers der Leiter der Rechtsabteilung Dr. Liess die Geschäfte. Der grösste Teil der Amtsleiter befand sich ebenfalls in Deutschland auf Schulungskursen, so in Hallein, wo militärische Lehrgänge im Hinblick auf mögliche Kampfhandlungen ~~unter~~ in den Karpathen abgehalten wurden. In dieser "entblössten" Situation traf uns die Nachricht von der rumänischen Kapitulation.

Hat Schmidt eine solche Gefahr vorausgesehen? Hat er den ernsthaften und nachdrücklichen Versuch unternommen, ihr zu begegnen?

Hand S. 10
 Ich kann die erste Frage bejahen. Schmidt wusste oder musste wissen was sich in Rumänien vorbereitete. Er hat ~~zum~~ das Material über die konspirativen Vorgänge ^{auch} nach Berlin weitergeleitet, und es steht ausser Zweifel, dass er immer wieder warnte. Ob er dabei - und dies ist die entscheidende Frage - die Sicherheit unserer Volksgruppe mit allem Nachdruck verfocht, ist offen. Manches spricht dafür, dass er auch in diesem Falle das Schicksal der Volksgruppe ~~unter~~ dem "höheren Interesse" des Reiches unterordnete. Das Reich war darauf bedacht, in Rumänien keine Unruhe hervorzurufen, daher unterblieben Massnahmen, die eine Evakuierung hätten vorbereiten können. So versuchte der Gebietsleiter Nordsiebenbürgen im Frühjahr 1944 während eines illegalen Aufenthaltes in Kronstadt Schmidt für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Evakuierungsplanes zu gewinnen, erlitt aber eine "Abfuhr". Schmidt verbot, derartige Gedanken zu erörtern und verkündete, dass die Volksgruppe dann, wenn sie von den Kampfhandlungen erreicht werden sollte, kämpfen werde. Diesem Ziel dienten dann die militärischen Spezialkurse der Amtswalterschaft in Deutschland.

Aus dieser Konzeption wird ersichtlich, dass Schmidt offenbar damit rechnete, dass die Front heranzücken werde; dass die Entscheidung

dann in ganz anderer Weise fiel, indem nämlich Rumänien zum Feind übergang, wurde praktisch nicht ins Kalkül gesetzt. Gerade diese Gefahr aber hätte Schmidt vor allem ins Auge fassen und Entschlüsse treffen ~~xxxxxx~~ bzw. Berlin zu Vorbeugungsmassnahmen drängen müssen. Vielleicht hat er diesbezüglich auch manches unternommen - Tatsache bleibt jedoch, dass die Volksgruppenführung am 23. August 1944 völlig überrascht wurde.

Ich war an jenem entscheidenden und schicksalsvollen Tag in Kronstadt. Otto Liess und der Kreisleiter von Kronstadt, Petrowitsch, setzten sich sofort mit Oberst v. Stollenberg, dem Chef der deutschen Truppen in Kronstadt, in Verbindung. Sie schlugen ihm vor, Sofortmassnahmen zu unternehmen und die Karpathenpässe abzuriegeln. Hand B Stollenberg wich mit der Erklärung aus, er habe von Bukarest Nachricht, dass der Putsch bald niedergeschlagen sein werde. Der rumänische Befehlshaber in Kronstadt / ich habe seinen Namen vergessen / erklärte, ebenfalls abwarten zu wollen. So blieb die Lage ~~xxx~~ in der Nacht vom 23. zum 24. August und am 24. August in Schwebe.

x Ich selber führte ~~am 24. August~~ am 24. August über das Wehrmachtskabel ein Telefongespräch mit Andreas Schmidt. Seine Weisungen lauteten: Ruhe bewahren, abwarten, keine Evakuierung, die deutschen Gegenmassnahmen sind im Gange. Ferner gab Schmidt Befehl, die wehrfähige deutsche Bevölkerung von Kronstadt müsse sich sofort der Wehrmacht unterstellen und an deren Aktionen aktiv teilnehmen.

Im Sinne dieses Befehls ordneten wir an, dass die waffenfähigen Männer sich in der Konterusschule einzufinden ~~hätte~~, und dass die deutsche Bevölkerung in Ruhe das Weitere abwarten solle. Unterdessen verhandelte Oberst Stollenberg mit den Rumänen, wobei Otto Liess, Petrowitsch und der Leiter des Gesundheitsamtes Wokalek eingeschaltet wurden. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, sowohl die deutsche Wehrmacht als auch die Rumänen zu einem Kampf auf den Kämmen der Karpathen zu bewegen.

Wenn es anfänglich ausgesehen hatte, als sei dies Ziel erreichbar, so verflüchtigte es sich infolge der Entwicklung in Bukarest immer mehr. Stollenberg gab schliesslich zu, dass er abziehen wolle. Er war sogar bereit, die Waffen zurückzulassen, und erst die Weigerung der Flak, ihre Geschütze ~~xxxxxx~~ abzuliefern, bewirkte, dass die Wehrmacht am 26. August mit Waffen und Gerät ausmarschierte. Stollenberg hatte, als er uns seine Abzugsabsicht eröffnete, vorgeschlagen, die deutsche Bevölkerung möge mit Hilfe der ihr überlassenen Waffen die Stadt aus eigenen Kräften halten, bis von Nordsiebenbürgen her

Hand C

Einsatz möglich sei. Dies mehr als merkwürdige Ansinnen wiesen wir sofort zurück. Wie sollte die deutsche Bevölkerung die "Position halten", wenn die Wehrmacht sich aus der Affäre zog! Es wurde uns klar, dass Stollenberg und seine Leute gar nicht mehr an eine Wiederherstellung der Lage glaubten und dass sie nur einen Wunsch hatten: so rasch als möglich aus der Falle heraus!

Am 26. August zog die Wehrmacht ab, mit ihr etwa 150 Kronstädter. Der Generalkonsole Rodde blieb zurück. Er hatte erklärt: "Ich bleibe auf meinem Posten!" - und er hat dies auch wahr gemacht. Soviel ich weiss, wurde er dann den Russen ausgeliefert.

Es ist später der Vorwurf erhoben worden, dass die Amtswalter und Angestellten der Volksgruppenführung es unterlassen hätten, die Karteien und Schriften zu vernichten, wodurch die rumänische Polizei alle Unterlagen zu ihren Verhaftungen gehabt hätte. Der Vorwurf trifft jedoch nicht ganz mit Recht. Es war in jenen kurzen Stunden vor dem Abzug der Wehrmacht nicht mehr möglich, das umfangreiche Karteienmaterial zu vernichten. Ausserdem gab Otto Liess Befehl, nichts zu vernichten, da die Wehrmacht zurückstossen und Kronstadt sicherstellen werde. Rein technisch wäre eine Verbrennung der Papiere auch gar nicht möglich gewesen.

Als wir die ungarische Grenze erreichten, sahen wir zu unserer Bestürzung, dass weit und breit keine deutschen oder ungarischen Streitkräfte bereitstanden. In Sft. Gheorghe, wo wir zunächst Station machten und wo wir Schmidt und seine Begleiter trafen, herrschte anfangs noch Zuversicht, da deutsche Verbände angesagt waren; bald aber setzte sich immer mehr die Erkenntnis der wahren Sachlage durch. Otto Liess ist darüber wahnsinnig geworden. Schmidt unternahm mit einer Handvoll Leuten den Versuch, die bei ^{Hamerden} (Homerod) befindlichen Frauen der Amtsleiter - darunter auch seine eigene - herauszuholen, aber der Versuch scheiterte. Auch einige andere kleinere Verstösse über die Grenze führten nur zu minimalem Erfolg. Was die deutsche Wehrmacht betrifft, war mein persönlicher Eindruck der, dass die zuständigen Frontbefehlshaber - ausgenommen General Phleps - gar nicht daran dachten, das rumänische "Abenteuer" in Angriff zu nehmen. Ich glaube, dass der 20. Juli sich auf die Entwicklung in Rumänien ausgewirkt und sie negativ beeinflusst hat. Es herrschte der Eindruck vor, dass die deutschen Generale und auch die Truppe Rumänien abgeschrieben hatten. Als dann die Russen in Südsiebenbürgen erschienen, war nichts mehr zu wollen.

Ich erspare mir die Schilderung all dessen, was nun folgte. Jeder

Schritt, den wir westwärts taten, entfernte uns mehr von der Heimat und zerstörte den Glauben an eine Lageänderung. Die Bemühungen Schmidts, Rettungsaktionen "auf die Beine zu stellen", hatten etwas Gespenstisch-Irreales an sich. Als sich aus den Debatten im Hotel "Royal" in Budapest, wo Schmidt residierte, der Plan eines Fallschirm-einsatzes herausschälte, hatten wir uns von der Wirklichkeit bereits viel zu weit entfernt.

Bekanntlich fasste der Gedanke zu diesem Fallschirmeinsatz auf einem Husarenstück des Untersturmführers Girk gegen den Roten-Turn-Pass. Schmidt war überzeugt, dass die deutsche Führung offensiv werden würde. Als dann die Ardennen-Offensive kam und erstaunliche Anfangserfolge erzielte, schien Schmidt Recht zu behalten. Sein Plan lief darauf hinaus, hinter der rumänisch-russischen Front Männer abzusetzen, die die geheime Führung der Volksgruppe übernehmen und sie für die kommenden Ereignisse vorbereiten sollten. Wenn der Gegenstoss der deutschen Wehrmacht käme, so argumentierte Schmidt, müsse man Vorsorge treffen, dass unsere Bevölkerung in Siebenbürgen und im Banat in die Wälder gehe, Widerstandsgruppen bilde usw. Dies müsse in engster Zusammenarbeit mit den rumänischen Legionären geschehen. Daher wurden dann in die Springergruppen auch Rumänen aufgenommen. Tatsächlich haben die Legionäre, auch ganz unabhängig von unserem Springereinsatz, in Rumänien gut gearbeitet.

Das Unternehmen kam im Winter 1944/45 zur Durchführung. Da es sich auf die Voraussetzung stützte, dass die deutsche Wehrmacht nachstossen werde, musste es scheitern. Es zeigte in der Art seiner Auffassung und Durchführung ausgesprochen irrealer ~~Ängst~~ Züge und endete mit einer Tragödie. In dieser Tragödie endet auch das Kapitel Schmidt.

Roland Gunne, dem es gelungen war, sich innerhalb der rumänischen Armee bis in den Stab des Frontgenerals Avramescu hinaufzutasten und der tatsächlich Zusagen des ~~Generals~~ Avramescu gehabt haben soll, dass er im Falle eines deutschen Vorstosses unschwenken werde, dieser Roland Gunne dürfte dann, als Schmidt auszufliegen versuchte, eine nicht ganz durchsichtige Rolle gespielt haben. Beide, Schmidt und Gunne, haben wahrscheinlich das Ritterkreuz für sich erhofft. Es kam nun darauf an, wer als erster aus Rumänien herausgelangen würde. Der geplante gemeinsame Abflug zerschlug sich, angeblich wegen eines Motorschadens. Schmidt floh allein - und wurde abgeschossen. Gunne blieb zurück. Er musste dank seiner guten Verbindungen zu den

rumänischen Militärstellen eigentlich gewusst haben, dass an jenem Tag, an dem Schmidt startete, Flugverbot herrschte. Denn warum trennte er sich in Arad von Schmidt und fuhr nach Bukarest? Warum blieb er nicht in Arad, bis der "Motorschaden" behoben wurde? Wollte er Schmidt absichtlich allein fliegen lassen? Wenn ja, warum?

Tatsache ist, dass das Flugzeug - es war eine rumänische Maschine - abgeschossen wurde und dass Gunne spurlos verschwand. Es gibt gewisse ~~Indizien~~ Vermutungen dafür, dass er heute in der Schweiz lebt. Aber das sind nur Vermutungen. Jedenfalls könnte Gunne, falls er eines Tages doch noch auftauchen sollte, das Geheimnis um Schmidts Ende lürten.

München, den 15. Oktober 1952 Der Einvernehmer:

Hans Hartl

/Hans Hartl/

Institut für Zeitgeschichte

Buchholzer, Peter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Protokoll

Vor dem Unterfertigten erscheint Herr Peter Buchholzer, geb. am 14.9.1907 in Neustadt (bei Kronstadt/Siebenbürgen) von Beruf Dipl. Landwirt, zuletzt wohnhaft in Neustadt, derzeitiger Wohnsitz in Brannenburg bei Rosenheim (Bayern), und sagt folgendes aus:

"Ich habe bis zur rumänischen Kapitulation und bis zu meiner Flucht am 24. August 1944 als Dipl. Landwirt und Fachmann für Genossenschaftswesen im Auftrag der Volksgruppenführung gearbeitet und bin in der Lage, über die Verhältnisse in meinen Fachgebieten einiges auszusagen. Was ich an Unterlagen und Zahlen retten konnte, stelle ich gerne zur Verfügung.

Der landwirtschaftliche Leistungsbeitrag der deutschen Bauern in Rumänien war im Verhältnis zu ihrer Zahl ausserordentlich hoch. Einige Zahlen sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache.

Südsiebenbürgen hatte eine Gesamtbevölkerung von 1.520.000 davon 215.000 Deutsche (14%)

Das Banat hatte eine Gesamtbevölkerung von 1.310.000, davon 310.000 Deutsche (24%)

Die überlegene Leistungsfähigkeit Siebenbürgens und des Banates (an der die deutsche Bauernschaft entscheidenden Anteil hatte) drückt sich in der Leistungsfähigkeit je Hektar aus. Der durchschnittliche Hektarertrag in Doppelzentnern belief sich in:

	<u>Gesamtrumänien</u>	<u>Banat</u>	<u>Siebenbürgen</u>
Weizen	13	14	13,2
Mais	10,4	17,4	16
Gerste	6,1	13,6	11,7
Luzerne(Heu)	36,6	44,5	41,7

Bei dieser Übersicht muss in Betracht gezogen werden, dass z.B. die Weizenproduktion im rumänischen Altreich durch die dort günstigeren klimatischen Bedingungen und vor allem durch die Grossfelderwirtschaft der Gutbesitzer von besseren natürlichen Grundlagen getragen wurde als etwa in Siebenbürgen, wo die Kleinfelderwirtschaft

und das rauhere Klima nachteilig wirkten. Dennoch war in Siebenbürgen der Weizenertrag pro Hektar um 0.2 Doppelzentner und im Banat sogar um 1,0 Doppelzentner höher als im rumänischen Altreich. Noch günstiger lagen die Verhältniszahlen bei den übrigen angeführten Produkten. Diese nüchternen Zahlen veranschaulichen, welchen Nutzen der rumänische Staat aus den deutschen Bauern zog und welchen Einfluss diese deutschen Bauern auf die Hebung des gesamten landwirtschaftlichen Niveaus ausübten.

Vielleicht noch deutlicher trat die Leistungsfähigkeit des deutschen Bauerntums auf dem Gebiet der Viehzucht in Erscheinung.

Die Lebendviehausfuhr Rumäniens betrug 1939:

Schweine 26.597 to (1.010 Mill.Lei) davon deutsch: 12.420 to
(293 Mill.Lei)

Rinder 39.710 to (1.508 Mill.Lei) davon deutsch: 5.858 to
(119 Mill.Lei)

Somit waren die deutschen Viehzüchter an der Schweineausfuhr mit 47%, in der Rinderausfuhr mit 14,7% beteiligt.

1940 betrug die Ausfuhr:

Schweine 12.071 to (459 Mill.Lei) davon deutsch: 7.138 to
(297,4 Mill.Lei)

Rinder 15.668 to (470 Mill.Lei) davon deutsch: 1.308 to
(39.5 Mill.Lei)

Das ist ein deutscher Anteil von: Schweineausfuhr 59%,
Rinderausfuhr 9%.

Nicht uninteressant ist, dass die Versorgung von Bukarest zu 60% aus Siebenbürgen und aus dem Banat her erfolgt.

x

Das Genossenschaftswesen bei uns war hervorragend entwickelt. Die Hauptgenossenschaften waren:

Die "Banater Agraria" in Temeschburg

Die "Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft" in Temeschburg

Die "Bauernhilfe" in Kronstadt

Die "Saxonia" in Hermannstadt

Welche Leistungen diese Genossenschaften vollbrachten möchte ich an einigen mir erhalten gebliebenen Zahlen und Beispielen veranschaulichen:

Die "Agraria" in Temeschburg lieferte 1941:

nach Bukarest	512 Waggon Schweine
" "	100 Waggon Weizen
an die rum.Armee	450 Waggon Weizen
an die deutsche Heeresmission	85 Waggon Schweine

Die "Zentralgenossenschaft" (Temeschburg) lieferte 1941:

nach Bukarest	125.000 kg Butter
" "	100.000 kg Geflügel
" "	4.000.000 Stck. Eier
an die deutsche Heeresmission	1.200.000 Stck. Eier
" "	88.000 kg Butter
" "	156.000 kg Geflügel

Die "Bauernhilfe" (Kronstadt) lieferte 1941 an die deutsche Heeresmission und nach Bukarest:

30 Waggon Rinder
30 Waggon Schweine
137 Waggon Kartoffel
20 Waggon Gemüse

Neben diesen Hauptgenossenschaften gab es eine Unzahl kleinerer und grösserer Genossenschaften. Hierüber die nachfolgende Aufstellung:

1.) Landw.Bezugs-u.Absatzgenossenschaften	Anzahl: 186
2.) Ländl.u.Städtische Kreditgenossensch.	" 219
3.) Kreditgenossensch.mit Wirtschaftsabt.	" 22
4.) Verbrauchsgenossensch.(Konsumvereine)	" 47
5.) Sonstige Genossenschaften	" 26
	<hr/>
Insgesamt Genossenschaften:	500
	<hr/>

- 4 -

Welche Bedeutung die Genossenschaften der deutschen Volksgruppe hatten, wird auch aus der Tatsache ersichtlich, dass sie im Laufe eines einzigen Jahres (1942) Waren und Erzeugnisse im Werte von 2.033.000.000 Lei für ihre Mitglieder beschafften bzw. verwerteten.

München, am 5. Januar 1953

Der Einvernehmer: *Hans Hartl*
(Hans Hartl)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Salmen, Gustav

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fotok. am 17.5.56/MS
25/A-9 97

S a l m e n, Gustav

Aalen (Württ.)

Rum.-Transilvania
Sibiu

909/ R 391

19. Feb. 1953

Protokoll, Original
nur vom Protokollführer unterzeichnet

Das 6seitige Protokoll berichtet über die Entwicklung der deutschen Schulverhältnisse in Rumänien. Es geht aus von der Situation in der nach der Zerschlagung der deutschen Privilegien (Königsboden) und Nationsuniversität) in Siebenbürgen die Betreuung der Schulen durch die ev. Landeskirche Schutz vor Verstaatlichung und Entnationalisierung bot, während im Banat die röm.-Kath. Kirche diesen Prozeß nicht aufhielt. Erst unter der günstigen Voraussetzung des deutsch-rumänischen Bündnisses, so heben die Ausführungen besonders hervor, gelang es And. Schmidt im November 1941, die Schulautonomie der Volksgruppe herbeizuführen und die Schulverhältnisse in den verschiedenen deutschen Siedlungsgebieten im Sinne einer Stärkung des deutsch-völkischen Charakters zu vereinheitlichen. Nach einem kurzen Hinweis auf die rechtliche Stellung der deutschen Schulen (S. 5) erwähnt Bericht-erstatte abschließend den störenden Einfluß der nationalsozialistischen deutschen Jugend-organisation, der manche alte Tradition zerstörte.

Die Ausführungen sind sachlich, knapp und informieren hinreichend über das Schulwesen. Sie lassen den deutsch-völkischen Standpunkt des Berichterstatters klar erkennen und sind unter diesem Gesichtspunkt überzeugend publikationsfähig.

Institut für
deutsche Geschichte

Archiv

P r o t o k o l l

Vor dem Unterfertigten erscheint Herr Gustav Salmen, geb.am 28.5. 1914 in Tartlau (Siebenbürgen), zuletzt wohnhaft in Rumänien in Hermannstadt, von Beruf Lehrer, derzeitiger Wohnsitz Aalen (Württemberg) und sagt über die Entwicklung des Schulwesens der deutschen Volksgruppe in Rumänien zwischen 1940 und 1944 aus:

"Ich war zwischen 1940 und 1944 Angestellter des Schulamtes in Hermannstadt, dessen Leitung Lehrer Josef That innehatte. Dank meiner Funktion hatte ich Einblick in das Schulwesen unserer Volksgruppe und bin gerne bereit, darüber auszusagen, soweit mir die Einzelheiten noch im Gedächtnis sind.

Das Schulwesen der deutschen Volksgruppe in Rumänien sah, als Andreas Schmidt im Herbst 1940 Volksgruppenführer wurde und auch im Unterricht eine neue Phase einleitete, auf eine sehr unterschiedliche Entwicklung zurück. In Siebenbürgen hatte die deutsche Schule bekanntlich sehr solide und ehrwürdige Fundamente. Nach Zerschlagung des "Königsbodens" und später nach Auflösung der sogenannten Nationsuniversität musste das siebenbürgisch-sächsische Schulwesen, um es der Magyarisierung und Verstaatlichung zu entziehen, unter den Schutz der Kirche gestellt werden. In der neueren sächsischen Geschichte hat die Kirche also neben ihren geistlichen und völkischen Obliegenheiten in der Erhaltung und Entwicklung des Schulwesens eine wichtige Funktion ausgeübt. Nach dem 1. Weltkrieg blieb die Schule in noch höherem Masse der Obhut der ev. Kirche unterstellt. Volksschulen und Gymnasien, daneben sogenannte Bürgerschulen, Seminare usw. zeigten ein hervorragendes fachliches und pädagogisches Niveau. Sie waren der Tragpfeiler und die Quelle des kulturellen und völkischen Lebens.

Anders lagen die Dinge im Banat. Hier hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine massive Magyarisierungspolitik begonnen, die die schwäbische Intelligenz auf dem Wege über staatliche und katholisch-konfessionelle Schulen systematisch ihrem Volkstum entfremdete. Während in Siebenbürgen die Schule ein Garant der deutschen Kontinuität war, betätigte sie sich im Banat im entgegengesetzten Sinne: sie war ein ausgesprochener Entnationalisierungsfaktor.

Nach 1918 besserte sich die Lage des Schulwesens im Banat etwas, weil der rumänische Staat eine weniger aggressive Entnationalisierungspolitik betrieb und vor allem den katholischen Unterrichtsanstalten die Weiterführung magyarisierender Tendenzen einschränkte. Da in Grossrumänien verschiedenartige, weil aus mehreren Herkunftsstaaten stammende deutsche Gruppen zusammengeführt worden waren, ergab sich die Notwendigkeit, das völkische Leben aus seinen engen sterblichen Abgrenzungen herauszuheben und auf eine gemeinsame Plattform zu stellen, auf der die Siebenbürger Sachsen, die Banater Schwaben, die Bessarabiendeutschen, Bukowinadeutschen und Dobrudschadeutschen zusammenwachsen konnten. Neben dieser politischen Aufgabe ergab sich die Notwendigkeit, auch das deutsche Schulwesen einer einheitlichen Regelung zuzuführen. Dieses Unterfangen stiess jedoch von vorneherein auf zahlreiche Schwierigkeiten. Zunächst waren rechtliche Fragen zu bewältigen, die bis 1940 unlösbar erschienen, weil der rumänische Staat an einer Ausrichtung und Zentralisierung des deutschen Schulwesens kein Interesse hatte. Zum anderen standen konfessionelle Hindernisse im Wege, und schliesslich war auch die unterschiedliche Vergangenheit und Mentalität der in Grossrumänien vereinigten deutschen Gruppen ein Hemmschuh.

Die staatlichen Volks- und Mittelschulen im Banat, im Bergland, in Bessarabien, in der Dobrudscha und im Buchenland wiesen einen überwiegenden Prozentsatz an nichtdeutschen Lehrkräften auf. Eine deutsche Erziehung im völkischen Sinne war daher in diesen Unterrichtsanstalten nicht zu erwarten. Selbst die deutsche Unterrichtssprache ging verloren. Die konfessionellen Schulen zeigten zwar ein besseres Bild, waren aber durch die Schulpolitik der Bukarester Behörde in ihrem Bestand und in ihrem deutschen Charakter unablässig gefährdet. In Einzelfällen allerdings hat sich der rumänische Staat, dort wo es seinen Interessen entsprach, auch - so merkwürdig es klingt - im deutsch-völkischen Sinne betätigt: ich verweise auf die Schulen der Sathmarer Schwaben, die bis 1918 ein Magyarisierungsfaktor waren, dann aber in der rumänischen Aera ihren deutschen Charakter zurückerhielten, weil es dem rumänischen Staat lieber war, in diesem Grenzraum volksbewusste Schwaben und nicht eine magyarisierte, daher für Rumänien unzuverlässige deutsche Minderheiten zu haben.

Zwischen 1918 und 1940 kämpfte das deutsche Schulwesen in Rumänien einen harten Existenzkampf. Eine Wendung trat ein, als Rumänien sich der Achse anschloss und als Andreas Schmidt Volksgruppenführer wurde. Vielleicht ist die Reglementierung des deutschen Schulwesens unter Andreas Schmidt dessen einzige wirklich positive und konstruktive Tat gewesen. In Siebenbürgen war von dieser positiven Entscheidung weniger zu spüren, weil das siebenbürgische Schulwesen ohnehin auf festen deutschen Grundlagen gestanden hatte; umso tiefgreifender wirkte sich die Reglementierung in den übrigen deutschen Siedlungsgebieten (Banat und Bergland) aus. Vor allem die deutschen Streusiedlungen im Bergland erfuhren eine völkische Renaissance.

Das in Kronstadt neuerrichtete Schulamt der Volksgruppe begann unter Prof. Kaspar Hügel sofort nach seiner Installierung, sich der Schulen im Banat und im Bergland anzunehmen. Aber es dauerte ein ganzes Jahr, bis die rumänische Regierung sich bereit fand, ein neues Schulgesetz zu erlassen, das der deutschen Volksgruppe die Handhabe bot, autonom zu wirken. Das am 8. November 1941 erschiene-
ne Dekretgesetz ermächtigte die Volksgruppenführung, Volksschulen, Mittelschulen und Erziehungsanstalten jeder Art zu errichten und zu leiten. Diese Unterrichtsanstalten wurden den rumänischen Staatsschulen rechtlich gleich gestellt. Sie besaßen die Vollmacht, eigene, vom Schulamt der Volksgruppe angefertigte Lehrpläne, Schul- und Prüfungsordnungen zu benützen. Damit war die Grundlage für ein eigenständiges und autonomes Schulwesen gegeben.

In logischer Konsequenz dieser errungenen schulischen Autonomie erfolgte die Übernahme der Kirchen- und Staatsschulen durch die Volksgruppenführung. Das ev. Landeskonsistorium übergab am 20. November 1941 die ihm bis dahin anvertrauten Unterrichtsanstalten. Am 1. Juli 1942 wurde die Übergabe durch die Landeskirchenversammlung bestätigt. Selbstverständlich erhoben sich gegen die Trennung von Kirche und Schule zahlreiche Bedenken, weil - so wurde seitens der Kirche argumentiert - damit die Schulen aus dem Schutz der Kirche herausgelöst werde; ein politischer und militärischer Rückschlag könne das Dritte Reich als Schutzmacht der deutschen Volksgruppe in Rumänien ausschalten und als Folgewirkung das deutsche Schulwesen in Rumänien dem staatlichen Zugriff ausliefern. Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob die deutsche Schule nach 1944 erhalten geblieben wäre, wenn man sie 1941 der Kirche belassen hätte.

Wahrscheinlich wäre der kirchliche Schutz völlig wirkungslos geblieben.

Im März 1942 erfolgte die Übergabe der katholischen Kirchengemeindeschulen auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Volksgruppenführung und dem röm.kath.Bistum Temeschburg. Diese Übergabe brachte einen Aufschwung des deutschen Schulwesens im Banat und im Bergland. Nunmehr konnte die Erziehung ungestört im völkischen Sinne erfolgen und jene unselige Zeit der Entnationalisierung und seelischer Entfremdung abgeschlossen werden. Die Widerstände der katholischen Kirche gegen die Übernahme der Schulen durch die Volksgruppe waren unter dem Zwang der allgemeinen politischen Umstände relativ gering. Lediglich die Unterrichtsanstalten des Notre-Dame-Ordens blieben, da die Kirche deren Preisgabe hartnäckig verweigerte, ausserhalb der Regelung, obwohl die Volksgruppenführung den freien Religionsunterricht und die Mitübernahme der Ordens-Lehrkräfte (vollbezahlt!) garantierte. Durch diese Weigerung der Kirche, blieb das mittlere und höhere Mädchenschulwesen im Banat und im Bergland eine Domäne des Notre-Dame-Ordens. Das Schulamt der Volksgruppenführung hatte lediglich das Recht, diese Schulen als gewissermassen "exterritoriale" Institutionen gelegentlich zu inspizieren, besass aber keinen unmittelbaren und bestimmten Einfluss auf die Gestaltung des Unterrichtsplanes und auf die administrative Führung. Diese Lücke im Schulwesen der Volksgruppe musste daher ausgebaut werden. In der Folgezeit entstanden mehrere Mädchenschulen der Volksgruppe, so die Mädchenoberschule in Temeschburg (5 Jahrgänge), die Mädchenmittelschule in Arad (4 Jahrgänge), die Mädchenmittelschule in Hatzfeld (4 Jahrgänge) und die Lehrerinnenbildungsanstalt in Temeschburg (3 Jahrgänge). Diese Anstalten stellten den ersten Schritt zum Aufbau eines völkischen Mädchenschulwesens im Banat dar. Die weiteren Pläne sind dann durch die rumänische Kapitulation zerschlagen worden.

Die Übernahme der staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache erfolgte am 23. Juli 1942 durch einen Ministerratsbeschluss. Laut diesem Beschluss wurden die bis dahin staatlich geleiteten Schulen der Volksgruppe überantwortet; die Durchführungsarbeiten erfolgten durch Kommissionen, die sich aus Vertretern des Unterrichtsministeriums und des Schulamtes der Volksgruppe zusammensetzten. Nach Überwindung verschiedener Abwicklungsschwierigkeiten konnten die Arbeiten am 30. November 1942 abgeschlossen werden. Von diesem Zeit-

punkt an verwaltete und leitete die Volksgruppe die Schulen in autonomer Weise.

Der materielle Unterhalt der deutschen Schulen wurde in der Folgezeit aus staatlichen Mitteln und z.T. aus Mitteln der Volksgruppe bestritten. Die Lehrkräfte genossen den Status staatlicher Angestellter, unterstanden aber dem Schulamt der Volksgruppe und hatten nur dessen Weisungen zu befolgen. Die rumänische Sprache war selbstverständlich ein integrierender Bestandteil des Unterrichtsplanes, besass jedoch den Charakter einer Fremdsprache. Rumänische Geschichte und rumänische Literatur wurden in rumänischer Sprache gelehrt, daneben erfolgte eine intensive Unterrichtung in der rumänischen Sprache selbst. Trotz ihrer Autonomie trug also die deutsche Schule dem Umstand ausreichend Rechnung, dass die deutsche Volksgruppe einen Bestandteil des rumänischen Nationalstaates bildete. Sie hat gegenüber dem rumänischen Staat stets eine loyale Haltung eingenommen und sich niemals irredentistisch betätigt.

Ich möchte, obwohl es nicht unmittelbar in den Rahmen meiner Aussage über das deutsche Schulwesen fällt, auch auf die auserschulische Jugenderziehung kurz hinweisen. Diese durch die "Deutsche Jugend" (DJ) ausgeübte Erziehung stand häufig im Gegensatz zur Schuldisziplin. Der Grundsatz, dass die Jugend durch Jugendliche erzogen werden müsse, führte zu sehr unliebsamen und negativen Erscheinungen, weil die unreifen Führer der "DJ" immer wieder gegen die Lehrerschaft "putschten". Rein organisatorisch und zahlenmässig bot die "Deutsche Jugend" ein imponantes, aber trügerisches Bild. Sie zählte 1943 insgesamt 65.502 Mitglieder (48.234 Jungen und Mädchen in der sogenannten "Stamm-DJ" und 17.268 Mitglieder in der "Allgemeinen-DJ"). Die Führung der "Deutschen Jugend" konnte stolz darauf hinweisen, dass 90% aller deutschen Schüler und Schülerinnen "erfasst" seien. Neben einigen positiven Auswirkungen (Sport, Kameradschaft usw.) zeitigte die "DJ" jedoch viele unerquickliche Folgen. Während vor 1940 der auf einer jahrhundertealten Tradition fussende "Coetus" der Obergymnasien trotz aller "Überalterungen" eine starke ethische und männlich-verpflichtende Wirkung ausgeübt hatte, wurden die Jünglinge in der "DJ" in einer kasernenhaften Weise gedrillt. Generationen hindurch hatte früher der Samtflaus, die Coetusmütze und die übrigen traditionellen Attribute des Coetus nach innen und nach aussen das ehrwürdige Alter unserer Gymnasien

- 6 -

repräsentiert. Anstelle des Flauses, der Fuchsmajore, der Füchse, der Schläger und der studentisch-völkischen Gepflogenheiten trat die äusserliche und innerliche Uniformierung - der Stiefel! Es ist damals allgemein bedauert worden, dass die Volksgruppenführung mit diesen alten und schönen Überlieferungen brach, um an ihre Stelle die Schablone der "DJ" zu setzen.

Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Aera Andreas Schmidt dem deutschen Schulwesen in Rumänien generell viele neue Impulse brachte, die allerdings nur durch die Machtausweitung des Dritten Reiches möglich waren. Der 23. August 1944 zog unter diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung den tragischen Schlusstrich.

München, am 19. Februar 1953

Der Einvernehmer: *Hans Hartl*.....

(Hans Hartl)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Institut für Zeitgeschichte - Archiv